

**Sonderthema:**  
60 Jahre »Das Parlament«  
Berichte aus dem Bundestag SEITE 1-20

**ARBEITEN MIT INTERNET**  
Bundeszentralen-Präsident Thomas Krüger erklärt, wie politische Bildung läuft SEITE 2

**ARBEITEN FÜR PRINT**  
Wie die Redaktion von »Das Parlament« Zeitung macht SEITE 8

# Das Parlament

Berlin, Montag 27. August 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 35 bis 37 | Preis 1 € | A 5544

9. SEPTEMBER 2012

## Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag

**OFFENE TÜREN** Zum zehnten Mal lädt der Bundestag am 9. September 2012 zum Tag der Ein- und Ausblicke. Besucherinnen und Besucher können dann von 9 bis 20 Uhr das Parlament von innen erkunden, Abgeordnete treffen und sich über die Arbeit des Hohen Hauses und den Arbeitsalltag der Abgeordneten informieren. Viele Gebäude und Räume, die sonst nicht zugänglich sind, stehen an diesem Tag offen. Letzter Einlass ist um 19 Uhr.

Wie in jedem Jahr gibt es zahlreiche Programmpunkte: So wird Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zwischen 14 und 15.30 Uhr Rundgänge durchführen. Die vier Vizepräsidentinnen und -präsidenten des Bundestages werden ab 13 Uhr auf den Besuchertribünen im Plenarsaal ihre Aufgaben und die Abläufe im Parlament erklären und den Besuchern Rede und Antwort stehen.



Die Fraktionen präsentieren sich auf der Fraktionsebene des Reichstages. Die Ausschüsse und Teile der Bundestagsverwaltung – etwa die Öffentlichkeitsarbeit, die Zeitung »Das Parlament« und die »Wissenschaftlichen Dienste« – stellen sich im Paul-Löbe-Haus vor. Hier stehen Abgeordnete auch zu halbstündigen Bürgergesprächen zur Verfügung. Im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus können die Bibliothek, das Parlamentsarchiv und der Kunst-Raum besichtigt werden.

Podiumsdiskussionen, Konzerte, Vorträge, Chorauftritte, Kunstführungen und Führungen durch ein Ausschussektariat runden den Tag ab. Auch für die kleinsten Besucher ist gesorgt: Im Reichstagsgebäude etwa stehen Basteln, Schminken sowie Auftritte von Zauberern und Clowns auf dem Programm. Die Kinderkommission des Bundestages präsentiert sich ebenfalls mit einem Kinderprogramm.

Ausführliche Informationen zum Ablauf sowie zu den Besuchereingängen gibt es unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). Johanna Metz |

### IN DIESER WOCHE

- THEMA**  
**Frühzeit** Die Zeitung »Das Parlament« in den 50er und 60er Jahren Seite 5  
**Wechsel** Die Redaktion kommt 2001 in die Verantwortung des Bundestags Seite 7  
**Vergangenheit** Parlamentsberichterstattung in der Weimarer Zeit Seite 8  
**Medien** Das komplizierte Geflecht von Politikern und Journalisten Seite 10  
**Karikaturen** Politische Zeichnungen aus sechs Jahrzehnten »Das Parlament« Seite 20

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Schreiben für die Demokratie

**JUBILÄUM** Die Zeitung »Das Parlament« ist ein Unikum. Sie schließt eine Lücke der Medien im Politikbetrieb

**D**ie politische Wochenzeitung »Das Parlament« ist fast so alt wie die Bundesrepublik Deutschland und hat doch ihre ganz eigene Geschichte. Das »Flaggschiff« der politischen Bildung wurde im Jahr 1951 ins Leben gerufen. Bundesweit bekannt wurde es im November 1952, also vor sechzig Jahren, als die Zeitung unter das Dach der damaligen »Bundeszentrale für Heimatdienst« kam, einer Nachfolgeorganisation der bereits im deutschen Kaiserreich gegründeten »Reichszentrale für Heimatdienst«. Im Jahr 1963 wurde die Institution dann in die »Bundeszentrale für Politische Bildung« umgewandelt. Seit dem 1. Januar 2001 wird »Das Parlament« vom Bundestag herausgegeben.

**»Ausgewogen«** Die Zeitung ist ein Unikum, denn sie ist weltweit die einzige, die in intensiver Form über die Arbeit eines Parlaments berichtet und Reden im Bundestag dokumentiert. »Das Parlament« informiert den Leser über das parlamentarische Geschehen im Deutschen Bundestag, im Bundesrat, im Europäischen Parlament und in den Länderparlamenten. Hinzu kommen Berichte über bedeutende Ereignisse in ausländischen Parlamenten. Die Zeitung »Das Parlament« ist Teil des staatlichen politischen Bildungsauftrages. Schaut man in andere Länder – insbesondere in angelsächsische –, dann wird man feststellen, dass dort staatlich verordnete politische Bildung mit großer Skepsis betrachtet wird und dem Vorwurf möglicher Manipulationen ausgesetzt ist. In Deutschland hingegen ist die politische Bildung, die von staatlicher Seite angeboten wird, in höchstem Maße politisch ausgewogen und wird von den Nutzern deshalb auch mit hoher inhaltlicher Autorität angenommen. Dazu gehört die Bundeszentrale für politische Bildung und die mit ihr verbundene und vom Bundestag herausgegebene Zeitung »Das Parlament«. Ausweislich einer Umfrage unter den Lesern aus dem Jahr 2008 lesen 78,9 Prozent die Zeitung »regelmäßig« und immerhin noch 20,1 Prozent »von Fall zu Fall«.

**Aufklärungsarbeit** Lange Zeit wurde es allerdings als störend empfunden, dass umfangreiche Debattenbeiträge aus dem Bundestag in der Zeitung »Das Parlament« abgedruckt wurden – sie sind jetzt in einem separaten Innenteil enthalten. Doch man darf nicht vergessen, dass viele Bürgerinnen und Bürger nur auf diesem Wege die Entscheidungsprozesse im Bundestag nachvollziehen können. Nicht jedem ist es möglich, die Original-Bundestagsdrucksachen mit den Reden nachlesen zu können. Hinzu kommt, dass der Deutsche Bundestag in erster Linie ein Arbeitsparlament und nicht – wie etwa in Großbritannien – ein Rede-Parlament ist. Insofern leistet die Nachvollziehbarkeit der Debatten im Plenum auch eine wichtige politische Aufklärungsarbeit. Als die Zeitung gegründet wurde, gab es zudem noch nicht das Internet. Heute sind die Bundestagsreden auch dort abrufbar. Deshalb ist es umso wichtiger, dass in der Zeitung »Das Parlament« die Bundestagsdebatten nicht nur dokumentiert, sondern auch Einordnungen von Geschehnissen vorgenommen werden, die sich für den normalen Leser aus der Lektüre von Bundestagsreden allein nicht ergeben.

**Befürchtungen** Die Zeitung »Das Parlament« wurde lange Zeit von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben – als einzige staatliche Behörde begleitet von einem aus Bundestagsabgeordneten bestehenden Kuratorium. Dieses sollte die politische Ausgewogenheit sicherstellen. Seit dem Jahr 2001 wird die Wochenzeitung nunmehr unmittelbar vom Deutschen Bundestag herausgegeben. Es gab zunächst Befürchtungen, »Das Parlament« könnte zu sehr dem Einfluss der Politik unterliegen, da es sich bei den Mitgliedern der Redaktion um Verwaltungsangestellte oder Beamte der Bundestagsverwaltung handelt, die im Pressezentrum dem Bundestagspräsidenten zuge-

Antwort auf den Gewaltakt von Berlin  
Kontaktsperre für Terroristen  
Mord und Völkermord sollen nicht verjähren!  
Uneingeschränkte Unterstützung für die Vereinigten Staaten  
Ost-Berlin öffnet die Mauer  
Die Wahrheit über den 20. Juli 1944  
Recht auf Widerstand im Grundgesetz verbürgt  
Können wir auf Kernenergie verzichten?

Aus sechs Jahrzehnten: In den Schlagzeilen der Zeitung »Das Parlament« spiegeln sich zentrale Ereignisse der Nachkriegsgeschichte.

ordnet sind. Dagegen sind die Mitarbeiter der Bundeszentrale von den konkreten politischen Entscheidungsprozessen insofern »weiter weg«, als dass sie in die Arbeit des Deutschen Bundestages nicht unmittelbar involviert sind. Das sprach zunächst gegen eine Ressortierung beim Deutschen Bundestag. Die Sorge, dass die Redaktionsmitglieder durch ihre Nähe zum Bundestag in ihrer redaktionellen Freiheit eingeschränkt werden, hat sich indes erfreulicherweise nicht bestätigt. Die Leser würden dies auch schnell registrieren.

**Faksimiles ausgewählter Titelseiten zu historisch herausragenden Ereignissen finden Sie auf den Seiten 11 bis 19**



Immer wieder war der Bundestag Ort leidenschaftlicher Debatten: SPD-Fraktionschef Herbert Wehner (li.) im Plenum 1973 und CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß 1978.

Bundesrepublik Deutschland. Diese Schüler glauben demnach, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte seien auch unter dem Nationalsozialismus und der DDR gewährleistet gewesen. Nur etwa die Hälfte der Schüler ordnete den NS-Staat zweifelsfrei als Diktatur ein, die DDR wurde nur von gut einem Drittel der befragten Schüler als diktatorisches System eingestuft. Als Ursache dieser Fehleinschätzung ist nach Auffassung der Forscher das geringe politisch-historische Wissen von Schülern zu nennen. Umso notwendiger ist eine wertorientierte Kenntnisvermittlung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. (siehe auch Interview auf Seite 2)

**Lücke geschlossen** Insgesamt leidet der Deutsche Bundestag darunter, dass sein Agenda-Setting und seine Bedeutung in der Medienberichterstattung zu wenig wahrgenommen werden. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) forderte deshalb einen eigenen Fernsehkanal. Ausführlich berichtet über die parlamentarischen Vorgänge derzeit außerhalb des Internets fast nur der öffentlich-rechtliche Sender »Phoenix«. Bei den Printmedien hierzulande hat »Das Parlament« insoweit fast so etwas wie ein Monopol, weil die Parlamentsberichterstattung in den Medien sonst eher oberflächlich ausfällt. Deshalb schließt die Zeitung »Das Parlament« eine Lücke. Unverzichtbar sind dabei vor allem Hintergrundberichte. »Das Parlament« leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz parlamentarischer Entscheidungsprozesse und zum Verständnis institutioneller Zusammenhänge. Dazu tragen auch die Interviews mit Abgeordneten bei, die hinsichtlich der politischen Couleur in der Regel paritätisch zu Wort kommen. Die verkaufte Auflage ist bei rund 10.000 Exemplaren – die Zahl der verbreiteten Exemplare liegt derzeit bei mehr als 60.000. Die Zeitung »Das Parlament« hätte wahrhaft eine Auflagensteigerung verdient. Gerd Langguth |

Der Autor, Jahrgang 1946, ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Er war unter anderem CDU-Bundestagsabgeordneter, Leiter der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik und geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1981 bis 1985 war Gerd Langguth Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn.

### EDITORIAL

## Glückwunsch zum 60.!

VON BUNDESTAGSPRÄSIDENT NORBERT LAMMERT

Der Deutsche Bundestag ist eines der weltweit ganz wenigen Parlamente, das eine eigene Zeitung herausgibt, faktisch wird also jeder gewählte Abgeordnete mit der Annahme des Mandats auch zum Mitherausgeber. So erklärt sich, dass »Das Parlament« auf die stolze Zahl von mindestens 598 Herausgebern kommt (oder sogar mehr – je nach Zahl der Überhangmandate), was in der Zeitungslandschaft ein seltener Rekord sein dürfte.

Aber auch mit seinem publizistischen Leitmotiv hebt sich »Das Parlament« von anderen Zeitungen ab: Es berichtet in strikter parteipolitischer Neutralität über alles, was im und rund um den Bundestag läuft, vor allem über die Sitzungen von Plenum und Ausschüssen. Außerdem begleitet »Das Parlament« die großen Debatten in Politik, Wirtschaft und Kultur, wobei es sein publizistisches Alleinstellungsmerkmal daraus bezieht, dass es die Themen speziell aus parlamentarischer Perspektive beleuchtet. »Gemacht« wird die Zeitung von einem engagierten Team professioneller Journalisten. Ihr Ehrgeiz ist es, das Geschehen im Parlament im ursprünglichen Wortsinn zu reportieren, damit sich der Leser ein eigenes Bild von den Ereignissen machen kann. Die Redaktion soll und will nicht interpretieren, werten, vermuten – und setzt sich damit bewusst von einer Haltung ab, die den Lesern meint vorgeben zu müssen, was von politischen Vorgängen zu halten ist, noch bevor diese überhaupt geschildert werden.

60 Jahre »Das Parlament« sind ein guter Anlass, allen zu danken, die über sechs Jahrzehnte die Zeitung des Parlaments zu einem qualitativ hochwertigen Blatt gemacht haben. Seit seinem Bestehen hat sich »Das Parlament« immer wieder erneuert und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst, parallel zu den Veränderungen der parlamentarischen Arbeit. Denn auch hier hat sich viel verändert, vor allem seit wir ein gesamtdeutsches Parlament haben und der Bundestag seit 1999 in Berlin arbeitet. Der Bundestag und der Parlamentarismus werden sich weiter entwickeln; in welcher Weise – das bleibt eine spannende Frage. Sicher aber dürfen wir sein, dass »Das Parlament« die Arbeit der Abgeordneten stets aufmerksam beobachtet und publizistisch begleitet wird. Dabei wünsche ich der Redaktion und allen Mitherausgebern ebenso viel Erfolg wie in den vergangenen 60 Jahren.

© Collage: Stephan Rötter

Mehr zum Thema unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



GASTKOMMENTARE

BRACHEN WIR MEHR POLITISCHE BILDUNG?

Fehlender Kompass

PRO



Kai Beller  
»Financial Times Deutschland«

Viele Jugendliche können nicht zwischen Demokratie und Diktatur unterscheiden. Mit dieser Erkenntnis konfrontierte der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin Ende Juni die Öffentlichkeit. Die Studie förderte erschreckende Wissenslücken bei Schülern zutage. Knapp 40 Prozent konnten nicht charakteristische Merkmale von Diktaturen und Demokratien auseinanderhalten. Jeder zehnte äußerte gar Sympathie für die Nazidiktatur. Zwar stehen bei der großen Mehrheit freiheitliche und liberale Ideen hoch im Kurs. Die Jugendlichen konnten aber nicht erkennen, wann diese Werte bedroht sind. Die Befunde lassen den Schluss zu, dass vielen der Kompass für die Einschätzung politischer und zeitgeschichtlicher Vorgänge fehlt. Kein Wunder, dass so mancher empfänglich für radikale Rattenfänger ist.

Eine große Debatte über die Vermittlung demokratischer Werte im Unterricht löste die Studie nicht aus. Das ist schade, denn offenbar kommt die politische Bildung an den Schulen zu kurz. Hoch im Kurs stehen Naturwissenschaften und Technik, auch weil die Wirtschaft stets an den mangelnden Ingenieurwachstum erinnert. Das ist ihr gutes Recht, darf aber nicht zur Geringschätzung politischer Bildung führen. Gut ausgebildete Fachkräfte sind nötig, sollten aber keine politischen Analphabeten sein. Sozial-, Gemeinschaftskunde, oder wie immer man das Fach auch nennen mag, braucht daher einen größeren Platz im Lehrplan. Von Menschen, die keine Ahnung von der Politik haben, kann man kein gesellschaftliches Engagement erwarten. Auch Demokratie will gelernt sein. Das ist mehr als die bloße Vermittlung von Fakten über das politische System und zeitgeschichtliche Ereignisse. Ohne Wertorientierung bleibt politische Bildung Stückwerk.

Falsch gestreut

CONTRA



Ursula Weidenfeld  
Freie Journalistin

Auf die Frage, ob es hierzulande mehr politischer Bildung bedarf, antworten gute Staatsbürger mit „Ja!“. Mehr politische Bildung ist immer gut, meinen sie, weil es ja so viele Leute gibt, die nicht wählen gehen, sich abgehängt fühlen und irgendwann möglicherweise – Gott bewahre – rechtsradikal werden. Gute Staatsbürger sollten sich diesen Reflex zugunsten der politischen Bildung abtrainieren. Es fehlt nicht an politischer Bildung in Deutschland – sie erreicht nur die Falschen. Mehr als 30 Millionen Euro verteilt die Bundeszentrale für politische Bildung im Dienste der Demokratie, die Stiftungen der Parteien haben fast 100 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung. Die Politik-Etats der privaten Stiftungen dürften das noch einmal übertreffen. Nicht mitgerechnet werden zudem Geschichts- und Politikunterricht an den Schulen, die staatsbürgerliche Erziehung bei der Bundeswehr.

Aber: Im Geschichts- und Politikunterricht melden sich die Schüler, die das Fach ohnehin interessiert. Sie sind es, die später zu den Schülerseminaren der politischen Bildungsinstitute geschickt werden. Im jungen Erwachsenenalter profitieren sie dann von den Studienförderwerken der Parteien, Kirchen und Begabtenstiftungen. Meist studieren sie dann schon Jura, Politik- oder Sozialwissenschaften. Wenn sie dann älter werden, gibt es Tageskonferenzen, bei denen sogar ein warmes Essen und ein Glas Wein serviert werden.

Das ist alles gut und richtig – und es gibt viele Ausnahmen, das soll hier ausdrücklich erwähnt werden. Doch im Großen und Ganzen werden die katholisch gemacht, die schon katholisch sind. Brauchen wir noch mehr davon? Nein. Die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland ist eine der Fehlstreuung, keine des Geldmangels.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 und 4 bis 7. Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Krüger, wie hat sich die Rolle der politischen Bildung in Deutschland in den vergangenen 60 Jahren entwickelt?

Wir sind 1952 als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gestartet in dem Bewusstsein des Wiederaufbaus nach dem verlorenen Krieg. Die Alliierten haben sehr stark darauf gedrungen, dass neben dem klassischen Aufbau von Verwaltungsstrukturen nach der Ära des Nationalsozialismus eine Erziehung zur Demokratie stattfindet. In der angelsächsischen Kultur übernimmt diese Aufgaben traditionell eher eine Nicht-Regierungsorganisation. Das konnte sich in der Adenauer-Zeit die deutsche Politik nicht vorstellen. Also musste eine Behörde her – die zudem an demokratische Traditionen der Vorläufereinrichtung in der Weimarer Republik anknüpfen konnte. Seitdem kann an der Geschichte der politischen Bildung auch immer ein Stück Geschichte der Bundesrepublik abgelesen werden. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erreichte ihren Höhepunkt mit den gesellschaftlichen Umwälzungen in den 1960er Jahren, in den 70ern hat uns die Bildungsdiskussion stark herausgefordert, gefolgt von den Themenfeldern Umwelt- und Friedensbewegungen in den 80er Jahren. Der große Einschnitt erfolgte dann natürlich mit der friedlichen Revolution 1989/90, die uns vor die Herausforderung stellte, in den neuen, ostdeutschen Ländern politische Bildung unter demokratischen Vorzeichen zu vermitteln.

Offenbar waren diese Bemühungen nicht gänzlich von Erfolg gekrönt. Gerade das Wissen über die eigene Geschichte lässt bei deutschen Jugendlichen sehr zu wünschen übrig. Nach aktuellen Umfragen können 40 Prozent aller Jugendlichen nicht zwischen Demokratie und Diktatur unterscheiden.

Ja, und das ist absolut betriblich. Unser Problem ist, dass der Föderalismus die politische Bildung in den Schulen den Ländern überlässt. Wir können die Arbeit dort folglich nur begleiten. Zu beobachten ist, dass der Geschichtsunterricht, wie aktuell in Bayern, drastisch gekürzt wird. Das führt dann früher oder später zu solchen Befunden wie in der vorliegenden Studie.

Wie ist diese Linie der Länder zu erklären?

Das hat sehr stark mit Pisa, also dem Vergleich schulischer Leistungen, zu tun. Naturwissenschaftliche und sprachliche Fächer genießen bei der Pisa-Bewertung eine Schlüsselrolle. Daraus ergeben sich, übrigens flächendeckend und unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Kultusminister, Konsequenzen für die Stundentafel. Zweitens hat die Verkürzung der Schulzeit einen Verdrängungswettbewerb der Fächer mit sich gebracht. Darunter leiden besonders Geschichte und Politik, obwohl gerade diese Fächer substantiell für bürgerschaftliches Selbstverständnis sind. Drittens schließlich sind die didaktischen Instrumente im Politik- und Geschichtsunterricht überschaubar, deshalb versuchen wir beispielsweise, bei der Vermittlung jüngerer Geschichte Zeitzeugen an die Schulen zu bringen. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Schüler, der heute in der 10. Klasse ist, nach der deutschen Einheit geboren wurde. Für den ist die DDR häufig genauso jenseits seiner Vorstellungskraft wie das Mittelalter. Das macht die Arbeit nicht leichter.

Brauchen wir vielleicht ein ganz neues Instrumentarium für die Wissensvermittlung, um junge Menschen zu erreichen?

Die Tatsache, dass junge Menschen weniger Bücher lesen, heißt ja nicht, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Aber es ist schon so: Das Internet spielt zur Information eine immer größer werdende Rolle. Die Leser wechseln zunehmend vom Buch ins

»Image der Politiker ist schlecht«

THOMAS KRÜGER Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung über die Chancen und Grenzen der Arbeit seiner Behörde aus.



gärten und hat Politik in seiner Sprache reflektiert, herausgefordert und letztlich aktiviert. Und Sido hat gesagt: Ich bin jetzt 27 Jahre und gehe zum ersten Mal wählen. So was hat Effekte.

Durch Netzwerke wie Facebook oder Twitter hat sich die Kommunikation und die Debattenkultur verändert. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Diskussionen um politische Fragen finden regelmäßig auf Facebook statt. Die Bundeszentrale hat dort 12.000 Follower, die mehrmals täglich mit Inhalten, die im Netz angesprochen werden, versorgt werden. Wir nutzen auch Twitter, wobei das deutlich schwieriger ist, weil in 140 Zeichen politische Bildung nur sehr begrenzt vermittelbar ist. Aber: Wir bieten auf Twitter unter twitter.com/frag\_die\_bpb einen Frage-Service an, weil Fragen und Antworten meist knapp zu formulieren sind. Also etwa: Stand der Reichstag in Ost- oder West-Berlin? Antwort: West-Berlin, mehr dazu unter www.bpb.de. Das funktioniert prima.

Welche Rolle spielen die Elternhäuser? Könnte es sein, dass die Informationsdefizite der nachwachsenden Generation auch damit zu tun haben, dass schon die Eltern sich für Politik und Zeitgeschichte nicht interessieren?

Das ist in den soziokulturellen Milieus sehr unterschiedlich. In den besser gebildeten Zielgruppen steigt das Politikinteresse erfreulicherweise, während in den bildungsbenachteiligten Zielgruppen ein weiterer Rückgang am klassischen Politikinteresse zu verzeichnen ist. Bei letzteren ist aber festzustellen, dass sich Politik ganz anders definiert. Die klassischen Fragestellungen, in denen Begriffe wie Politik oder Bildung vorkommen, verfangen nicht. Dinge aus dem unmittelbaren Lebensumfeld wie Ausbildung oder Nachbarschaft sind aber sehr wohl Themen, die eine Rolle spielen. Es bedarf einer Dekodierung, wenn Begriffe wie Respekt oder Fairness fallen, die letztlich Ausdruck einer politischen Haltung sind.

Es wird beklagt, dass sich die Bevölkerung weniger dafür interessiert, was Politiker zu sagen haben. Wie müssten sich Politiker verändern, um die Menschen im Land besser zu erreichen?

Vor der letzten Bundestagswahl haben wir ein Projekt mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gemacht. Die hatten ein Bild von Politik und Politikern, das unterirdisch war. Ausgenommen haben sie aber immer diejenigen Politiker, die sie selbst einmal kennengelernt hatten. Das zeigt davon, dass die mediale Vermittlung von Politik mit ihrem Hang zur Skandalisierung das Image von Politik und Politikern nachteilig beschädigt hat. Die Folge ist eine Verweigerungshaltung der Bevölkerung. Ja, das Image der Politiker ist wirklich schlecht. Deshalb ist politische Bildung so unverzichtbar. Sie ist das Schmiermittel zwischen dem Politikbetrieb mit den gewählten Mandatsträgern und denjenigen, die Politik rezipieren.

Also gilt für Abgeordnete: Ab in die Wahlkreise!

Sicher, aber das passiert ja auch. Wenn freitags der Plenarsaal im Bundestag nicht mehr so prall gefüllt ist, liegt das meistens daran, dass die Abgeordneten Verpflichtungen in ihren Wahlkreisen eingegangen sind. Die Abgeordnetenschele ist deshalb unfair. Die Parlamentarier wissen sehr genau, was im Land vor sich geht.

Das Interview führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich.

Thomas Krüger (53) ist seit Juni 2010 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Von 1994 bis 1998 war er Sozialdemokrat Bundestagsabgeordneter.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Preuße aus dem Ländle: Ernst-Reinhard Beck

Ich bin ein Preuße mit schwäbischem Dialekt“, sagt Ernst-Reinhard Beck und lacht dabei. Sofort hält der CDU-Bundestagsabgeordnete einen Vortrag über die komplexe Geschichte seines Geburtsorts Frohnstetten in den Hohenzollernschen Landen am alten Dreiländereck zu Baden und Württemberg. Hier kommt bei Beck, Jahrgang 1945 und damit im bis 1947 existierenden Preußen geboren, ganz der Lehrer zum Vorschein, der er fast 30 Jahre lang im ersten Leben vor der Politik war.

Seit 2002 vertritt Beck als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Reutlingen im Bundestag. Ende 2009 wurde er verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Dennoch ist die politische und historische Bildung dem Studienrat für Politik, Geschichte und Deutsch bis heute Herzenssache. In seiner Lehrzeit in Baden-Württemberg war Beck intensiv an der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung beteiligt. So gründete er deren renommierte Zeitschrift „Politik und Unterricht“ mit. Folgerichtig kam Ernst-Reinhard Beck 2002 mit dem Bundestags einzug ins Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung. Seit 2006 führt er dieses Aufsichtsgremium von 22 Bundestagsabgeordneten.

Was sagt Beck zur Zeitung „Das Parlament“, die über die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ mit der Bonner Einrichtung verbunden ist? „Diese Zeitung ist für mich Wegbegleiter, seit ich mich für Politik interessiere. Will der Bürger über deutsche Politik auf dem Laufenden bleiben, braucht er „Das Parlament.“ Besonders gefallen Beck die Themenausgaben. Er begrüßt, dass „Das Parlament“ nicht mehr der Bundeszentrale unter der Führung des Innenminis-

teriums untersteht. Beck: „Die Zeitung ist beim Bundestag genau richtig angesiedelt.“

Mit der Bundeszentrale befasst sich der vielbeschäftigte Berufspolitiker Beck jede Woche, „meist geht es um Lob oder Tadel“. Vier bis fünf Mal trifft sich das Kuratorium im Jahr zu Sitzungen. Gegen manche Kritik seiner Parteifreunde steht Kuratoriumschef Beck hinter dem Präsidenten der Bundeszentrale, Thomas Krüger. Dem früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und Berliner Senator wird in Unionskreisen zu starke gesellschaftspolitische Nähe zu Rot-Grün nachgesagt. Beck, der sich selbst als Konservativer bezeichnet und „linke Dominanz“ in der politischen Bildung beklagt, entgegnet: „Ich diskutiere mit Thomas Krüger immer ganz offen über Differenzen. Insgesamt habe ich aber stets gut mit ihm zusammengearbeitet.“ Dem Mitgründer der DDR-Sozialdemokraten attestiert Beck „große Verdienste“ um die politische Bildung in Deutschland. Mit Krüger kämpft Beck seit Jahren – weitgehend erfolglos – gegen die starken Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale.



»Die Zeitung ‚Das Parlament‘ ist für mich Wegbegleiter, seit ich mich für Politik interessiere.«

In der Hauptsache aber ist Ernst-Reinhard Beck das verteidigungspolitische Gesicht der Union. Der Oberst der Reserve, der nach seiner Wehrdienstzeit bei den Gebirgsjägern rund 500 Wehrübungstage absolviert hat, ist hier in seinem Element. Der Ehrenpräsident des Verbandes der Reservisten macht keinen Hehl daraus, dass er mit der De-facto-Abschaffung der Wehrpflicht durch einen CSU-Minister bis heute hadert. „Wir haben mit der Wehrpflicht ein Markenzeichen dieser Armee aufgegeben.“ Beck ist skeptisch, ob die Bundeswehr mittelfristig ausreichend Personal aus allen Schichten des Volkes gewinnen kann. „Die Gesellschaft braucht auch das Einfordern von Pflichten“, sagt der Preuße Beck. In solchen Fragen ist er kein Politiker, der sich aus Karrieregründen verbiegt. Sein lautstarkes Telefonat mit Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg über die verkündete Aussetzung der Wehrpflicht im Herbst 2010 ist Legende im politischen Berlin.

Beck ist in konservativer ländlicher Gegend in der Schwäbischen Alb aufgewachsen und von einer CDU-nahen Familie geprägt. 1963 trat er in die Junge Union und 1968 in die CDU ein. Er tut sich schwer mit den Modernisierungen der heutigen CDU unter Angela Merkel. Auch in der Familienpolitik sieht er in der Partei falsche Akzentsetzungen. 2013 will er nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Beck sieht ein reichhaltiges berufliches und politisches Leben erfüllt. An seinem Wohnort Reutlingen ist über den langjährigen Direktor des renommierten Friedrich-List-Gymnasiums nur Gutes („fleißig, korrekt“) zu hören. Beck freut sich, bald wieder mehr in der Schwäbischen Alb wandern zu können. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(äußer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Konzeption

Alexander Heinrich

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhlesenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantwortl.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung/Disposition

Zeitungsanzeigenverwaltung  
RheinMainMedia mbH  
Andrea Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 €; für  
Schüler, Studenten und Auszubildende  
(Nachweis erforderlich) 13,80 €  
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor  
Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für  
vier Ausgaben kann bei unserer  
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
stellen nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion dar. Für unerwartete  
Einsendungen wird keine Haftung  
übernommen. Nachdruck nur mit  
Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien  
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“  
ist Mitglied der  
Informationsgesellschaft  
zur Feststellung  
der Verbreitung von  
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung  
„Das Parlament“ wird ausschließlich  
Recycling-Papier verwendet.



# Wandel von Rot zu Blau

LAYOUT »Das Parlament« hat sich in den vergangenen sechs Jahrzehnten in sieben verschiedenen Gewändern präsentiert

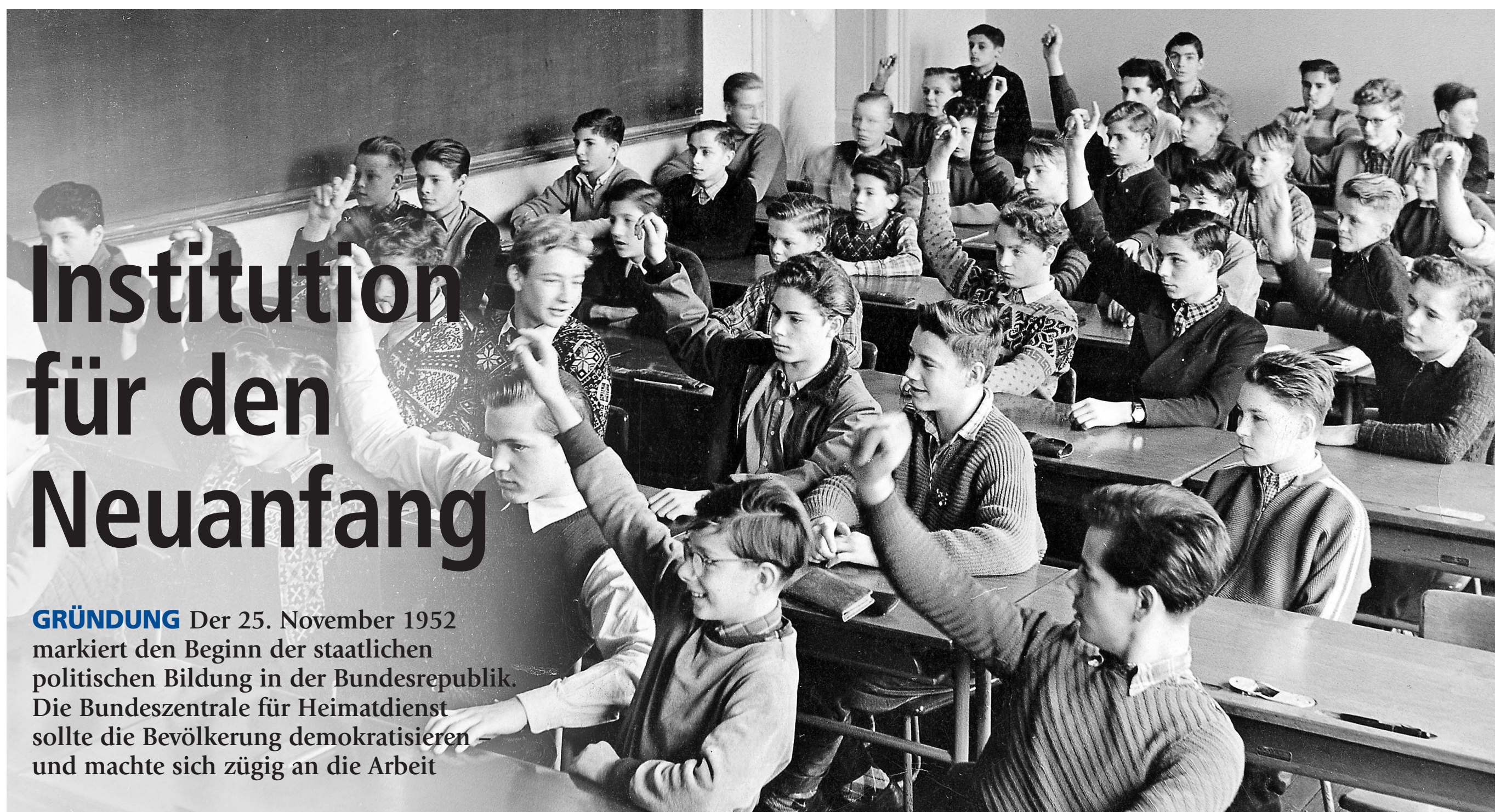
Das seriöse „Parlament“ kam ursprünglich in der Farbe des Boulevard-Journalismus schlechthin. Doch erst Anfang 1978 wechselte „Das Parlament“ seine Schmuckfarbe zum Blau, dem es in verschiedenen Abstufungen treu geblieben ist. Blau, so lässt es sich in den Farblehren der Medien- und Werbewelt nachlesen, symbolisiert Zuverlässigkeit, Beständigkeit, Gelassenheit, Seriosität, Professionalität, Empfindsamkeit und Zurückhaltung. Die Optik einer Zeitung, das Layout, spiegelt im Idealfall eben auch ihr inneres Wesen wieder. Allerdings ist das Zeitungsdesign in den vergangenen 60 Jahren unterworfen. Und so basteln Zeitungsredaktionen in schö-

ner Regelmäßigkeit an der Optik ihres Blattes. Von der Schrift, über das Zeitungsformat und den Satzspiegel bis hin zum Verhältnis von Text und Bildanteil steht alles zur Disposition. „Relaunch“ nennt sich dies im Anglizismen durchsetzten heutigen Mediendeutsch. Mal wird das gesamte Layout neu gestaltet, mal sind es nur kleinere, kaum merkbare Veränderungen. Überhaupt – „der Leser“. Er gilt als größter Feind eines jeden Layoutwechsels. Der eine kann sich nicht für die größeren Fotoformate erwärmen, einem anderen hingegen sind die Seiten noch immer zu „bleilastig“. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass die meisten Leser spätestens ein halbes Jahr nach Einführung des neuen Layouts Stein und Bein schwören, „ihre“ Zeitung habe nie anders ausgesehen. Aber auch Redakteure tun sich mitunter schwer mit einem neuen Layout. Vor allem in der Frage, auf wieviel Textanteil zugunsten von Fotos oder Grafiken verzichtet werden soll, entzweigen sich die Geister von Journalisten und Grafikern gerne und ausgiebig. Sechs Mal hat „Das Parlament“ seine Optik in den vergangenen 60 Jahren gewechselt oder zumindest angepasst. Zum Jahreswechsel 1969/70



verabschiedete sich die Wochenzeitung von seinem in Fraktur gesetzten Titel und weitere 13 Jahre später erschien sie erstmals unter jenem charakteristischen blauen Schriftzug, der in variiert Form bis heute erhalten geblieben ist. Parallel zu anderen Zeitungen hielten Mitte des Jahres 1996 dann Farbfotos Einzug ins „Parlament“. Bedenkt man, dass Farbfernsehen in Deutschland bereits ab 1967 ausgestrahlt wurde, zielen sich viele seriöse Zeitungen vor bunten Bildern. Diese galten unter den Printmedien lange Zeit Magazine und Boulevard-Zeitungen vorbehalten. Durchgängig farbig wurde „Das Parlament“ jedoch erst im Jahr 2003 durch den Wechsel der Druckerei. Die zuvor eingesetzte und in die Jahre gekommene Rotationsdruckmaschine hatte nur bestimmte Seiten farbig drucken können. Ein Jahr zuvor hatte die Wochenzeitung nach dem Wechsel der Herausgeberschaft von der Bundeszentrale für politische Bildung zum Deutschen Bundestag bereits einen vollständigen Relaunch erlebt. Integration des Pressedienstes „hib“ (heute im bundestag) in „Das Parlament“ machte erhebliche Änderungen am Layout nötig – die Zeitung wurde durch die Berichterstattung aus den Bundestagsausschüssen insgesamt kleinteiliger. Bereits fünf Jahre später wurde die optische und inhaltliche Präsentation der Wochenzeitung in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Blattmacher Helmut Ortner erneut grundlegend überarbeitet. Es gehört keine prophetische Begabung für die Vorhersage, dass auch das aktuelle Layout nicht in Stein gemeißelt ist. Doch völlig gleich, wie sich „Das Parlament“ in den nächsten Jahren präsentieren wird, auch ein neues Layout wird eine eherne Gesetzmäßigkeit im Print-Journalismus nicht außer Kraft setzen: Es passiert auf der Welt immer genau so viel, wie in eine Zeitung hineinpassen kann. aw





# Institution für den Neuanfang

**GRÜNDUNG** Der 25. November 1952 markiert den Beginn der staatlichen politischen Bildung in der Bundesrepublik. Die Bundeszentrale für Heimatdienst sollte die Bevölkerung demokratisieren – und machte sich zügig an die Arbeit

Eine Schulklasse im Jahr 1959: Die Lehrer mit Materialien über das Dritte Reich zu versorgen, gehörte in den Anfangsjahren zu den Hauptaufgaben der Bundeszentrale.

Nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur, den Schrecken des Krieges und des Holocaust stand die junge Bundesrepublik vor einer schweren Aufgabe: Nicht nur den wirtschaftlichen Aufbau, sondern auch einen umfassenden geistigen Neuanfang musste sie bewältigen. Doch wie konnte man den demokratischen Gedanken in der Bevölkerung am besten verankern und totalitären Bestrebungen so künftig den Nährboden entziehen? Für die westlichen Besatzungsmächte galt eine Politik der „Reeducation“ als Mittel der Demokratisierung der deutschen Bevölkerung. Darunter wurden all jene Maßnahmen zusammengefasst, die darauf abzielten, den Deutschen auf geistiger und emotionaler Ebene die Grundsätze, Prinzipien und Haltungen des demokratischen Zusammenlebens verständlich zu machen. Um dies zu erreichen, wurde am 25. November 1952 die Bundeszentrale für Heimatdienst gegründet. Laut Gründungserlass des Bundesinnenministeriums (BMI) handelte es sich dabei um eine „nicht-rechtsfähige Bundesanstalt“ unter Aufsicht des BMI. Als ihre vorrangige Aufgabe wurde definiert, „den demokratischen und den europäischen Gedanken im deutschen Volke zu festigen und zu verbreiten“.

Terminologisch knüpfte die neue Institution an die „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfZ) an, die in der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1933 die staatsbürgerliche Erziehung zum Ziel hatte. Sie erwies sich jedoch als wenig erfolgreich, fungierte sie doch insbesondere ab Anfang der 1920er-Jahre als Propagandainstrument der Reichsregierungen zur Beeinflussung der Bevölkerung in den so genannten Abstimmungsgebieten. Im Vorfeld der Gründung der bundesdeutschen „Bundeszentrale für Heimatdienst“ bestimmten daher kontroverse konzeptionelle Vorstellungen die Debatte. Das im Bundeskanzleramt angesiedelte Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) favorisierte die Angliederung der Bundeszentrale an das Bundeskanzleramt beziehungsweise an das ihm unterstellte BPA. Es trat dafür ein, dass die zu errichtende Bundeszentrale Staatspropaganda betreiben solle, und versuchte seinen Einfluss auf Konzeption, Zielstellung, Arbeitsweise und Methoden der Bundeszentrale geltend zu machen. Die Leiter des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Hermann Heimerich und Theodor Steltzer, warnten hingegen ausdrücklich vor der Orientierung am Weimarer Modell und vor der Einrichtung einer staatlichen Propagandazentrale. Und Bundeskanzler Konrad Aden-

auer (CDU) sprach sich ausdrücklich für eine Beteiligung der Opposition aus: „An der Arbeit der Bundeszentrale für Heimatdienst sollen möglichst alle staatstragenden politischen Parteien, gleichgültig, ob sie die Regierung unterstützen oder in Opposition zu ihr stehen, teilnehmen.“

Nach einer Phase der Auseinandersetzung um die Konzeption und Organisation der Bundeszentrale, die fast drei Jahre andauerte,

## KOMPAKT

**> Gründungserlass** Darin erteilt das Bundesinnenministerium der Bundeszentrale die Aufgabe, „den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volk zu festigen und zu verbreiten“.

**> Wissenschaftlicher Beirat** Besetzt mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens soll er Anregungen für die Arbeit der Bundeszentrale geben.

**> Kuratorium** Heute besteht es aus 22 Bundestagsabgeordneten aus allen Fraktionen. Es soll die überparteiliche Haltung und die politische Wirksamkeit der Arbeit der Bundeszentrale überwachen.

te, setzte sich Adenauer durch und das Bundeskabinett stimmte am 7. Oktober 1952 der Vorlage des Bundesinnenministers zu. Daraufhin nahm die Bundeszentrale Ende November ihre Arbeit auf. Die Fachaufsicht übte zunächst der Pressereferent des BMI, Carl-Heinz Lüders, aus; ab Februar 1956 übernahm Albrecht Krause diese Funktion. Hauptaufgaben der Bundeszentrale waren in den Aufbaujahren die Vermittlung von Informationen über den neuen demokratischen Staat, seine Werte und Institutionen sowie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, insbesondere auch mit der Widerstandsbewegung um den 20. Juli 1944. Mitte der 1950er Jahre wurde auch die Abwehr des Kommunismus zu einem zentralen Themenfeld.

Paul Franken (1903-1984), Direktor der Pädagogischen Hochschule in Vechta und ein enger Vertrauter Adenauers, wurde zum ersten Direktor der Bundeszentrale ernannt. Dem einzurichtenden Kuratorium sollten 15 Bundestagsabgeordnete der CDU, SPD, FDP, Deutschen Partei (DP) und Föderalistischen Union (FU) angehören.

Im Laufe der Jahre wurden die verschiedenen Referate aufgebaut. Bereits 1955 existierten zehn Abteilungen, unter anderem die beiden von Carl-Christoph Schweitzer geleiteten Referate „Periodische Publizistik“ und „Film und Funk“, das von Paul Franken

geleitete Referat „Politik und Zeitgeschehen“ sowie das Referat „Psychologie“. Neben den elf Fachreferenten unterstützten zahlreiche freie Mitarbeiter, etwa als Autoren oder Grafiker, die Arbeit.

Die Bundeszentrale förderte schon in diesen ersten Jahren Publikationen zu politisch relevanten Themen und unterstützte Seminare und Tagungen freier Bildungsträger. Außerdem konzipierte und veröffentlichte sie selbst zahlreiche Publikationen, darunter die „Informationen zur politischen Bildung“, die ab 1952 an Lehrer verteilt wurden, sowie ab 1953 die „Schriftenreihe“ und „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ), die als Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ erschien. Die Zeitung zählt zu den frühesten Publikationen der Bundeszentrale. Schon in den ersten Ausgaben behandelte sie unter anderem die Thematik des militärischen Widerstands gegen Hitler. So erschien am 20. Juli 1952 eine Sonderausgabe zum Thema „Die Wahrheit über den 20. Juli 1944“. „Das Parlament“ erreichte bis Ende der 1950er Jahre eine Auflagenhöhe von 80.000 Exemplaren.

**Maulkorb ab 1960** Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte im Jahr 1960 die Verhängung des so genannten Maulkorberlasses durch den damaligen Innenminister Gerhard Schröder (CDU). Während die

Bundeszentrale bis zu diesem Zeitpunkt über Projekte im Umfang von bis zu 30.000 D-Mark selbst entscheiden konnte – über 30.000 D-Mark waren es seit dem März 1954 genehmigungspflichtig – und auch hinsichtlich der von ihr herausgegebenen Publikationen eine weitgehende Autonomie besaß, änderte sich dieses Arrangement nun. Die Bundeszentrale sollte künftig Entwürfe vieler ihrer Publikationen dem BMI zur Prüfung vorlegen: Dies betraf unter anderem die APuZ, die „Schriftenreihe“ sowie Massenpublikationen, sofern in ihnen zeitgeschichtliche oder politisch aktuelle Fragen behandelt werden.

Nicht nur für die Mitarbeiter der Bundeszentrale, sondern auch für die Presse war offensichtlich, dass die Einführung einer generellen Genehmigungspflicht den Handlungsspielraum der Bundeszentrale merklich einschränkte. Diese weitreichende Einflussnahme von Seiten des Innenministeriums sollte eine ganze Dekade fortwirken. Außer Kraft gesetzt wurde die Weisung erst am 1. April 1970. Gudrun Hentges

Die Autorin ist Professorin für Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda. Derzeit forscht sie über die Gründungsgeschichte der Bundeszentrale für Heimatdienst. Demnächst erscheint ihr Buch „Staat und politische Bildung“ (Springer, Wiesbaden).

## »Die Aufklärung über das Dritte Reich hat mit der Bundeszentrale begonnen«

**INTERVIEW** Einer der ersten Referenten der Bundeszentrale, Carl-Christoph Schweitzer, über Ideenfindung, Provokation als Mittel zur Aufklärung und Grenzen der politischen Bildungsarbeit

**Herr Professor Schweitzer, Sie haben die Anfänge der Bundeszentrale Anfang 1952 miterlebt und aktiv mitgestaltet. Was genau haben Sie damals gemacht?** Wir fingen schon elf Monate vor dem eigentlichen Gründungserlass des Bundesinnenministeriums mit der Arbeit an. Anfangs waren wir nur drei Leute: der Chef, Paul Franken, ein Jurist aus dem Bundesinnenministerium und ich. Als studierter Historiker war ich praktisch der einzige Sachreferent. Ich sollte Ideen entwickeln, wie die Bundeszentrale ihre Aufgaben inhaltlich umsetzen kann.

**Wie sind Sie vorgegangen?** Wir arbeiteten in den ersten zwei Jahren in einem kleinen Häuschen in Bad Godesberg bei Bonn. Paul Franken und ich führten intensive Gespräche, um Projekte anzukurbeln. Franken hatte als Erziehungswissenschaftler aber fast ausschließlich die pädagogische Seite im Blick. Er wollte vor allem in den Schulen Aufklärung betreiben.

**Das reichte Ihnen nicht?** Auch ich war zunächst vorrangig zuständig dafür, dass alle westdeutschen Schulen mit Materialien über das Dritte Reich versorgt wurden. Zum Beispiel haben wir ihnen die erste Hitler-Biografie des englischen Historikers Alan Bullock „geschenkt“. Außerdem haben wir die „Informationen zur politischen Bildung“, die es bis heute gibt, ins Leben gerufen. Sie wurden damals schon in einer Auflage von etwa 200.000 Exemplaren

vierwöchentlich gedruckt und an Lehrer in den Schulen verteilt. Ich habe Paul Franken dann aber immer mehr dazu gedrängt, die politische Bildungsarbeit auch auf andere Bereiche auszuweiten, die Bevölkerung als Ganzes anzusprechen. Er hat mir dabei glücklicherweise freie Hand gelassen.

**Welche Ideen hatten Sie?** Wir haben zum Beispiel zusammen mit einem von vielen freien Mitarbeitern eine Serie von vier kurzen „Mecki-Filmen“ produziert. Sie liefen bis 1957 vor der Wochenschau in den Kinos. Mecki, eine damals sehr beliebte Igelfigur, rief etwa 1953 zur Teilnahme an der Bundestagswahl auf oder warb für die Europäische Integration.

**Sie haben 1953 auch eine nicht unumstrittene Broschüre drucken und in allen D-Zügen auslegen lassen.** Ja, Überschrift war „Die Kunst der Verführung“. Auf dem Titel war eine junge Frau abgebildet mit einem für damalige Verhältnisse recht tiefen Dekolleté. Das hat die katholische Kirche als anstößig empfunden. Ein Bischof hat offiziell Protest eingelegt. Ich wollte damit natürlich Aufmerksamkeit erregen, denn mein Ziel war es, dass die Leute das Heft lesen! Darin haben wir nämlich die Demagogie in der Weltgeschichte ange-

prangert – von Marcus Antonius über Joseph Goebbels bis hin zu Propagandisten à la Karl-Eduard von Schnitzler.

**Viele Ihrer Ideen machen bis heute das „Kerngeschäft“ der Bundeszentrale aus, etwa geförderte Kongresse, Tagungen oder die Herausgabe von Publikationen.**

Richtig. Die Bundeszentrale hat zum Beispiel früh Bücher über das Dritte Reich und später auch über den Kommunismus subventioniert. Die Verleger waren froh, dass die Bundeszentrale durch eine Garantieabnahme einen großen Teil der Auflagen sicherte. Die ersten eigenen Tagungen haben wir Mitte 1952 in Bonn organisiert mit Max Horkheimer als Hauptreferenten über die Ursprünge des Antisemitismus und den Holocaust. Wir haben den evangelischen und katholischen, später auch den gewerkschaftlichen Akademien, angeboten: Wenn Ihr zu Themen wie der Stärkung der Demokratie und des europäischen Gedankens sowie des Dritten Reiches Tagungen veranstaltet, können wir diese finanziell unterstützen.

**Sind Sie mit Ihrer Arbeit auch mal an Grenzen gestoßen?**

Ja, das zeigte sich besonders in den Schulen. Viele der Lehrer, die damals Lehr-



**Der Historiker und Emeritus an der Universität Bonn, Carl-Christoph Schweitzer, geboren 1924 in Potsdam, war von 1951 bis 1960 Referent bei der Bundeszentrale für Heimatdienst. Von 1972 bis 1976 sowie 1980 saß er für die SPD im Bundestag. Er war Initiator und lange Zeit Vorsitzender der 1957 gegründeten „Aktion Gemeinsinn“. Sein Vater war evangelischer Theologe und Mitbegründer der Bekennenden Kirche. 1939 flüchtete Schweitzer vor den Nazis ins britische Exil und studierte dort an der Universität Oxford.**

besonders für Franken, der ein eher ängstlicher Mensch war, kein leichtes Unterfangen. Es ging ja bei der Zeitung wie auch bei der Bundeszentrale von Anfang an um überparteilich korrekte Darstellungen.

**Sie waren im Juli 1952 auch verantwortlich für die erste Sonderausgabe der Zeitung über die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944. Warum dieses Thema?** Wir wollten nachträglich klar machen, wie ehrenvoll und mutig das Handeln dieser Menschen gewesen war. Die Mehrheit der Deutschen hatte ja zu viel Angst, um im NS-Terrorregime Widerstand zu leisten. Ein Vierteljahr lang habe ich intensiv an den 32 Seiten gearbeitet, persönlich alle Angehörigen und Überlebenden angeschrieben. So entstand die erste amtliche Dokumentation dazu nach dem Krieg. Die Ausgabe ist später erweitert und in Buchform veröffentlicht worden.

**Wie blicken Sie heute auf die bisherige Arbeit der Bundeszentrale?**

Sie hat in den vergangenen 60 Jahren eine enorme Leistung erbracht im Hinblick auf die Festigung der Demokratie und des europäischen Gedankens. Tatsache ist, dass die Aufklärung des deutschen Volkes über das Dritte Reich mit der Entstehung der Bundeszentrale begonnen hat. Wenn die 68er das immer für sich beanspruchen, ist das absoluter Unsinn.

ten, waren schon in der Nazizeit Lehrer gewesen. Ihnen fiel es wahrscheinlich schwer, den Schülern zu sagen, dass dieses System verbrecherisch gewesen war. So haben sie die Aufklärung sicherlich oft verhindert.

**Sie waren auch an den ersten Ausgaben von „Das Parlament“ beteiligt. Wie kam es dazu?**

Die Zeitung, die ja schon einige Monate vor Gründung der Bundeszentrale durch eine Initiative des Innenministeriums entstanden war, wurde bald in unsere Regie überführt. Anfangs sind Paul Franken und ich immer zur Druckerei von „Das Parlament“ gefahren, haben die Zeitungsfahnen Seite für Seite durchgesehen und entschieden, ob sie so freigegeben werden können. Das war

Das Interview führte Johanna Metz.



**CHRONIK**

**19. September 1951** Die erste Ausgabe der Wochenzeitung „Das Parlament“ erscheint als Prototyp. Gegründet wird sie auf Initiative des Bundesinnenministeriums und des Verlags Giradet & Co. in Hamburg. Die kurz darauf gegründete Bundeszentrale für Heimatdienst sorgt für die fachliche Betreuung.



Die erste Ausgabe von „Das Parlament“

Von Anfang an bestimmt die Tagesordnung des Bundestagsplenums die Themengewichtung im Blatt. In der ersten Ausgabe geht es etwa um Familienhilfen, das Tarifvertrags- und das Bundesbaugesetz. Die Debatten werden im Wortlaut wiedergegeben – inklusive der Zwischenrufe. Die Redakteure sorgen für den Umbruch, schmieden die Überschriften und wählen die Bilder aus. Und sie formulieren in einem Geleitwort in der ersten Ausgabe ein Anliegen, das die Wochenzeitung auch heute noch für sich in Anspruch nehmen kann: „Die Wochenzeitung ‚Das Parlament‘ will dir helfen, dir eine selbständige politische Meinung über deine Volksvertretung und deinen Abgeordneten zu bilden, die parlamentarische Arbeit aus unmittelbarer Anschauung kennenzulernen (...). ‚Das Parlament‘ berichtet nicht nur über den Bundestag, es führt dich selbst in ihn hinein. Du hörst und liest, was die Abgeordneten der verschiedenen Parteien wirklich gesagt und getan haben. Du siehst sie im Bild und kannst dir eine Vorstellung von ihnen machen. Und du kannst dich selbst mit ihnen unterhalten, sie fragen und ihnen deine Meinung zu ihrer Rede sagen.“

**November 1952** Herausgeber von „Das Parlament“ wird die „Bundeszentrale für Heimatdienst“, die später in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt wird. Damit wird „Das Parlament“ bundesweit bekannt. Die Redaktion wird zwar in die Bundeszentrale integriert, die Redakteure verbleiben jedoch vorerst noch „auf Weisung und Rechnung der Bundeszentrale“ im Angestelltenverhältnis beim Verlag Giradet & Co.

**1953** Die Redaktion führt als festen Bestandteil die Sparte „Das politische Buch“ ein, in der politische und zeitgeschichtliche Neuerscheinungen besprochen werden.

**1961** Die Redakteure werden in das Bundesangestelltenverhältnis übernommen.

**1963** Die Zeitungsherstellung (Umbruch) und die Redaktionsräume werden vom Köllen-Verlag in die Bonner Universitäts-Buchdruckerei (bub), Baunscheidtsstraße 6, verlegt. Hier verbleibt die Redaktion bis zum Umzug 1999 nach Berlin.



Wiederaufbau, Wiedergutmachung, Wirtschaftswunder und VW Käfer: Die Wochenzeitung „Das Parlament“ berichtete hautnah über alle wichtigen Weichenstellungen in der jungen Bundesrepublik.

# Chronist der jungen Republik

**GRÜNDERZEITEN** »Das Parlament« der 1950er und 1960er Jahre ist ein Fundus leidenschaftlicher Debatten

Sollte da jemand die Redaktion belauschen? Als die Mitarbeiter von „Das Parlament“ 1952 aus Anlass der Weihnachtsfeier plauderten, wurde der Aspirant für den Posten des Chefredakteurs zufällig dabei ertappt, wie er heimlich ein Band mitlaufen ließ. Das war damals selbst dem Magazin „Der Spiegel“ eine Nachricht wert, wohl auch, weil der Kandidat vom Bundeskanzleramt empfohlen worden war.

„Das Parlament“ erschien erstmals im Spätsommer 1951 – nicht auf Initiative des Deutschen Bundestags, sondern des Innenministeriums. Dass eine vom Bund finanzierte Zeitung die Arbeit der Legislative zum Schwerpunkt der Berichterstattung machen würde, war keinesfalls selbstverständlich. Es sei vor allem den beteiligten Bundestagsausschüssen zu verdanken gewesen, dass die Zeitung nicht beim Bundespresseamt als ein Bulletin der Bundesregierung angesiedelt wurde. So erinnerte sich später Carl H. Lüders, Referent des ersten Innenministers Gustav Heinemann, und sozusagen der Gründungsvater der Zeitung.

**Beirat** Mit der Überparteilichkeit nahm man es von Anfang an sehr genau. Eigens wurde ein parlamentarischer Beirat eingerichtet, dem jeweils ein Vertreter der Regierung- und der Oppositionsfractionen angehörten, später auch der Direktor des Bundestages und der Präsident der Bundeszentrale für Heimatdienst, die ab November 1952 als

Herausgeber fungierte. Mit dieser Übernahme wurde die Wochenzeitung bundesweit bekannt. Die Mitglieder des Beirats nahmen ihre Aufgabe peinlichst genau und kontrollierten die Länge der Wortbeiträge von Opposition und Regierungsfractionen bis auf den Millimeter. Später ließ der Beirat mehr Großzügigkeit walten, 1969 wurde das Gremium abgeschafft. Einmal war zwischen Beirat und Redaktion stets unumstritten: Die Tagesordnung des Bundestags gibt im Blatt den Takt an. Wichtige Debatentexte wurden, ungekürzt und im Wortlaut, von den Redakteuren in den Satz gegeben. Unter der Überschrift „Abgeordnete fragen – die Regierung antwortet“ räumte die Redaktion der Fragestunde Platz ein, unmittelbar nachdem im Januar 1952 Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) die erste Fragestunde eröffnet hatte. Zusätzlich berichtete „Das Parlament“ über wichtige Debatten und Entscheidungen anderer Parlamente der Welt, fasste internationale Konferenzen zusammen und druckte Reden von Staatsmännern und -frauen aus aller Welt. Mit der fortschreitenden Integration Europas kamen weitere Aufgaben hinzu: Die Berichterstattung aus dem Europäischen Parlament etwa, über den Europarat und die WEU-Versammlung. Der Auftrag, objektive Dokumentation zu bieten, kollidierte häufig, mit der Forderung

des Lesers und der Erkenntnis des Journalisten, dass die Wahrheit genießbar zu servieren sei“, notierte der Redakteur Friedrich Kippenberg zum 20. Jubiläum der Zeitung. Schon in den ersten Ausgaben war es deshalb Usus, prominente Wissenschaftler und Politiker für Beiträge zu verpflichten, „auf scheint (siehe Beitrag unten). Nach sitzungsfreien Wochen erschien „Das Parlament“ mit Themenausgaben. Allein 1953, im Jahr der zweiten Bundestagswahl, wurden 21 solcher Schwerpunkt-Hefen produziert: „Die Rohstoffe der Welt“ standen ebenso auf der Agenda wie das „Ermächtigungsgesetz“ im Jahre 1933, „Das Rathaus – Keimzelle der Demokratie“ und zwei Sonderausgaben zur Wahl.

»Schicksalsfragen« Jede Zeit neigt zur Zufriedenheit mit den eigenen Begriffen und Überzeugungen, und davon ist auch „Das Parlament“ nicht frei. So ist in den frühen Jahren von „Schicksalsfragen des Volkes“ die Rede, wo heute wohl eher von Bevölkerung, von Bürgern und von Herausforderungen gesprochen würde. Da wird der Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR als „mitteldeutscher“ Aufstand bezeichnet, im August 1955 soll die „Atomkraft der Welt zu Segen gereichen“, und eine Afrika-Themenausgabe macht mit der Schlagzeile „Des weißen Mannes Weg im ‚Schwarzen Kontinent‘“ auf. Bis in die späten 1960er Jahre hinein dürfen außerdem Zigarettenmarken und Fabrikanten von Sekt und Schnaps recht unverblümt mit Anzeigen in „Das Parlament“ Reklame machen. Und dennoch: Ein Blick in die frühen Ausgaben von „Das Parlament“ hilft auch, um mit einigen Vorbehalten gegenüber der jun-

gen Bundesrepublik aufzuräumen, der häufig nachgesagt wird, dass vor allem die Bäuche runder und die Läden voller, der Krieg und die jüngste Vergangenheit aber von einer Mehrheit der Deutschen verdrängt wurden. Allein die Zahl von mehr als 1.000 Gesetzentwürfen, die in den ersten beiden Wahlperioden beraten und beschlossen wurden, zeugt davon, welches Arbeitspensum der Bundestag zu schultern hatte. Die Wochenzeitung dokumentiert, mit welcher Leidenschaft die Parlamentarier über die wichtigen Weichenstellungen der jungen Republik stritten: Wiederaufrüstung, Westbindung, die europäische Integration, der Versuch der Aussöhnung mit den Nachbarn, später die heikle Frage, ob nationalsozialistische Verbrechen verjähren dürfen. Heimkehrende Kriegsgefangene und zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene sollten eingegliedert, Opfer des Nationalsozialismus versorgt, die Wohnungsnot beseitigt, die Renten auf eine solide Grundlage gestellt werden. Und weil „Das Parlament“ all diese demokratischen Entscheidungen in ihrer Entstehung begleitete und nicht nur als Ergebnis abbildete, vermitteln die frühen Jahrgänge das Bild einer Bundesrepublik, in der vieles heute Selbstverständliche noch im Fluss und offen war. Eines haben alle Redaktionen stets beherzigt: Politik machte „Das Parlament“ nie. Das ist und bleibt Aufgabe der Abgeordneten, deren sachgetreuer Chronist die Wochenzeitung seit Anfang ist.

Alexander Heinrich II

»Das Parlament«

„Das Parlament“ ist eine ganz besondere Zeitung. Denn sie wird vom deutschen Parlament, dem Bundestag, gemacht. Die Politiker im Bundestag sollen die Meinung aller Bürger vertreten. Deshalb berichtet „Das Parlament“ ganz neutral. Es gibt niemandem Recht oder Unrecht.

„Das Parlament“ erscheint jeden Montag nach einer Sitzungswoche. In der treffen sich die Abgeordneten aus ganz Deutschland im Bundestag. Sie diskutieren zum Beispiel neue Gesetze. Über ihre Arbeit wird dann in „Das Parlament“ berichtet. Und weil heute viele Menschen ihre Zeitung auch am Computer lesen, gibt es „Das Parlament“ auch im Internet.

deren Allgemeininteresse man hoffen durfte“, wie es der erste Direktor der Bundeszentrale, Paul Franken, nannte. Aus diesen Ansätzen entwickelte sich die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, die seit November 1953 und bis heute ununterbrochen als Beilage zu „Das Parlament“ er-

## Intellektuelle Wundertüte

**BEILAGE** Wer »Aus Politik und Zeitgeschichte« liest, kann nicht sagen, er hätte nichts gewusst

Albert Einstein hat es selbst zugegeben: Als es um die größte Frage von allen ging, den Ursprung des Universums, lag er lange völlig daneben. Erst als Edmund Hubbles Observatorium nachweisen konnte, dass alle entfernten Galaxien weiter auseinander streben, gab Einstein das Modell von der Ewigkeit des Universums auf. Keine Überzeugung war für ihn sakrosankt, auch nicht seine eigene. Er kämpfte sein Leben lang gegen den Unverständnis und für die aufklärerische Kraft des Wissens. Nachzulesen ist das im Heft 25-26/2005 der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) zu Einsteins 50. Todestag. Das Blatt wurde 1953 in Bonn von der Bundeszentrale für Heimatdienst gegründet. Es würde nicht überraschen, wenn es zu Einsteins Lieblingslektüre gezählt hätte. Denn seit seither versorgt die APuZ mit Hintergrundwissen und Debattenbeiträgen und befähigt den bildungswütigen Bürger, sich kritisch und auf Höhe der Forschung mit historischen, politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. Kostenlos und für jeden erreichbar, erscheint sie alle zwei Wochen gedruckt als Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ und auch online. Eine intellektuelle Wundertüte, die sich stets einem Thema aus verschiedenen Perspektiven nähert und dabei ganz unterschiedliche Autoren und Meinungen zusammenbringt. Die Redaktion greift aktuelle Diskussionen und Ereignisse auf, und besonders verdienst-

voll: Große Aufregung, bei denen die Karawane des öffentlichen Interesses schon wieder weitergezogen ist, setzt die APuZ verlässlich auf Wiedervorlage. Wer sie liest, kann jedenfalls nicht sagen, er hätte von nichts gewusst. Alleine eine Auflistung der bisherigen Hefen dieses Jahres zeigt ihr enormes Spektrum: Griechenland, Nationalsozialismus, Qualitätsjournalismus, Wohlstand ohne Wachstum?, Protest und Beteiligung, Rechts-Extremismus, Ungleichheit, Vollbeschäftigung?, Schuldenkrise, Populismus, Europa – nur einige zu nennen.

**Wissensspeicher** Man kann die APuZ als lexikalischen Wissensspeicher nutzen oder sich einfach darin verlieren. So gilt sie inzwischen als eines der wichtigsten Fachjournale im Feld der Sozialwissenschaft, der Politik und der Zeitgeschichte. Wer sich informieren möchte, wer einen Artikel, eine Seminararbeit, eine Gesetzesvorlage zu verfassen hat – dem sei die Stichwortsuche im Archiv der APuZ empfohlen. Open access – freier Zugang zu Wissen in bester Form! Wissenschaftler, Gedenkstättenleiter, Schriftsteller, Lehrer, Journalisten, Politiker, Entwicklungshelfer, Unternehmer – sie alle publizieren in der APuZ. Allgemeinverständlich sollen sie schreiben, so lautet die wichtigste Vorgabe der Redaktion. Naturgemäß halten sich manche mehr, andere weniger daran. In der Regel aber öffnen sich die Artikel wirk-

lich dem interessierten Leser. Der idealtypische Beitrag in der APuZ ist wissenschaftlich fundiert, beseitigt Unklarheiten und verweist auf wichtige Fragen zu einer aktuellen Diskussion. Und bei manchem Artikel geht nach dem Erscheinen in der APuZ der Meinungsaustausch zwischen Lesern und Verfassern erst los. Hier liegt auch die einzig wirkliche Veränderung, die man der Zeitschrift wünschen möchte: Dass Debatten über die Artikel, dass Widersprüche, Bekräftigungen, Ergänzungen, kurzum: dass das, was die Texte auslösen, im Heft auch sichtbar abgebildet oder im Internet fortgeführt wird. Eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Demokratie seit 1945 besteht darin, dass sich niemand am politischen Leben beteiligen muss. Das wissen auch die Macher der APuZ, und sie würden diesen Grundsatz sicher verteidigen. Zugleich stemmen sie sich gegen die Unwissenheit, denn die Ignoranz des Menschen ist antastbar. Albert Einstein hätte jedenfalls seine Freude daran gehabt – daran, die APuZ zu lesen, womöglich hätte er auch für sie geschrieben. Auf jeden Fall hat uns der geniale Denker einen Aphorismus hinterlassen, der als Slogan für die APuZ insgesamt gelten könnte: „Man muss die Welt nicht verstehen, man muss sich nur darin zurechtfinden.“ Tobias Winstel II

Der Autor ist Programmleiter beim Siedler Verlag.

Anzeige

## Präsidentenwahl USA 2012



**What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA**  
Herausgegeben von Christoph Haas und Wolfgang Jäger  
2012, 220 S., brosch., 34,-€, ISBN 978-3-8329-7130-4  
(Neue Amerika-Studien, Bd. 1)  
www.nomos-shop.de/14273



**Von Obama siegen lernen oder „Yes, We Gähnt!“**  
Der Jahrhundertwahlkampf und die Lehren für die politische Kommunikation in Deutschland  
Von Jan Philipp Burgard  
2011, 256 S., geb., 49,-€  
ISBN 978-3-8329-6670-6  
www.nomos-shop.de/13696

„Allen, die wissen möchten, wie Wahlkämpfe aus ihrem lähmenden Dornröschenschlaf erwachen und zu spannenden Wettbewerben werden können, sei dieses Buch von Herzen empfohlen.“  
Tom Buhrow





CHRONIK

**1970er Jahre** „Das Parlament“ berichtet aus parlamentarisch bewegter Zeit: Die Wochenzeitung dokumentiert die leidenschaftlichen Bundestags-Debatten zu den Ostverträgen der sozialliberalen Regierung und das Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) im Frühjahr 1972 (siehe Seite 15). Debatten-Höhepunkte sind auch das Ringen um die Reform des Paragrafen 218 – die Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche – und die Reaktionen auf den linksextremen Terror im Herbst 1977. Damals entführte und ermordete die Rote Armee Fraktion mehrere Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft (siehe Seite 16). Neu in der Wochenzeitung ist die Rubrik „Teleforum“ auf der letzten Seite. In ihr rezensieren jeweils drei Autoren aus verschiedenen politischen Blickwinkeln eine Sendung, einen Film oder eine Serie und gehen der Frage nach den „Wirkungen des Fernsehens auf politische Einstellungen“ auf den Grund.

**1970** Der alte Fraktur-Schriftzug von „Das Parlament“ hat endgültig ausgedient und wird durch eine neue, modern und schnörkellos anmutende Schrift ersetzt.

**Januar 1973** Nach mehr als zwei Jahrzehnten gehen Druck und Vertrieb der Wochenzeitung vom Verlag Giradet in Hamburg zur Paulinus-Druckerei in Trier über.

**1980er Jahre** Zunehmend finden auch außerparlamentarische Bewegungen und Ereignisse Eingang ins Blatt. Neben dem Kerngeschäft – der Dokumentation der parlamentarischen Debatten, Entscheidungen und Abläufe – widmet die Zeitung Themenseiten und ganze Themenausgaben der aufkommenden Umweltbewegung, den Demonstrationen und Protesten gegen das Wetrüsten zwischen Ost und West und den Nato-Doppelbeschluss, aber auch den Neuen Medien und der Einführung des Privatfernsehens Mitte der 1980er-Jahre.

Die letzte Seite wird zur „Kehrseite“ umbenannt. Sie bietet Raum für Porträts, Personalia, Berichte von Parteitagen und auch bunte Stücke und Einblicke in die Arbeit der Bundestagsverwaltung. Außerdem bekommt die Zeitung eine feste Gliederung in Ressorts und Rubriken: Seitentitel wie Bundestag, Bundesrat, Europäisches Parlament, Geschichte, Panorama, Aus den Ländern und das schon seit 1953 als fester Bestandteil eingeführte „Politische Buch“ weisen dem Leser den Weg durch die Zeitung.

**1989/1990** Der Fall der Mauer am 9. November 1989 läutet einen Epochenwechsel ein. „Das Parlament“ dokumentiert



den Weg zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 (siehe Foto). Die Redakteure und Autoren berichten ausführlich über die Situation in der DDR und die erste freie Volkswahl im März 1990. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ebenso Thema wie die die 2+4-Verhandlungen mit den Weltkriegs-Alliierten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich und jene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands.

**Januar 1990** In dieser bewegten Zeit gehen wichtige Neuerungen bei der Wochenzeitung fast unter: Bereits Ende der 1980er Jahre diskutiert die Redaktion intensiv über ein neues Layout und über einen neuen Kopf des Blattes. Ausgeführt werden die Arbeiten vom Zeitungsdesigner Norbert Küppers. Im Januar 1990 ist es dann soweit: Vom Direktorium der Bundeszentrale kaum bemerkt wird das neue Layout eingeführt. Debatten von Bundestag und Bundesrat, Dokumentationen und Artikel werden nun „im Block“ umbrochen. Ein neuer Zeitungskopf kann wegen Streitigkeiten im Direktorium der Bundeszentrale noch nicht eingeführt werden.

**März 1990** Die Vorboten des digitalen Zeitalters erreichen die Redaktion: Bisher mussten aus den Räumen des Deutschen Depeschendienstes (ddp) die Agenturfahrten einmal pro Woche von einem Volontär abgeholt werden. Jetzt kommen die Agenturmeldungen von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) aktuell auf die Computerbildschirme der Redakteure. Die Zeitung selbst produziert sie allerdings noch ganz altmodisch: Artikel, Bilder, Grafiken, Überschriften und Bildunterschriften werden per Klebebruch mit der Hand zusammengestellt.

**Juli 1990** Die Redaktion erhält auf Anregung des Vorsitzenden des „Kuratoriums für politische Bildung“ beim Bundestag, Gerhard Reddemann (CDU/CSU), ein Redaktionsstatut. Angelehnt am Statut der Deutschen Welle kann das Direktorium der Bundeszentrale nun nicht mehr in redaktionelle Verantwortlichkeiten eingreifen.



Politisch bewegte Zeiten: Gegen Atomkraft und Nato-Doppelbeschluss demonstrierten in der 70er- und 80er-Jahren tausende Menschen. Auch „Das Parlament“ berichtete über diese neuen sozialen Bewegungen.

# Mit Argusaugen bewacht

1970ER UND 1980ER JAHRE Neue Ressorts, mehr redaktionelle Inhalte – »Das Parlament« wird reformiert

**T**eilweise harte Zeiten hatte die stets personell unterbesetzte und auch mit recht geringen Finanzmitteln ausgestattete Wochenzeitung „Das Parlament“ bis Mitte der 1970er-Jahre hinter sich bringen müssen. Die Leitenden Redakteure der Gründerzeit, Friedrich Kippenberg und Willi Weber, gingen in den Ruhestand. Neue Gesichter gestalteten von nun an das Blatt. Die Redaktionsleitung wollten zunächst die sozialliberalen Koalitionäre unter sich aufteilen. Für die FDP sollte Peter Juling, ein enger Mitarbeiter des damaligen Bundesinnenministers Gerhart R. Baum, für die SPD Ernst Goyke, bisheriger Bonn-Korrespondent des Magazins „Der Spiegel“, die Redaktion führen. Erst auf Intervention des damaligen Bundestagspräsidenten Karl Carstens (CDU) bekam auch die Union den dritten Leitenden Redakteur zugestanden: Egon Ludwig, ein Emil-Dovifat-Schüler, kam vom ZDF.

**Vorsichtige Modernisierung** Vorbei waren die Zeiten, in denen Parlamentarische Geschäftsführer wie Hermann Ehren von der CDU/CSU gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Erwin Welke „bei Kaffee und Kuchen“ – wie sich Willi Weber später erinnerte – die Arbeit der Redaktion überwachten und begutachteten: mittels Längenmessung der Dokumentationsbeiträge per Bindfäden und Kontrollieren der Überschriftengrößen, ob auch so keine Fraktion übervorteilt werden konnte. Juling, Ludwig und Goyke gingen nun daran, das Blatt zu modernisieren – vor-

sichtlich, denn sowohl die Arguren in der Bundeszentrale als auch im Bundestags-Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung wachten mit Argusaugen auf das Erscheinen einer jeden Ausgabe. Wurde bisher der chronologische Ablauf einer Bundestagsdebatte – ab Seite 1 – ohne Wenn und Aber dokumentiert, gab es fast eine redaktionelle Revolution. Beispiel: „Präsident Ehlers eröffnet die Sitzung.“ – Präsident Dr. Ehlers: „Die Sitzung ist eröffnet.“ – Solche Unsinnigkeiten gehörten nunmehr der Vergangenheit an. Stattdessen folgte nun die „Kontrovers-Aufmachung“. Auf der Seite 1 kamen jetzt gleichermaßen sowohl die Regierung als auch die Opposition zu Wort. Der Nachteil für den Leser: unzählige Textüberläufe auf die nächste(n) Seite(n). Der gestresste Leser musste die Seiten ständig umschlagen. Aber die Neuerung diente der Ausgewogenheit und der Überparteilichkeit. Jede Reform hat eben seine Stärken und auch Schwächen.

Als besondere Stärke der Reform ist zu sehen, dass von nun an neben dem Ressort „Das politische Buch“ auch mehr redaktionelle Formate in das Blatt Einzug fanden. So entstand etwa „Panorama“: Hier wurde über Entwicklungen in den Medien und über die Arbeit in den politischen Stiftungen berichtet; im Ressort „Aus den Ländern“ gab es Berichte aus den Länderparlamenten; „Ausland“ war das Ressort, das die parla-

mentarische Arbeit in anderen Ländern intensiv beobachtete. Keine andere Tages- oder Wochenzeitung in Deutschland berichtete damals so intensiv über Europa wie „Das Parlament“. Als Hintergrund-Information kamen Rubriken wie „Zur Sache“, „Zur Debatte“ und die Wochen-Chronik hinzu. Als weiteres „Schmuckstück“ wurde schon vor nahezu 35 Jahren die „Kehrseite“ konzipiert, die allerdings auch eine ganze Reihe von Veränderungen durchlebte. Erweitert wurde die Zeitung auch um Dokumentationen über die Parteitage der im Bundestag vertretenen Parteien. Diese wurden gegen Ende der 1980er-Jahre umgestellt in eine Mischung von Berichtserstattung und Dokumentation. Eine Zeitung, die lebt – und überleben will –, muss sich einer ständigen Veränderung stellen, muss reformbereit sein. So kam in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre der „Blickpunkt Bundestag“ sowohl als Hintergrundseite als auch – allerdings nur rudimentär – Berichtserstattung aus den Bundestagsausschüssen hinzu, die Konzeption wurde später in eine Seite für Hintergrund, Porträt und Sonder- und Untersuchungsausschüsse geändert. Allerdings muss festgestellt werden, dass trotz all des journalistischen Reformwillens die Technik ziemlich hinterwäldlerisch war. Im dritten Quartal des Jahres 1987 gab es in der Redaktion als modernstes Schreibgerät

eine gut 20 Jahre alte elektrische Adler-Schreibmaschine und einen – das muss man einfach sagen – Super-Kopierer mit allem Schnickschnack. Aber das war es auch schon. Computer? Um Gottes willen: Das schien Teufelszeug zu sein. Als der Autor dieser Zeilen seinen privat ausrangierten Rechner Anfang 1988 mitbrachte, wurde in einer Redaktionsitzung heftig darüber gestritten, ob dies gestattet sei – oder auch nicht. Er setzte sich durch. Doch mit den Rechnern im Satzbetrieb war er dennoch nicht kompatibel. Also mussten die Texte weiter ausgedruckt und im Satzbetrieb neu erfasst werden.

**Mit Schere und Klebestift** Aber der technische Fortschritt ließ sich nicht aufhalten: Hatten bisher die Volontäre an jedem Freitag vom Deutschen Depeschendienst (ddp) die Agenturfahrten abzuholen, wurde ab 1990 Agenturmeldungen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) auf einen einzelnen Bildschirm in der Redaktion gesendet, auf den alle Redaktionsmitglieder Zugriff hatten. Der Seiten-Umbruch, der in den meisten Redaktionen bereits elektronisch erfolgte, wurde nach Steinzeit-Manier noch bis in die Mitte der 1990er-Jahre mittels Schere und Klebestift durchgeführt. Schere und Klebestift gehörten erst zum Ende des Jahres 1999 der Vergangenheit an. Eine wenig angenehme Sache für die Redaktion war es, dass das Direktorium der Bundeszentrale für politische Bildung Einfluss auf die redaktionelle Arbeit von „Das Parlament“ nehmen wollte. Darüber waren sich die drei Direktoren einig, nicht jedoch über

den Weg der Einflussnahme. Gerade bei Themenausgaben wollten sie „mitregieren“, etwa Erweiterungen des Themenangebotes und die Benennung von jeweils politisch genehmen Autoren vorgeben. Ob dies in die jeweilige Konzeption passte oder nicht, war den drei Herren ziemlich egal. Das wiederum passte den Mitgliedern des Bundestags-Kuratoriums für politische Bildung überhaupt nicht. Kurz und gut: Die Redaktion bekam auf Vorschlag des CDU-Abgeordneten Gerhard Reddemann, Anfang 1990 Vorsitzender dieses Gremiums, ein Redaktionsstatut, welches dem der Deutschen Welle angepasst war. Nunmehr war die Redaktion allein verantwortlich für ihr Tun – und Unterlassen. Weder das Direktorium noch das Bundestagspräsidium konnten von nun an in die redaktionelle Arbeit aktiv eingreifen.

**Neues Layout** Ende der 1980er-Jahre wurde gemeinsam mit dem Zeitungs-Designer Norbert Küppers ein neues Layout mit einem neuen Zeitungskopf entwickelt. Die Kontrovers-Aufmachung war Geschichte, die Seite 1 wurde stattdessen nachrichtlich gestaltet. Blockumbruch war nun auf allen Dokumentations- und redaktionellen Seiten angesagt. „Das Parlament“ und die „Frankfurter Rundschau“ waren zudem zur Jahreswende 1990/91 über lange Zeit die einzigen deutschen Zeitungen, die auf der Seite 1 eine Karikatur publizierten. Mit den Jahren wurde das Blatt immer moderner und lesefreundlicher. Günther Pursch

Der Autor gehörte der Redaktion von 1987 bis 2008 an, ab 1989 als Leitender Redakteur.

**Auf Seite 1 kamen jetzt sowohl die Regierung als auch die Opposition zu Wort.**

## Kompromiss für die Praxis

**KONSENS** Die Bundeszentrale bekommt Regeln für ihre Arbeit

Die 1970er Jahre waren für die staatliche politische Bildung eine Wendezeit. 1973 kam es zu einer Neuorganisation der Führungsspitze der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Bonn. Fortan bestimmte ein parteipolitisch austariertes Dreiergremium ihre Arbeit. Auch Inhalt und Aufgaben der staatlichen politischen Bildung kamen auf den Prüfstand. Selbstverständnis und Ziele wurden in diesen Jahren zum Teil heftig diskutiert. Die bpb beharrte allerdings darauf, dass – wie es in ihrem 1971 eingerichteten Wissenschaftlichen Beirat formuliert wurde – politische Aktion nicht Teil der politischen Bildung sein dürfe. Gleichzeitig allerdings sollte politische Bildung „realitätsbezogener, weniger verkäuflich und harmonisierend und die Sensibilität für Interessenkonflikte und Macht stärke“ sein. Wenn auch der Theiestreit nicht abschließend entschieden wurde, verständigte man sich mit dem im Jahr 1976 formulierten „Beutelsbacher Konsens“ auf Regeln für die pädagogische Praxis. Festgeschrieben wurden drei Prinzipien, die bis heute für die politische Bildung hierzulande maßgebend sind: Das Kontroversitätsgebot (Beachtung kontrovers wissenschaftlicher und politischer Positionen im Unterricht), das Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot) sowie die Befähigung der Schülerinnen und Schüler, die

eigenen Interessen in politischen Situationen zu erkennen. In den 1980er Jahren geriet die bpb in ein ruhigeres Fahrwasser. Die Bildungsangebote wurden kontinuierlich fortgeführt, wachsende Bedeutung kam der Zusammenarbeit mit den freien Trägern zu. Das Ostkolleg wurde als Abteilung eingegliedert.

**Neue Akteure, neue Themen** Inhaltlich waren die Herausforderungen indes nicht kleiner geworden. Mit der von der Bundeszentrale mit ihren Angeboten begleiteten Ausstrahlung der „Holocaust“-Serie kehrte der dunkelste Abschnitt der jüngeren deutschen Geschichte ins Zentrum ihrer Arbeit zurück. Zudem gab es eine Vielzahl neuer Produkte und Veranstaltungen zu diesem Thema wie die groß angelegte Dokumentation „Gedenkstätt für die Opfer des Nationalsozialismus“. Aber auch sonst kannte die politische Bildung keinen Stillstand. Neue politische Akteure wie Bürgerinitiativen und die Neuen Sozialen Bewegungen wurden in den Fokus genommen. Das Themenspektrum bestimmend zunehmend gesellschaftliche und technische Veränderungen wie das heraufziehende Informationszeitalter. Christiane Toyka-Seid

Die Autorin arbeitet als Redakteurin und Journalistin für politische Bildung.

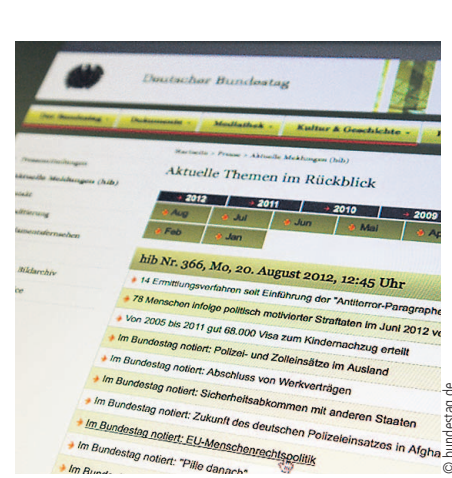
## Mehr als nur Schwarzbrot

**PARLAMENTS KORRESPONDENZ** Vor 42 Jahren entstand der Bundestags-Pressedienst »hib«

„Mit dem heutigen Tag erscheint die „Parlamentskorrespondenz“ zum ersten Male. Sie soll den Abgeordneten und Journalisten praktische Arbeitshilfe geben und der Öffentlichkeit die Funktion unseres Parlaments verdeutlichen“, schrieb Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) in seinem Grußwort zur ersten Ausgabe von „heute im bundestag“ (hib) am 15. September 1970. Als die vierköpfige Redaktion unter Leitung des früheren dpa-Journalisten Hansjochim Höhne als Referat „Parlamentskorrespondenz“ der Bundestagsverwaltung ihre Arbeit aufnahm, waren die Adressaten in erster Linie Nachrichtenagenturen. Privatleute konnten kostenlos die „woche im bundestag“ (wib) abonnieren, ein Heft, das nach Sitzungswochen des Bundestages erschien und die hib-Meldungen zusammenfasste. Es wurde jedoch 1998 eingestellt.

**Schnell und umfassend** Im Zentrum der Berichterstattung standen von Anfang an die nichtöffentlichen Ausschusssitzungen, aus denen die hib-Redakteure in der Regel berichten dürfen. Die Meldungen wurden so schnell wie möglich an die Agenturen übermittelt. Zweites Standbein war und ist die komprimierte Zusammenfassung von Bundestagsdrucksachen wie Gesetzentwür-

fen, Anträgen, Kleinen und Großen Anfragen sowie Unterrichtungen. Um parteipolitische Neutralität zu wahren, gilt das Vollständigkeitsprinzip: Es wird über jede Kleine Anfrage und über jeden Antrag berichtet. Problematisch wurde dies in den 1990er-Jahren, als es mit der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe der PDS eine dreiteilige Opposition gab. Vor allem die Grünen fluteten damals die Ministerien mit Kleinen Anfragen. Auf Seiten der schwarz-gelben Koalition entstand rasch der Eindruck eines reinen Pressedienst-



hib-Meldungen auf www.bundestag.de

tes der Opposition. 1993 wollte das Bundestagspräsidium den Dienst einstellen. Dass es dazu nicht kam, hat auch mit Fürsprechern in den Medien zu tun. So schrieb Carl-Christian Kaiser im August 1993 in der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Freilich, hib und wib liefern Schwarzbrot, nüchterne Arbeitsberichte, keine Schlagzeilen. Eben deshalb aber schadet der Bundestag sich selber, wenn er an den beiden Korrespondenzen – Quellen seriöser Berichterstattung, von der sein Ansehen in erster Linie abhängt – etwas ändert.“ Dabei produzierte hib durchaus einmal Schlagzeilen, als im September 1995 eine Meldung über den Auftritt von Finanzminister Theo Waigel im Finanzausschuss politische Verwicklungen auslöste. Waigel hatte unter anderem gesagt, dass Italien nicht an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen werde. Inzwischen ist hib zu einer „Marke“ im Nachrichtengeschäft geworden. Erschien der Newsletter 1970 in dreieinhalb Monaten 117 Mal mit 551 Meldungen, so gab es 1988 bereits 300 Ausgaben mit 1.891 Meldungen. Dies steigerte sich bis 2011 auf 535 hib-Ausgaben mit 3.489 Meldungen. Heute kann jeder die neuesten Meldungen aus dem Parlament auch auf www.bundestag.de abonnieren. Volker Müller



Isst das wohl das Ende? So fragte sich damals die Redaktion von „Das Parlament“, als sie Ende der 1990er-Jahre das Gerücht erreichte, der Bundesminister des Innern, damals seit 1998 Otto Schily (SPD), wolle sich von „Das Parlament“ trennen. Damals wurde die Zeitung noch von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgebracht, einer nachgeordneten Behörde des Innenministeriums. Eine Trennung hätte das Ende der Zeitung bedeutet, so war zu befürchten. Es konnte sich niemand vorstellen, wie ein neuer Herausgeber gefunden werden sollte, da sich „Das Parlament“ ja nicht auf dem freien Zeitungsmarkt behaupten musste, sondern als Instrument der politischen Bildungsarbeit des Bundes nahezu vollständig aus Steuermitteln finanziert und damals überwiegend kostenlos verteilt wurde. Ob Kostengründe oder andere politische Faktoren bei diesen Überlegungen über eine Einstellung der Zeitung eine Rolle spielten, wurde für die Redaktion nicht erkennbar. Es kam allerdings erschwerend hinzu, dass Otto Schily keine besondere Nähe zur institutionalisierten politischen Bildung nachgesagt werden konnte. Wollte er einfach etwas aus seinem Geschäftsbereich loswerden, dessen politischen Nutzen er nicht zu erkennen vermochte oder wollte?

**Blackbox Demokratie** Der damalige Status der Zeitung war einmalig, entsprach aber durchaus den Interessen der drei Altparteien des Deutschen Bundestages – CDU/CSU, SPD und FDP. Die Grünen zeigten sich ihrem Einzug in den Bundestag zunächst auf merkwürdige Weise desinteressiert. Die Zeitung war seit 1952 das einzige, periodisch erscheinende journalistische Produkt des Bundes, der sich ansonsten aus dem gedruckten (privaten) Meinungsmarkt aus guten Gründen heraushielte. Als Wochenzeitung hatte sie einen Hauptauftrag: Über die gesetzgeberische Arbeit des deutschen Parlaments zu informieren. Also über einen politischen Knotenpunkt der deutschen Gesellschaft politische und informationelle Transparenz zu schaffen, wo eine Mehrheit der Bürger keinen Durchblick besitzt. Wie ein Gesetz zustande kommt und wer daran wie in welchen Stufen beteiligt ist, scheint auch für viele, nach 1945 mit der parlamentarischen Demokratie beschenkte deutsche Zeitgenossen noch immer eine Blackbox zu sein. „Das Parlament“ hatte also die Aufgabe, dem Bürger die Funktionalität der parlamentarischen Demokratie in einer Form nahezubringen, die er, falls interessiert, in der Tagespresse nicht finden und in den elektronischen Medien nur in knappsten Ausschnitten hören und sehen kann – damals wie heute.

Die Zeitung gehörte und gehört damit zu den Säulen aller politischen Bildungsarbeit. Und das sollte nicht mehr fortsetzungswürdig sein? Die Redaktion hat damals die Erfahrung gemacht, dass uns Deutsche sehr viele Parlamentarier aus europäischen Nachbarländern, aber auch aus fernen Regionen bei Besuchen in der Redaktion um diese Form der institutionalisierten Bildungsarbeit geradezu beneiden. Nachahmungsversuche, wie zum Beispiel in der Ukraine nach 1991, sind alle gescheitert, weil es nirgendwo gelungen war, eine reale Unabhängigkeit der Redaktion zu sichern. Diese war für „Das Parlament“ in einem von allen Bundestagsparteien getragenen Statut schwarz auf weiß und unstrittig festgeschrieben.

**Unabhängigkeit als Lebenselixier** Die Redaktion der Zeitung konnte tatsächlich stets mit diesem Pfunde wuchern, das den



Nach dem Mauerfall 1989 kamen auch auf „Das Parlament“ große Veränderungen zu. Die Redaktion zog in die neue Hauptstadt Berlin. Im Spätsommer 1999 packten die Redakteure vor dem Bonner Domizil die Koffer (unten).

# Angst vor dem Aus

**NEUER DIENSTHERR** Nach dem Umzug nach Berlin übernahm der Bundestag die Herausgeberschaft von »Das Parlament«

Wertgehalt ihrer Glaubwürdigkeit bestimmen: ihre vollständige Unabhängigkeit von der Exekutive, die zugleich eine gewisse Distanz zur Legislative bedeutete, deren Arbeit im Interessensfokus der Zeitung stand. Die Redaktion war jedenfalls so unabhängig, dass sie (selten) vorgebrachte Publikationswünsche bezüglich eigener Beiträge von Vertretern der Exekutive oder der Legislative nachhaltig ablehnen konnte, wenn sie das aus journalistischen oder anderen Gründen für geboten hielt. Die Redaktion musste ja auch nicht fürchten, dass eine solche Haltung Leser zu irgendwelchen Konkurrenzprodukten abwandern lassen würden. Dieser Sonderstatus der Zeitung hat ihr mit der Zeit den Ruf gesichert, eben kein in Zeitungsform getarntes Bulletin oder ein propagandistisches Sprachrohr der Bundesregierung zu sein, sondern ein Presseprodukt

eigener Provenienz, das objektive Berichterstattung betreibt und damit glaubwürdig ist. Allerdings hatte dieser Sonderstatus auch Nachteile. So musste der Personalbestand der Redaktion immer den knappen Mitteln aus dem Etat der Bundeszentrale für politische Bildung angepasst bleiben. Jedermann kann sich vorstellen, dass gerade nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 zahlreiche neue parlamentarische Probleme und Themen auftraten und die wöchentliche Herstellung von im Durchschnitt 24 Druckseiten angesichts der Personallage manche Überstunde erforderlich gemacht hat. Als sich nach dem Amtsantritt der Regierung Gerhard Schröder (SPD) 1998 mit dem Beschluss über den Umzug der Redaktion von Bonn nach Berlin der Nebel über

der Zukunft der Zeitung zu lichten begann, spielten all diese Fragen für die Redaktion eine große Rolle. Eine Einstellung der Zeitung war jetzt unwahrscheinlich geworden, denn wer bezahlt erst einen teuren Umzug und macht dann die Klappe dicht?

**Neuer Herausgeber** Was sich nun herauskristallisierte, nämlich die Übertragung der Herausgeberschaft aus dem Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums auf den Deutschen Bundestag, war eine Lösung, die in den Augen der Redaktion ebenfalls einige Probleme mit sich bringen würde. Zunächst war keinesfalls klar, was aus der unabhängigen Unabhängigkeit der Zeitung wohl würde, wenn ihre Hauptaufgabe, nämlich über die Arbeit des deutschen Parlaments zu informieren, unter den unmittelbaren Einfluss eben dieses Parlamentes

gerät. Bekäme die Zeitung nun statt wie bisher eines Dienstherrn, in Gestalt der Abgeordneten des Bundestages ein paar hundert neue Herausgeber, die sich natürlich alle aus Sorge um das Erscheinungsbild des Parlamentes (und womöglich ihrer eigene Person) direkt in die strategische und operative Zeitungsarbeit einmischen würden? Könnte die Zeitung dann noch ein glaubwürdiges Instrument der politischen Bildung bleiben? Oder müsste sie nicht auf diese Weise zum Selbstdarstellungsvehikel einer bestimmten Politikerschicht werden, deren tatsächlichen Leistungen gemeinhin von der Öffentlichkeit nicht hinreichend gewürdigt werden? War dem Verständnis und der Wertschätzung von parlamentarischer Demokratie wirklich gedient, wenn das Parlament via „Das Parlament“ über sich berichten lässt?

**Im Rampenlicht** Um es gleich vorweg zu nehmen: Alle dahin gehenden Sorgen der damaligen Redaktion, die bei aller Freude über die Fortexistenz der Zeitung viel diskutiert wurden, haben sich als weitgehend obsolet erwiesen. Dabei wurden sie durchaus auch außerhalb der Redaktion von manchem Zeitgenossen geteilt. Gerade auch im Bundestag, das heißt in seinem für derartige Fragen zuständigen Ältestenrat, wurde die Übernahme der Zeitung keineswegs einhellig mit Jubel begrüßt. Erfreulicherweise gab es vor allem in den beiden großen Volksparteien einige mit der Thematik vertraute und daher einsichtige und vorausblickende Politiker, die auch den Staat und damit das deutsche Parlament in unmittelbarer Verantwortung für die politische Bildung sahen. Insbesondere der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat sich im Ältestenrat beharrlich für eine Übernahme der Zeitung eingesetzt. Er erkannte die Chance, dass nicht zuletzt die von „Das Parlament“ seit Jahrzehnten praktizierte Wiedergabe der Hauptdebatten im Parlamentsplenum einen wichtigen Beitrag zum Verständnis politischer Probleme in dieser Republik und ihrer Behandlung durch die Abgeordneten leisten kann. So geraten eben auch mal Abgeordnete ins mediale Rampenlicht, die gemeinhin in den Zwei-Minuten-Beiträgen des Fernsehens oder des Rundfunks aus dem Plenum nie in Erscheinung treten. Der Bürger konnte und kann direkt erfahren, was sein Abgeordneter fern von seinem Wahlkreis im Plenum zu einem bestimmten Thema tatsächlich gesagt hat. Ab 1. Januar 2001 erschien dann die Zeitung unter der neuen Herausgeberschaft des Deutschen Bundestages. Der Autor hat die neue Phase nicht mehr von innen miterlebt. Von außen betrachtet scheint das Problem zu sein, den Leser auch zur Lektüre der oft etwas trockenen Debattenbeiträge zu verführen, besser als in früheren Zeiten gelöst. Eine der schmerzlichen Begrenzungen der früheren Redaktion, die sie nur zähneknirsch ertragen hat, ist gefallen: Endlich werden auch Kommentare, wenn auch nur von gut ausgesuchten Gästen, veröffentlicht. Ein Meinungsblatt ist das „Das Parlament“ deswegen aber noch lange nicht geworden, lebendiger schon.

Es hat sich in der Geschichte dieser Zeitung gezeigt, dass politische Bildung, selbst wenn sie im Zentralbereich des deutschen Parlamentarismus generiert wird, dem Odium beschönigender Eigenpropaganda entgehen und dennoch glaubwürdige Aufklärung betreiben kann – falls ihre Vermittler Demokraten sind und unabhängig bleiben. Johannes L. Kuppe

Der Autor war von 1993 bis 2000 Redakteur bei „Das Parlament“.

## CHRONIK

**Januar 1991** Mit einjähriger Verspätung und nach dem Eingreifen des Bundesinnenministeriums und des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung beim Bundestag kann die Redaktion den neuen Kopf der Zeitung präsentieren. Hauptstreitpunkt im Direktorium war, ob das Signet der Bundeszentrale in den Zeitungskopf gesetzt werden soll.

**Sommer 1995** Das digitale Zeitalter kehrt auch bei der Zeitungsproduktion ein. Die Debattendokumentationen werden nun am Bildschirm redigiert, gekürzt und zusammengestellt. Die redaktionellen Seiten sowie die Themenausgaben müssen aus vertraglichen Gründen noch vier weitere Jahre per Hand und Klebeumbruch bearbeitet werden.

**August 1996** „Das Parlament“ wird bunter: Ein Teil der Seiten, zunächst Titel- und Rückseite, erhalten farbige Bilder und Grafiken.

**Sommer 1999** Die Redaktion verlässt nach 34 Jahren die vertrauten Räume in der Bonner Baunscheidtstraße. Neuer Redaktionssitz ist Berlin, Friedrichstraße 236. Von jetzt an werden alle Seiten per elektronischem Umbruch produziert. Einzig die Themenausgaben, deren Produktion bis zum Ende des Jahres per Klebeumbruch noch in Bonn erfolgt.

**Sommer 2000** Aus dem Innenministerium werden Gerüchte laut, dass das „Das Parlament“ eingestellt werden soll. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) will demnach den Etat des Blattes zukünftig für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus verwenden.

**November 2000** Die Weichen werden gestellt, um die Zeitung aus der Bundeszentrale herauszulösen und in die Verwaltung des Deutschen Bundestages zu integrieren. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2001 ist besiegelt, dass die Redaktion zum Deutschen Bundestag gehören wird.

**Januar 2001** Die Überführung der Redaktion von „Das Parlament“ in die Bundestagsverwaltung gelingt reibungslos. Sie wird mit der bisherigen Redaktion des Bundestags-Nachrichtendienstes „hib“ („Heute im Bundestag“) räumlich bleiben die beiden Redaktionsteile aber vorerst noch getrennt, die neuen Gebäude des Bundestages sind noch nicht bezugsfertig.

**Anfang 2002** Die Wochenzeitung erhält eine weitere Auffrischung des Layouts mit wiederum neuem Kopf.

**März 2003** „Das Parlament“ wird von jetzt an in Frankfurt am Main gedruckt und von dort aus auch vertrieben. Das Blatt wird nunmehr durchgängig in Farbe produziert.

**April 2003** Die Redaktion wird auch räumlich zusammengeführt. Ein großes Manko der „alten“ Parlamentsredaktion wird beseitigt: Es wird nun regelmäßig ausführlich und umfassend über die umfangreiche Ausschusstätigkeit des Bundestages berichtet.

**Februar 2007** Erneut ändert „Das Parlament“ sein Erscheinungsbild und erhält sein bis heute gültiges Layout.

Die Chronik wurde von den früheren Redakteuren Friedrich Kippenberg und Günter Pusch zusammengestellt. (Ergänzungen: Alexander Heinrich)

## Der Bundestag in der digitalen Welt

**INTERNET** Über die Arbeit des Parlaments wird auch online umfassend berichtet – von Bewegungsbildern bis zum Infodienst

Mit mehr als 50.000 Dokumenten ist der Internetauftritt des Bundestages einer der umfangreichsten in Europa. Seit 1996 informiert er alle Bürger, Wissenschaftler und Journalisten gleichermaßen über seine Arbeit, Aufgaben und Abgeordneten. Damit setzt das oberste Verfassungsorgan das Prinzip des gläsernen Parlamentes auch in seiner Internetpräsenz um – sogar auf Arabisch.

**Die Website** Dreh- und Angelpunkt ist die Website [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). Hier finden sich alle Informationen über die Arbeit des Parlamentes: Video-, Text- und Audiodateien.

Während der Sitzungswochen werden zum Beispiel die Plenardebatten und die öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse live übertragen. Acht Kameras sind allein im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes installiert, die das Geschehen aufzeichnen. Auch die meisten Ausschuss-Sitzungssäle verfügen über fest installierte Kameras. Zwei Sitzungen können gleichzeitig übertragen werden, wenn sie parallel tagen, eine dritte wird gegebenenfalls zeitversetzt gesendet. Ältere Beiträge stehen in der Mediathek zur Verfügung, die alle Plenardebatten der zurückliegenden vier Legislaturperioden umfasst. Dazu kommen Videos noch von öffentlichen Ausschusssitzungen, Interviews mit Bundestagsabgeordneten, Kurzbeiträge und Reportagen über den Deutschen Bundestag sowie Sonderveranstaltungen, wie bei-

spielsweise die Rede des Papstes vor dem deutschen Parlament. Für die Produktion stehen im Bundestag zwei Fernsehstudios zur Verfügung. Auf der Website findet jeder Bürger umfassende Informationen über den Abgeordneten aus seinem Wahlkreis: Neben Biografien und Angaben über die Arbeit der Abgeordneten in den jeweiligen Fachausschüssen gibt es direkte Verknüpfungen zu Redebeiträgen, Gesetzesvorlagen oder Interviews der Parlamentarier. Auch über die Fraktionen, das Präsidium, die Fachausschüsse, das Plenum oder die Verwaltung des deutschen



Viel zu sehen: Im Regieraum des Parlamentsfernsehens

Bundestages gibt es online umfassende Informationen. Wer möchte, kann zudem über das Portal des Petitionsausschusses eigene Petitionen einbringen oder mit unterzeichnen. Direkten Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages bietet der Informationsdienst „heute im bundestag“ (hib). Er informiert tagesaktuell über die Beratungen in den Fachausschüssen sowie über parlamentarische Vorlagen wie beispielsweise Gesetzentwürfe, Anträge, Große und Kleine Anfragen der Fraktionen sowie Antworten der Bundesregierung. Auch diese Meldungen

sind rückwirkend bis zum Jahr 1998 gespeichert. Die Zeitung „Das Parlament“ ist ebenfalls online vertreten. Unter [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de) steht ein kostenloses E-Paper der aktuellen Ausgabe zum Download bereit. Alle Artikel sind außerdem im Archiv online zugänglich. Für Kinder und Jugendliche bietet der Bundestag die Seiten [www.kuppelkucker.de](http://www.kuppelkucker.de) und [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) an. „Kuppelkucker“ richtet sich an Kinder ab fünf Jahren. Für diejenigen, die noch nicht lesen können, werden alle Inhalte vorgelesen. Ein Maus-klick genügt. „Mitmischen“ richtet sich an Kinder und Jugendliche ab elf Jahren. Diese können zum Beispiel im Forum über politische Fragen diskutieren. Für Ausländer bietet der Bundestag seinen Internetauftritt auch auf Englisch, auf Französisch und sogar Arabisch an. Die arabische Sprachversion ist seit gut einem Jahr online. Unter anderem sind hier die Geschäftsordnung des Bundestages, das Grundgesetz und weitere Gesetzestexte in arabischer Übersetzung zu finden.

Als eines der ersten europäischen Parlamente stellt der Bundestag sein Onlineangebot für mobile Endgeräte dem Bürger zur Verfügung. Mit Hilfe der 2010 gestarteten kostenlosen App „Deutscher Bundestag“ kann per Smartphone und Tablet-PC weltweit auf das Angebot des Parlaments einschließlich der Liveübertragungen zugegriffen werden. Julian Burgert

Anzeige

Die Engagierten Europäer

### Ausstellung

## „Ich will Europa“

4. September bis 12. Oktober 2012

Die Ausstellung zeigt Bürgerinnen und Bürger sowie prominente Politiker, Unternehmer, Sportler und Entertainer, die sich mit einem Statement zur europäischen Idee bekennen.

von 10 bis 20 Uhr im Lichthof des Auswärtigen Amtes

Eintritt frei  
Werderscher Markt 1 · 10117 Berlin  
U-Bahn U2 Hausvogtelplatz oder Spittelmarkt  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Eine Initiative deutscher Stiftungen. Ermöglicht durch die Stiftung Mercator und die Robert Bosch Stiftung. Unterstützt von deutschen Medienunternehmen. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck.



# Änderung jederzeit möglich

**REDAKTION** Der Inhalt der Wochenzeitung „Das Parlament“ richtet sich nach der Tagesordnung des Bundestages und seiner Ausschüsse. Eine flexible Planung des Blattes ist unerlässlich

Jeden Dienstag im Bundestag: Die Redaktion von „Das Parlament“ bespricht die Themen der nächsten Ausgabe.

Am Freitag ist es um kurz nach 11 Uhr im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin ungewöhnlich leer. „Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, welche noch vor den Abstimmungen verharren, bitten, nun den Saal zu betreten, damit wir das Abstimmungsergebnis feststellen können“, ruft Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) ihren Abgeordnetenkollegen zu. Keiner bewegt sich. Die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bleiben vor dem Saal stehen. Dorthin waren sie für den „Hammelsprung“ gegangen, mit dem eine Abstimmung überprüft werden soll. Drinnen warten die Vertreter der Koalitionsfraktionen. Sitzungsleiterin Pau versucht es noch einmal: „Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die schon im Saal sind, mir den Blick auf die Türen freizumachen. Es könnte ja sein, dass noch eine Kollegin oder ein Kollege daran gehindert wird, durch diese Türen zu gehen.“ Doch nichts tut sich und so gibt sie um 11.34 Uhr bekannt: „Die Sitzung ist aufgehoben.“

**Neue Tagesordnung** Der Eklat ist da. Die Bundestagsitzung wird an diesem Freitag, dem 15. Juni 2012, nicht mehr fortgeführt. Damit ist auch die geplante erste Lesung des Gesetzes zum Betreuungsgeld erst mal von der Tagesordnung gestrichen.

Hinter den Kulissen wird heftig über das weitere Vorgehen beraten. Doch nicht nur die Politiker sind in Eile, auch die Mitarbeiter des Bundestages müssen reagieren. So treffen sich auch im Erdgeschoss des Jakob-Kaiser-Hauses, dem Bürogebäude neben dem Reichstag, die „Parlaments“-Redakteure zu einer Sitzung. Denn das Betreuungsgeld sollte in dieser Woche bestimmendes Thema der Wochenzeitung sein: der Aufmacher-Artikel auf der ersten Seite war dafür reserviert. Und nicht nur das. Auf der zweiten Seite dreht sich im größten Interview der Woche alles ums Betreuungsgeld, das „Parlamentarische Profil“, in dem die Vorsitzende der Kinderkommission vorgestellt wird, war ebenfalls darauf abgestimmt. Natürlich auch die beiden Kommentare auf Seite 2 und die Reportage auf Seite 3. Es ist nicht das erste Mal, dass kurzfristige Änderungen der Planung der Woche geändert werden muss. Chefredakteur Jörg Biallas sowie die elf Redakteure und der Volontär sind dies eher gewohnt. Denn der Inhalt einer aktuellen Ausgabe der Wochenzeitung richtet sich nach der Tagesordnung des Bundestagsplenums, die im Laufe der Sitzungswoche oft geändert wird. Wenn der erste Entwurf der Tagesordnung nach dem Beschluss des Ältestenrates vorliegt, fangen auch die Redakteure schon am Freitag vor einer Sitzungswoche mit ihrer Seitenplanung an. 16 Seiten oder mehr müssen gefüllt werden. Die ersten drei Seiten sind thematisch auf-

einander abgestimmt: das wichtigste Thema der Woche wird sachlich auf der ersten Seite vorgestellt, informativ auf der zweiten mit einem Interview begleitet und auf der dritten Seite mit einer emotionalen Reportage oder einem einordnenden Hintergrundartikel abgerundet. Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik, Kultur und Bildung folgen auf den nächsten Seiten. Neben den öffentlichen Debatten im Plenum sind für die Parlamentsmitarbeiter auch die Tagesordnungen der Ausschüsse wichtig: Anders als andere Redaktionen dürfen sie an nicht-



Redakteure prüfen die erste Seiten.

öffentlichen Ausschusssitzungen teilnehmen und darüber berichten. Ausnahmen: Themen mit besonderer Geheimhaltungspflicht, wie sie etwa beim Parlamentarischen Kontrollgremium diskutiert werden. Montags steigen die Redakteure dann richtig in die Planung ein. Gemeinsam setzen sie sich am späten Vormittag in den Konferenzraum, hören sich die Vorschläge der Kollegen an, überlegen, was sie zu den Seiten beitragen könnten. Zu diesem Zeitpunkt einigen sie sich meist auf die Themen für die Kommentare auf der Seite 2 und mögliche Autoren. Die müssen schließlich auch noch angefragt werden. Nachmittags geht es dann los: Öffentliche Anhörungen stehen auf dem Programm. So befragte zum Beispiel in der „Betreuungsgeld-Woche“ der Bildungs- und Forschungsausschuss am Montag zweieinhalb Stunden öffentlich sechs Experten zu „Frauen in Wissenschaft und Forschung“. Bericht wird darüber aber nicht erst in der Zeitung. Knapp 40 Minuten nach Ende der Anhörung steht eine erste Zusammenfassung im Newsletter „heute im bundestag“ (hib). Den gibt die Redaktion bei Bedarf mehrmals täglich heraus. Bei hib werden auch sämtliche Drucksachen, also Kleine und Große Anfragen der Opposition, die Antworten der Regierung, Anträge und Gesetzesentwürfe vorgestellt. Darunter: Die SPD fragt nach dem Konzept der Auswärtigen Kulturpolitik der Regierung, die Regierung

beantwortet der Linksfraktion Fragen zur verbotenen „Heimtreuen Deutschen Jugend“, die Grünen erkundigen sich nach dem sogenannten Ethnic Profiling durch die Bundespolizei.

**Blattkritik** Dienstags trifft sich am frühen Nachmittag die Redaktion zur Blattkritik und zur weiteren Besprechung der Themen: Betreuungsgeld sollte Aufmacher bleiben. Inzwischen haben sich die Fraktionen über die Themen der Aktuellen Stunden geeinigt – die Tagesordnung für Mittwoch und Donnerstag wurde erstmals geändert. Mittwochs tagen ab 8 Uhr die Ausschüsse oft bis in den späten Abend. Jeder Parlamentsredakteur ist für mehrere Ausschüsse zuständig, sucht sich aus den oft 60 Tagesordnungspunkten die wichtigsten heraus: Was entscheiden die Abgeordneten und was interessiert den Leser? Donnerstags und freitags tagt das Plenum. Für die Redaktion heißt dies, Debatten zusammenfassen und so schnell wie möglich auf der Internetseite des Bundestages veröffentlichen. Dann müssen die Debatten für die Zeitung aufbereitet werden: Die Artikelgröße muss dem vom Layouter vorgegebenen Format angepasst, Überschriften, Zwischenüberschriften und Bildunterschriften müssen ausgewählt werden. Am Donnerstag wird die Seite 1 erneut besprochen, Kopf, Zahl und Zitat der Woche ausgewählt, die einen engen Bezug zum Bundestag haben sollen.

Am Freitag erfolgt der „letzte Schliff“: Die Teaser und der Inhaltskasten auf der ersten Seite müssen geschrieben, die letzten Rechtschreibfehler gefunden, Widersprüche zwischen Bildern und Texten korrigiert werden. Außerdem gilt es, eine umfangreiche Debattendokumentation, die der Zeitung beigelegt wird, und das e-paper zu erstellen. Dieses kann ab Montagmorgen auf der Internetseite des Bundestages (www.bundestag.de) abgerufen werden. Zum Schluss wird die fertige Ausgabe an die Druckerei in Frankfurt am Main geschickt. Am Montag früh liegt sie dann in den Briefkästen der Abonnenten und am Kiosk. Der Titel der Ausgabe vom 18. Juni, also dem Montag nach dem Eklat über das Betreuungsgeld, lautete übrigens: „Betreuungsgeld macht Pause.“ Statt den Verlauf der Debatte abzubilden, konzentriert sich der Redakteur darauf, den Grund für das Scheitern zu erklären. Ein Kollege erklärt die Voraussetzungen für die Beschlussfähigkeit des Bundestages. Unter anderem hat er herausgefunden, wie häufig eine Plenarsitzung schon wegen Beschlussunfähigkeit aufgehoben werden musste – zwischen 1949 und 1953 allein 15 Mal. Das Interview auf der zweiten Seite mit Dorothee Bär (CSU) fängt an mit der Frage: „Die Sitzung musste abgebrochen werden. Was bedeutet das für das Gesetz?“ und das „Profil“ über Diana Golze (Die Linke) hat die Redaktion ebenfalls aktualisiert. Sandra Ketterer

Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



## Fester Teil des Blattes

**LESERBRIEFE** Der Leser kommt zu Wort – und das seit sechs Jahrzehnten

Zu jeder guten Zeitung gehören die Leserbriefe. Sie bieten den Lesern die Möglichkeit, der Redaktion Anregungen zu geben, Fehler anzukreiden und die eigene Meinung kundzutun. Kamen diese Schreiben früher noch per Post in Handschrift, so sind es heutzutage hauptsächlich im Computer geschriebene E-Mails, die die Redaktion erreichen. Auch „Das Parlament“ hat im Laufe seiner Existenz zahlreiche Leserbriefe erhalten und abgedruckt.

Schon in der ersten Ausgabe des Blattes am 19. September 1951 findet sich das Schreiben eines Lesers, der das Erscheinen der Zeitung freudig begrüßt und kommentiert: „Zunächst lassen Sie mich bitte meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass endlich auf dem deutschen Zeitungsmarkt eine Wochenzeitung erscheint, die den politisch interessierten Lesern ... Gelegenheit gibt, den Ablauf der Parlamentsdebatten gleichsam von der Parlamentstribüne aus zu verfolgen und sich dadurch über die parlamentarische Arbeit des Bundestages ein treffenderes Bild zu machen.“ Seit dieser Ausgabe sind Leserbriefe ein regulärer Bestandteil von „Das Parlament“. Wie bei der Zeitung insgesamt, so gab es in den vergangenen 60 Jahren natürlich auch

bei der Rubrik Leserbriefe zahlreiche Änderungen: Wurden die Leserbriefe anfangs noch mit „Und dies meint der Leser“ eingeführt, hieß es in den folgenden Jahren abwechselnd „Leser schreiben dem Parlament“ oder „Das Leser-Parlament“. Ab Mitte der 1950er Jahre galt dann: „Der Leser hat das Wort.“ In den 1980er und 1990er Jahren wurde die Rubrik mit einem knappen „Echo“ betitelt, heute hingegen ganz direkt mit „Leserpost“.

»Jedenfalls ist die Herausgabe einer solchen Zeitung nur zu begrüßen.«

Leserbrief, 12. Ausgabe, 19. September 1951

Wenn auch der Name oft wechselte, so blieb doch die Position im Blatt relativ konstant. Verständlicher Weise wurden nicht in allen Ausgaben Leserbriefe abgedruckt, doch wenn, dann geschah dies konstant im hinteren Teil beziehungsweise auf der letzten Seite. Das war schon in der ersten Ausgabe so und überdauerte jede Konzeptionsänderung und jeden Relaunch.

Um den Zustrom an Lesersendungen zu erhöhen, wurde unter den Einsendern Reisen zum deutschen Bundestag und sogar zu ausländischen Parlamenten verlost. Das ist heute schon eine Reise wert, in den fünfziger Jahren war es sicherlich noch erstrebenswerter, wie das folgende Zitat zeigt: „Sie werden sich nicht wundern, wenn ich meine Feder besonders scharf spitze, um bei

diesem Wettbewerb in aussichtsreiche Konkurrenz treten zu können.“ Gleichzeitig zeigt dieser Leserbrief beispielhaft, dass sich nicht nur die Form der Briefe, sondern auch ihre Formulierungen im Laufe der Zeit gewandelt haben: Solche Ausdrucksweisen und Redewendungen erscheinen heute ungewohnt und fremd. Im Laufe der letzten sechs Jahrzehnte haben die Leser regen Anteil an der Berichterstattung und Entwicklung dieses Blattes genommen. Sie werden dies hoffentlich auch in Zukunft tun.

Julian Burgert



Die ersten Leserbriefe kamen noch nicht per E-Mail.

## Nicht nur auf Deutsch

**Fremdsprachige Ausgaben** Anfang der 1960er Jahre brachte die Bundeszentrale für politische Bildung mehrere Sonderausgaben von „Das Parlament“ zum Thema Entwicklungshilfe heraus. Diese wurden übersetzt und, zeitlich versetzt, in Englisch, Französisch oder Spanisch nachgedruckt. Ausgangspunkt war eine Sonderausgabe von „Das Parlament“ zum Thema Entwicklungshilfe vom 29. August 1962. Diese Ausgabe erschien am 1. Oktober 1962 auf Französisch und neun Tage später, am 10. Oktober, auf Englisch.

Weitere Ausgaben folgten: So beschäftigte sich eine französischsprachige Ausgabe von „Das Parlament“ vom 20. Dezember 1963 mit „Schwarz-Afrika“. Sie war im Oktober des gleichen Jahres schon einmal auf Deutsch erschienen. Eine Themenausgabe vom 19. September 1964 war Lateinamerika gewidmet und erschien dementsprechend auf Spanisch. Das Original war knapp ein Jahr zuvor am 14. August 1963 bereits auf Deutsch publiziert worden. Den Nahen Osten und den Mittelmeerraum machte eine Spezialausgabe am 21. Dezember 1963 zum Thema. Dieses Exemplar war am 9. Oktober 1963 auf Deutsch erschienen, im Dezember folgte nun die englische Version. Diese vier Sonderausgaben sind die einzigen fremdsprachigen Exemplare der Zeitung und zählen damit zu den Kuriositäten der Geschichte von „Das Parlament“.

jbb



Es wird uns Mitarbeitern der 'Weltbühne' der Vorwurf gemacht, wir sagten zu allem Nein und seien nicht positiv genug. [...] Wir sollen positive Vorschläge machen. Aber alle positiven Vorschläge nützen nichts, wenn nicht die rechte Redlichkeit das Land durchzieht." So schrieb Kurt Tucholsky 1919 in der „Weltbühne“. Später, im Exil kurz vor seinem Selbstmord 1935, hat er im Negativismus die entscheidende Schwäche der Weimarer Demokraten gesehen. Hatte er Recht? Berichtete die Presse nur negativ? Für die Feinde der Republik wird man das weitgehend und unbesehen unterschreiben dürfen, aber gilt die Aussage auch für die demokratischen Blätter? Wirkte die Presseberichterstattung auf Demokratie und Parlamentarismus destabilisierend? Für die Pressegeschichte der Weimarer Republik wird man zunächst den paradoxen Befund festhalten dürfen: Für Wirkungen der Presse waren die Zeiten der ersten deutschen Republik günstig und ungünstig zugleich.

**Pressefreiheit** Die Weimarer Verfassung hatte erstmalig die Meinungsfreiheit garantiert, wengleich nicht die formale Pressefreiheit. Die Unterdrückung der Pressefreiheit im Ersten Weltkrieg vor Augen und nach der Erfahrung, dass das konstitutionelle Kaiserreich die Pressefreiheit zuvor weitgehend respektiert hatte, gingen Parlamentarier, Journalisten und Verleger 1919 stillschweigend davon aus, dass die neue Demokratie die Pressefreiheit schützen werde. Die Rahmenbedingungen für eine vielfältige, frei berichtende Presse wären also durchaus gegeben gewesen.

Andererseits waren die Umstände nach dem Ersten Weltkrieg ungünstig, hatte doch während des Krieges die Propaganda leidlich funktioniert: Zumindest kam der militärische Zusammenbruch im Spätsommer und Herbst 1918 für die Öffentlichkeit überraschend. Das entlarvte die amtliche Propaganda im Nachhinein als Schönfärberei, an der die Medien ihren Anteil hatten.

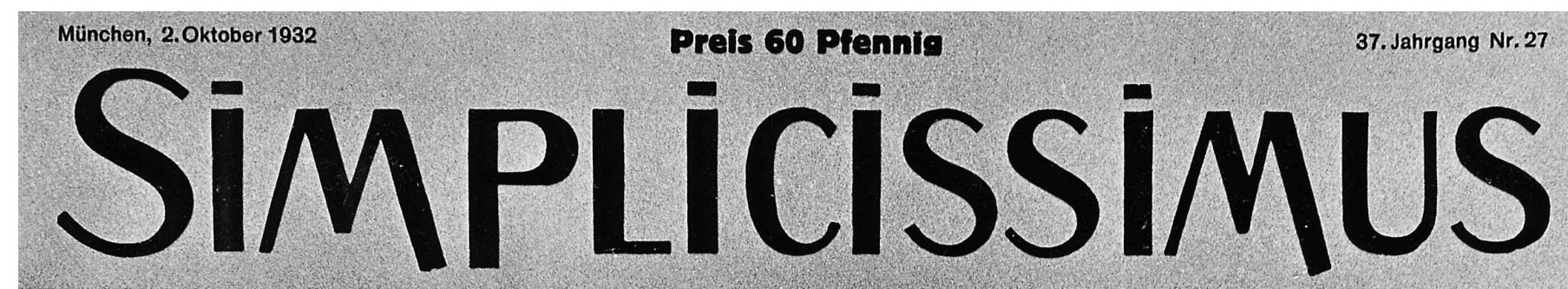
Im Herbst 1918 befanden sich die Deutschen im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch). Die Versailler Friedensverhandlungen erzeugten massive Enttäuschung. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate hatte sich die Medienberichterstattung als verfälschend entpuppt. Das waren kaum günstige Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit der Presse.

Auch für die extremistischen Blätter waren die Rahmenbedingungen durchwachsen: Obwohl sich das Rechtssystem insgesamt bewährte, bot das Reichspressegesetz den verfassungsfeindlichen Parteien durchaus Schlupflöcher, insbesondere das Amt des Verantwortlichen Redakteurs. In der Weimarer Zeit benannte die nationalsozialistische 274 Mal und die kommunistische Presse 141 Mal jeweils einen Abgeordneten als „Verantwortlichen Redakteur“. Da Abgeordnete, durch die Immunität geschützt, nicht zu belangen waren, konnte die extremistische Presse hinter dem breiten Rücken dieser Strohmänner gegen den jungen Staat hetzen. Andererseits war die Republik nicht so wehrlos wie später häufig dargestellt. Das politische Strafrecht der Republiksturzgesetze von 1922 und 1929 und der präsidenten Notverordnungen erlaubte massive Eingriffe: von Verboten bis hin zu auferlegten Nachrichten.

**Rechtsruck** Im Vergleich zu heute hatte zudem die Parteipresse große Bedeutung. Nur etwa die Hälfte der Blätter nannte sich überparteilich. Dabei hatte die Presse der rechten Parteien zu Beginn der Weimarer Republik mit 16 Prozent nur einen geringeren Anteil der Titel erreicht. Bis zum Ende der Republik gewann die Rechtspresse allerdings wieder

# Schlechte Presse für Demokraten

**WEIMARER REPUBLIK** Die Parlamentsberichte fielen häufig parteiisch aus



## Der Reichstag und seine Auflösung

(Th. Th. Heine)



„Eigentlich sollte man die Urne nicht zum Wählen benutzen, sondern gleich zur Beisetzung“, schrieb die Zeitschrift *Simplicissimus* unter ihr Titelbild im Oktober 1932.

mehr als zehn Prozent hinzu. Dieser Rechtsruck ging zu Lasten der parteilosen Presse und der Mitte. Noch 1923 hatte jede fünfte Zeitung das Zentrum oder die Deutsche Demokratische Partei (DDP) unterstützt, am Ende der Republik bekannten sich nur noch 13 Prozent zur Mitte. Die Presse der Kommunistischen Partei (KPD) wuchs zwar, wirkte aber kaum über ihre Anhängerschaft hinaus. Und der nationalsozialistische Gaupresse

fiel es besonders schwer, vollwertige Zeitung zu sein und zugleich die Funktion des Kampfblatts zu erfüllen. Am wichtigsten war hingegen die Presse des konservativ-völkischen Hugenberg-Konzerns. Die Themen ihrer Berichterstattung und ihr Einfluss auf die Provinzpresse unterstützten ein rechtes Meinungsklima. Hinzu kam der Aufstieg von Alfred Hugenbergs „Telegraphen Union“ (TU). Sie gab rund 30 ver-

schiedene Dienste und Korrespondenzen heraus. 1926 hatten fast die Hälfte aller Tageszeitungen die TU abonniert, 1928 bezogen rund 1.600 Zeitungen die TU, vor allem die kleinen Heimatzeitungen. 600 Zeitungen bezogen die Parlamentskorrespondenz der TU. So lief sie dem regierungsnahen Konkurrenten, „Wolffs Telegraphisches Bureau“ (WTB), den Rang ab. Die Gefährdung der Meinungsvielfalt durch Hugenberg hing auch mit der

marktbeherrschenden Stellung seines Medien-Imperiums auf dem Gebiet der Materngesellschaften zusammen. Auf diesem Wege wurden Hunderte Zeitungen mit vorproduzierten Kommentaren und Berichten beliefert. Die scheinbare publizistische Vielfalt begünstigte die tatsächliche Meinungskonformität weiter Teile der deutschen Presse. Unter Hugenbergs Druck mussten „bürgerliche“ Blätter sich nach der Decke strecken,

um ihrer heterogenen Leserschaft bei der Stange zu halten. Die Presse der SPD blieb zwar einigermaßen stabil, aber wie die Presse des Zentrums und der Demokraten konnte sie die Radikalisierung nicht aufhalten. Während der Revolution hatten sich die Zentrumsblätter im Wesentlichen indifferent verhalten, weder verteidigten sie vehement die Monarchie, noch befürworteten sie enthusiastisch die Republik. Das Verhältnis zum aufsteigenden Nationalsozialismus in der Endphase der Republik blieb ambivalent. Die sozialdemokratische Partei und die ihr nahestehende Presse waren zum Anfang der Republik gespalten. Die kommunistische Presse hingegen, die ihre Entstehung der Revolution verdankte, und insbesondere das Zentralorgan, die „Rote Fahne“, verstand es geschickt, politische Affären und Skandale zu nutzen. Dauerhaft erfolgreicher waren die Blätter des Münzenberg-Konzerns, dessen Zeitungen von der KPD nicht direkt kontrolliert wurden.

Erheblich diffuser ist das Bild der NS-Presse. 1920 hatte die NSDAP den „Münchener Beobachter“ – kurz darauf in „Völkischen Beobachter“ umbenannt – erworben. Anfang November 1923 wurde die Zeitung verboten, nach Adolf Hitlers Haftentlassung konnte sie 1925 wieder erscheinen. Streitereien zwischen Verleger Max Amann und Chefredakteur Alfred Rosenberg waren häufig. Hitler, als Schiedsinstanz zwischen Amann und Rosenberg angerufen, hielt die Konflikte in der Schwebe. So wenig harmonisch die Verhältnisse im Stammhaus der NS-Presse waren, so inhomogen war die NS-Presse insgesamt. Erst nachträglich sind die dem Nationalsozialisten nahe stehenden Blätter zu einer homogenen „Kampf-presse“ stilisiert worden. Vor 1933 waren sie allerdings recht unbedeutend.

All diese Blätter berichteten über die parlamentarischen Beratungen, aber sie taten es zumeist jeweils aus der Perspektive der ihnen nahestehenden Partei. Beiträge anderer Parlamentarier wurden in der Regel nur zitiert, um sich daran abzuarbeiten. In Weimarer Zeit gab es etwa 250 Parlamentskorrespondenten. Von links bis rechts und mit nur wenigen Ausnahmen hielt die Presse dem Reichstag seine Zerstrittenheit vor und unterstellte den Parlamentariern, nicht Volks-, sondern Partikularinteressen zu vertreten. Insbesondere die KPD- und NS-Presse sprach immer wieder von Korruption. Tucholsky meinte 1926 lapidar: „Das Parlament ist hilflos.“ Und auch der Rundfunk sendete vor 1930 gar keine Debattenausschnitte, danach nur selten.

**Vertrauensverlust** Ob die Zeitungen mit ihrer Parlamentsberichterstattung das Klima der öffentlichen Meinung hervorbrachten oder lediglich spiegelten, lässt sich im Nachhinein schon aus methodischen Gründen kaum mehr feststellen. Schon für die Presse hatten so gegensätzliche Zeitgenossen wie Kurt Tucholsky und Emil Dovifat verwirrt konstatiert, dass das Wählerverhalten offenbar nichts oder nur wenig mit der Aufgabenhöhe der Partei- und Parteirichtungs-presse zu tun hatte. Dass herabsetzende und zynische Berichterstattung über den Reichstag als „Schwatzbude“ die Weimarer Demokratie nicht eben stabilisiert haben dürfte, ist anzunehmen. Vor allem aber stand und fiel das Vertrauen der Menschen in die Weimarer Demokratie mit der Einschätzung, ob die Politik noch als kompetenter Problemlöser angesehen werden dürfte. Das aber galt seit Beginn der Weltwirtschaftskrise nicht mehr – und ist sicherlich nicht einseitig der Presse anzulasten.

Rudolf Stöber

Rudolf Stöber ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Bamberg. Er ist unter anderem Autor des Standardwerks „Deutsche Pressegeschichte“.

## Journalismus aus der Frankfurter Paulskirche

**REVOLUTION 1848/49** Die „Deutsche Zeitung“ kultivierte als erstes gesamtdeutsches Blatt die Parlamentsberichterstattung. Sie übte den Spagat zwischen Leitartikeln und neutralen Berichten

„Eine feste Standarte aufzupflanzen, um die es versucht, die Nation in möglichster Eintracht zu versammeln und das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit zu unterhalten und zu stärken“ – das formulierten die Herausgeber der „Deutschen Zeitung“ als Leitlinie des neuen Blattes im Mai 1847. Der Name war Programm. Denn nicht mehr die Kommune oder der Einzelstaat waren Gegenstand der Berichterstattung, sondern ein Deutschland, das es politisch noch gar nicht gab – doch das es auch durch das Medium der Zeitung herzustellen galt. Wenige Blätter haben dies so eindrucksvoll vorgeführt wie Deutschlands erste nationale Zeitung, die „Deutsche Zeitung“ (DZ), über die ein Geheimagent Fürst Metternichs berichtete: „Die Zeitung ist das beste Oppositionsblatt, das jemals in Deutschland erschien und muss als solches schon in der nächsten Zeit einen Einfluss ausüben, der weit über alle Berechnungen hinausgehen dürfte.“

**Revolutionäre Leitartikel** Aber es war nicht nur das entschiedene Bekenntnis zu einem nationalen Verfassungsstaat, das die Öffentlichkeit in den deutschen Einzelstaaten aufhorchen ließ, sondern es waren auch innovative redaktionelle Methoden. Geradezu revolutionär mutete der tägliche Leitartikel an, den die Heidelberger Zeitungsmacher, liberale Abgeordnete, Wirtschafts-

bürger und Professoren, ihren Nachrichten voranstellten. Leitartikel waren im vormärzlichen Deutschland, ganz im Gegensatz zu England und Frankreich, noch völlig unüblich und noch 1847 wies Johann Cotta, Verleger Goethes wie auch der renommierten „Augsburger Allgemeinen“, die Frage danach harsch ab: „Ihre Ansicht, dass die Allgemeine Zeitung sich jetzt als Macht gerieren und mit täglichen leitenden Artikeln vorgehen müsse, kann ich nicht teilen... und zwar aus dem einfachen Grund, dass sie sich nie über die Geschichte stellen zu dürfen glaubte.“ Genau dafür entscheiden sich jedoch die Herausgeber der DZ.

Der umfangreiche Leitartikel wurde zum Herzstück der Zeitung und sollte „so entfernt als möglich von gelehrter Behandlung und doctrinärer Natur, und so sehr als möglich von den unmittelbaren Fragen des Tages angeregt sein“. Das konnte die politische Grundsatzfrage berühren, ob die neue Staatsnation ein Deutschland mit oder ohne Österreich sein sollte oder auch ein Plädoyer sein für „Arbeiter-Assoziationen zum Zwecke der Vereinbarung mit den Arbeitgebern über einen angemessenen Lohn, wie in England“.

Das alle Erwartungen übersteigende Erlebnis der Revolution von 1848/49 holte die liberalen Zeitungsmacher schnell vom Sockel allzu theoretischer Reflexion, denn auch sie hatten ihre Programme bisher ohne greifbare

Realisierungschancen präsentiert. Fast über Nacht rückten die Akteure des Blattes jetzt in die Schaltstellen parlamentarischer Macht ein, der Aachener Industrielle David Hansemann als Minister, Zeitungsverleger Friedrich Daniel Bassermann als Staatssekretär und führende Korrespondenten als „Revolutionsminister“ in den deutschen Einzelstaaten.

Von der engen Kommunikation zwischen Korrespondenten, Herausgebern und Redaktion profitierte nicht nur die Qualität

des Blattes, dessen Auflage im Juli 1848 4.000 Stück erreichte, sondern auch das erste deutsche Parlament, das im Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat. Nicht nur dessen Führungsgruppe um Heinrich von Gagern, auch rund ein Viertel der Abgeordneten hatte sich zuvor über die Deutsche Zeitung kennengelernt und ihre Vorstellungen ausgetauscht. Umso leichter gelang es, neben dem Leitartikel als Herzstück nun eine ausführliche Parlamentsberichterstattung einzuführen. Meist als eigen-

ständige Beilage erschienen umfangreiche Berichte von den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche wie auch der Preußischen Nationalversammlung. Ob es die großen Parlamentsdebatten über die Frage Monarchie oder Republik waren, ob es um Deutschlands zukünftige Grenzen ging oder das Problem, wie ein deutscher Nationalstaat mit ethnischen und religiösen Minderheiten umgehen sollte: Berichte über die Diskussionen und Entscheidungen der Abgeordneten wurden zum festen Bestandteil der Zeitung.

**Alltagskultur** Die Neutralität der Parlamentsberichte, die zunächst alle Positionen des entstehenden Parteienspektrums berücksichtigten, sollte sich bewusst von der Parteilichkeit des Leitartikels abheben. Es war gerade dieser Gegensatz, der die Leser besonders ansprach. Denn er bot in besonderem Maße Gelegenheit zur Diskussion, war doch Zeitunglesen im Vormärz kein einsames Geschäft. Vielmehr wurde gerade die Reflexion der Tagespolitik zunehmend Teil der bürgerlichen Alltagskultur. So berichtete die Frankfurterin Clothilde Koch-Gontard, Gastgeberin vieler Abgeordneter der Paulskirche, über ein Abendessen in ihrem Hause: „Es herrschte die beste Stimmung. Gagern teilte tüchtige Hiebe aus über die scharfen Artikel, die über ihn in der Deutschen Zeitung erschienen.“



Tagespolitik als Teil der Alltagskultur: Das Lesekabinett, Gemälde von L. Arnott, um 1840

Doch gerade der Gegensatz zwischen neutraler Berichterstattung und meinungsstarkem Kommentar fiel im Sommer 1849 der Parteibindung zum Opfer. Nach dem Scheitern der Paulskirche erlahmte das Interesse der Gesellschaft an Zeitungen, die so stark auf die parlamentarische Ebene konzentriert waren wie die DZ. Immer weniger Anzeigenkunden fanden sich, das Niveau sank. Nur in der Umwandlung des Blattes zum Parteiorgan des konstitutionellen Liberalismus sah der Verleger eine Möglichkeit, die Zeitung überleben zu lassen. Doch die strenge Zensur, der das Blatt als offizielles Organ der „Gothaer Partei“ nun unterworfen war, hebete Meinungsvielfalt und Lebendigkeit aus, so dass ein ehemaliger Abonnent zu dem Urteil kam, „er fühle sich deutsch genug und brauche deshalb keine schwarz-weiße Germanisierungsanstalt.“

Im Dezember 1850 musste Deutschlands erste nationale Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Während ihrer Glanzzeit jedoch, zwischen 1847 und 1849, gelang es ihr, der Vielfalt liberaler Stimmen eine gemeinsame Plattform zu geben, auf der ein gesamtdeutscher Dialog stattfand. Parlamentsberichterstattung in Deutschland nahm hier ihren Anfang.

Ulrike von Hirschhausen

Die Autorin ist Professorin am Historischen Institut der Uni Rostock und hat mit einer Arbeit zur „Deutschen Zeitung“ promoviert.



# Formatierungen der Realität

**ZWISCHENRUF** Wie Politik immer mehr zur Unterhaltung wird und der Journalismus darunter leidet

Jeden Tag geschieht in der Welt gerade so viel, dass es in eine Zeitung passt. Das hat schon Karl Valentin verwundert. Offenbar gibt es drei Arten von Ereignissen: Da wären Dinge, die ganz unabhängig davon geschehen, ob über sie berichtet wird oder nicht – ein Erdbeben oder ein Verkehrsunfall zum Beispiel. Im Zeitalter der Handy-Kameras kann man allerdings davon ausgehen, dass fast nichts mehr von Bedeutung geschieht, das nicht irgendwie aufgezeichnet würde. Sodann gibt es Ereignisse, die auf ihre mediale Berichterstattung hin maßgeschneidert sind – Parteitage oder Sportveranstaltungen zum Beispiel. Und schließlich gibt es reine Medienereignisse, also Dinge, die nur geschehen, damit sie von den Massenmedien weltweit verbreitet werden – wie etwa Greenpeace-Aktionen.

**Jeder Bericht über die Wirklichkeit ist auch eine Konstruktion dieser Wirklichkeit.**

**Realität der Massenmedien** Wir haben es hier mit unterschiedlichen Intensitätsstufen der Durchdringung von Realität und Medien zu tun. Und in der Regel ist die Realität, in der wir leben, die Realität der Massenmedien. Man muss kein Konstruktivist sein, um zu erkennen, dass die Medien in die Poren unseres Alltags eingedrungen sind und dass es gar nicht mehr möglich ist, sich ein Bild von der Welt zu machen, das unabhängig von ihnen wäre. Jeder Bericht über die Wirklichkeit ist auch eine Konstruktion dieser Wirklichkeit. Für die politische Tagesberichterstattung heißt das, dass sie nicht über eine von ihr unabhängige politische Wirklichkeit berichtet, sondern vielmehr gemeinsam mit dem politischen System unsere Alltagswirklichkeit konstruiert.

**Politik ist heute Public Relation ihrer selbst: In Talkshows treten Politiker als Markenartikel auf.**

Die 15 Minuten „Tageschau“ oder die 150 Seiten des „Spiegel“ sind Formatierungen der Realität. Dass das nicht mehr im Stile der bürgerlichen Öffentlichkeit geschieht, konnte Jürgen Habermas schon vor 50 Jahren beobachten. Die wesentlichsten Veränderungen gegenüber der klassischen Zeit des Journalismus kann man sehr genau benennen. Es geht jeweils um die Einbeziehung einer Differenz: Nachrichten und Meinungen werden nicht mehr sauber getrennt; Politik und Unterhaltung gehen ineinander über; die Grenze zwischen privat und öffentlich verwischt zunehmend. Das hat gravierende Folgen sowohl für den Journalisten, als auch für den Politiker.

Wir haben uns längst daran gewöhnt, unseren politischen Alltag als Mediendemokratie zu beschreiben. Das heißt im Klartext, dass das Parlament nicht mehr das entscheidende Publikum für die Selbstdarstellung des Spitzenpolitikers ist.

Der marxistische Kritiker Walter Benjamin hatte schon in den 1930er Jahren erkannt, dass man vor Medienapparaturen nicht repräsentieren kann. Moderne Politik stellt sich vor der Kamera dar, nicht im Parlament. An die Stelle der politischen Repräsentation tritt die medienästhetische Präsentation. Mediendemokratie besagt also, dass sich die politische Öffentlichkeit an den Darstellungsprinzipien der Massenmedien ausrichtet.

Darüber hinaus gibt es einen wachsenden Wunsch der Bürger nach politischer Partizipation. Formen direkter Demokratie werden wieder attraktiv. Das ist natürlich nur mit den Medien und in den Medien möglich. Man denke nur an die stetig wachsende Bedeutung der Demoskopie, die den Rahmen politischer Entscheidungen definiert. Eine völlig neue Qualität hat dieser Wunsch nach Partizipation durch die sozialen Netzwerke im Internet bekommen. Hier sehen sich die Bürger endlich auf Augenhöhe mit den Berufspolitikern.

**Forderung nach Transparenz** Eng damit verknüpft ist die Forderung nach Transparenz in Wirtschaft und Politik, prominent vorgetragen von Wikileaks und Transparency International. Diese Forderung steht natürlich ganz und gar in der Tradition der Aufklärung, ist aber ruinös für die klassische Politik. Ironischerweise hat der antiparlamentarische Affekt mittlerweile selbst einen parlamentarischen Repräsentanten gefunden, nämlich die Piraten.

Politik ist heute wesentlich Public Relations ihrer selbst: In Talkshows tritt der Politiker als Markenartikel auf. Entsprechend erwarten die Zuschauer der Talkshows keine Programmatik, sondern Performance. Deshalb werden Medienberater immer wichtiger. Sie behandeln den Politiker wie das Produkt einer Firma, die den Kunden mit einer Kulturmärke faszinieren will. Bei dieser Ästhetisierung der Politik macht man sich die sozialpsychologische Einsicht zunutze, dass das, was jemand sagt, fast keinen Einfluss auf seine Wirkung hat. Es kommt nur auf das Wie an. So entfaltet sich heute eine Politik ohne Botschaft.



Politainment in der Massendemokratie: Seit Günther Jauch im September 2011 auf Sendung ging, strahlt Das Erste an vier von sieben Abenden pro Woche Polit-Talks aus.

Das Parlament ist für solche Inszenierungen denkbar ungeeignet. Die politischen Designer brauchen Formate, die weniger störanfällig sind, nämlich das Hof-Interview und die Talkshow. Wer hier auftritt, ist ein Star. Er bietet keine Argumente, sondern Politainment: das Politische als Einheit von Nachricht, Werbung und Unterhaltung.

**Mediendarwinismus** An die Stelle der noch von Max Weber gefeierten Auslese im Parlament tritt eine Art Mediendarwinismus. Wer in den Talkshows dominiert, kann den Eindruck erwecken, kraftvoll zu handeln. Wer den Eindruck erweckt, kraftvoll zu handeln, fasziniert die Aufmerksamkeit. Und wer die Aufmerksamkeit fasziniert, sichert damit seine Dominanz.

Die Talkshow ersetzt heute nicht nur das Parlament, sondern auch das rasonierende Publikum; man lässt diskutieren. Das ist in einer modernen Massendemokratie durchaus funktional.

Talk ist das Medium, in dem politisches Vertrauen dort aufgebaut wird, wo mehr Information nur zu mehr Konfusion führen würde. Und gleichzeitig macht Talk immun gegen alles, was nicht auf der Agenda steht. Politischer Talk ist das emotionale Management dessen, was man faktisch nicht managen kann.

Nicht anders sieht es aber auch bei den Sendungen aus, die schon durch ihren Titel signalisieren wollen, dass sie das politische Tagesgeschehen präsentieren, also „Tageschau“ und „heute“, vor allem aber bei ih-

ren durch ziemlich ungezügelter Meinungsjournalismus vertieften Varianten „Tagesthemen“ und „heute Journal“. Auch hier bietet sich die Personalisierung von Politik als Ausweg aus der – journalistischen – Inkompetenz an. Das Urteil über Personen ersetzt das Urteil über Sachfragen. Politische Probleme werden nicht durchdacht, sondern gefühlt.

**Emotionen statt Inhalte** Die Moralisierung eines politischen Problems ermöglicht es ja denen, die von der Sache nichts verstehen, an der Diskussion teilzunehmen. Das Publikum kann seine Gefühle und Sympathiewerte frei verteilen. Gegen die Macht der Unterscheidung durch Sympathie und Antipathie kommt man mit Sachfragen der Po-

litik nicht an. Und die kritischen Journalisten? In den Printmedien gibt es sie noch, im Fernsehen aber haben sie längst kapituliert. Seit die Ideologie durch die Propaganda und die Propaganda durch ein Branding der Politik ersetzt worden ist; seit Politiker nicht mehr argumentieren, sondern Themen besetzen, läuft die Tagesberichterstattung auf eine Rhetorik der Statements hinaus. Zum modernen politischen Design gehört eine Form von Journalismus, die man Soft-Interview nennen könnte: Wer hat die Fragen zu meinen Antworten? **Norbert Bolz** ■

*Der Philosoph Norbert Bolz ist Professor für Medienwissenschaft und Leiter des Fachgebiets an der Technischen Universität Berlin.*

## Demokratie live und zum Nachlesen: Volksvertretungen setzen auf Multimedia

**BERICHTERSTATTUNG** Moderne Kommunikationsmittel machen die Legislative transparent

Konnten in den Stadtstaaten des antiken Griechenlands noch alle Bürger auf der Agora, dem Markt- und Versammlungsort, zusammenkommen, um an politischen Entscheidungen mitzuwirken oder sie zu verfolgen, so ist das in den großen staatlichen Gebilden der Gegenwart schon längst nicht mehr möglich. Zwischen Politiker und Bürger sind deshalb die Medien als Informationsvermittler getreten. Heute wird parlamentarische Publizität durch Medien hergestellt; sie transportieren die Informationen aus dem Parlament an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig transportieren Massenmedien Themen und Probleme aus der Gesellschaft zu den Abgeordneten im Bundestag.

**Informationelle Offenheit** Medien ermöglichen die Teilhabe am politischen Geschehen in einer funktionierenden Demokratie. Die gläserne Reichstagskuppel über dem Plenarsaal des Bundestags steht für Offenheit und Transparenz. Sie sollen die Arbeit moderner Parlamenten kennzeichnen und somit die Akzeptanz und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Das war nicht immer selbstverständlich: In England beispielsweise, dem Mutterland der Pressefreiheit, tagte das Parlament in seiner Anfangszeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Abgeordnete mussten Repressalien des Hofes fürchten, wenn ihre Redebeiträge publik werden würden. Heute ist die Meinungsfreiheit, die für Parlamentarier und Medien gleichermaßen elementar ist, gesetzlich verankert – in England ebenso wie in weiten Teilen der Welt: Die aktuell 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben die Erklärung der Menschenrechte anerkannt, in der die Meinungsfreiheit festgeschrieben ist. In der Europäischen Union ist die Meinungs- und Informationsfreiheit in Artikel 11 der „Charta

der Grundrechte“ niedergelegt. Diese ist mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Die Pressefreiheit im Inselstaat wurde übrigens schon 1695 eingeführt, indem das Parlament den „Licensing Act“, ein Zensurstatut, nicht weiter verlängerte.

**Multimediale Nachrichten** Nicht alle Themen, die im Parlament behandelt werden, werden in den Massenmedien wiedergegeben. Deshalb informieren viele Parlamente zusätzlich selbst die Öffentlichkeit, wie beispielsweise der Bundestag mit seinem Online-Auftritt (siehe Seite 7). Die Volksvertretungen unserer deutschsprachigen Nachbarländer, der Österreichische Nationalrat und der Schweizer Nationalrat, informieren ebenso multimedial auf ähnliche Weise. Mit einer großen Ausnahme jedoch: ein unabhängiges und objektives Printprodukt wie die Zeitung „Das Parlament“ geben diese beiden nationalen Parlamente nicht heraus. Das staatenübergreifende EU-Parlament muss sich – im Unterschied zu den nationalen Volksvertretungen – einer besonderen Herausforderung stellen: Es muss in den 23 Sprachen seiner Mitgliedsstaaten informieren. Mehr als 40 Mitarbeiter beschäftigt die Pressedirektion der EU in Brüssel. Zudem unterhält sie Informationsbüros in allen Hauptstädten der Mitgliedsstaaten sowie in weiteren größeren Städten, beispielsweise in München. Eine unabhängige, journalistischen Kriterien genügende Zeitung gibt das EU-Parlament nicht heraus.

Während Konzepte für sogenanntes Parlamentsfernsehen in Europa erst in den

1990er Jahren entwickelt wurden, nahm in den USA das Netzwerk C-SPAN (Cable Satellite Public Affairs Network) bereits Ende der 1970er Jahre die Parlamentsberichterstattung auf: Es überträgt landesweit Plenardebatten des Repräsentantenhauses und des Senats sowie Ausschusssitzungen, aber auch Wahlkämpfe, Symposien und Pressekonferenzen. Mittlerweile sendet C-SPAN auf mehreren TV- und Hörfunk-Kanälen. In der Tradition des angelsächsischen Journalismus werden die Ereignisse ohne jegliche Kommentierung oder Analyse übertragen. C-SPAN selbst ist eine Non-Profit-Organisation, im Programm gibt es weder Werbung noch Sponsoring. Die Kabelgesellschaften finanzieren das Sendernetz und erhoffen sich publizistisches Ansehen.

Das Parlament der Europäischen Union bietet neben seinem Parlamentsfernsehen EuroparTV auch einen audiovisuellen Dienst an: in einer umfangreichen Mediathek stehen beispielsweise unkommentierte Reden und Interviews zur Verfügung. Darüber hinaus stellt das

EU-Parlament kleineren TV-Sendern aus EU-Mitgliedsstaaten kostenlos die Nutzung ihrer Fernsehstudios zur Verfügung, erklärt Jens Pottharst, EU-Pressesachverständiger. In einigen Ländern gibt es eine zusätzliche Parlamentsberichterstattung im Fernsehen, wie zum Beispiel im öffentlich-rechtlichen Österreichischen Rundfunk (ORF): dieser überträgt in seinem Spartenkanal für Kultur und Information, ORF III, live Plenardebatten aus dem Nationalrat. Besonders wichtige und brisante Debatten werden auch im Hauptprogramm von ORF II ausgestrahlt.



Ein Jahrhundertlang erkämpftes Recht: Was in modernen Parlamenten geschieht, transportieren die Medien an die Bürger.

Dieser Sender produziert zudem das sonntägliche halbstündige Parlamentsmagazin „Hohes Haus“. Seit 1980 ist es fester Bestandteil des Programms.

**Hintergründige Berichterstattung** In Deutschland ist Phoenix der einzige Fernsehsender, der live die Plenardebatten des Bundestags überträgt, von seltenen Ausnahmen im Hauptprogramm von ARD und ZDF abgesehen. Seit 15 Jahren ist der gebührenfinanzierte „Ereignis- und Dokumentationskanal“ von ARD und ZDF nun auf Sendung. Er dient „der politischen Meinungs- und Willensbildung der Bürgerin-

nen und Bürger, es sollen Hintergründe erhellt und Zusammenhänge dargestellt werden“, heißt es in den Programmgrundsätzen. So solle der Sender „den demokratischen Parlamentarismus und die europäische Integration fördern“. Sogar aus dem EU-Parlament berichtet Phoenix. Und in jeder Sitzungswoche des Bundestags überträgt der Sender live die Plenardebatten. 366 Stunden waren das im vergangenen Jahr, verteilt auf jeweils drei Tage mit Plenardebatte, Fragestunden und Regierungserklärungen in 22 Sitzungswochen sind das sechs Stunden pro Tag im Durchschnitt – flankiert von einordnenden Hintergrund-

berichten und Gesprächssendungen. Sie machten Phoenix zum „Ideal der Parlamentsberichterstattung“, erklärt Bernd Niebrügge, ARD-Sonderkorrespondent und früherer Polit-Redakteur bei Phoenix. Klaus Weidmann, Moderator der Phoenix-Sendung „Vor Ort“, wünscht sich allerdings spannendere Debatten, „wie in den 1980er Jahren mit Herbert Wehner (SPD) und Franz Josef Strauß (CSU)“ zurück, damit die weitgehend unkommentierte Berichterstattung an Attraktivität gewinne. Und er wünscht sich, dass die Politik wieder in den Vordergrund trete. Das sei Aufgabe aller Massenmedien. **Verena Renneberg** ■



# Das Parlament

DIE WOCHE IM BUNDESTAG

Sondernummer  
mit 32 Seiten

Verlag: Girardet & Co., Verlagsniederlassung Bonn. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Royce, Bonn/Rhein, Markt 9, Tel. 3 93 65. — Satzherstellung: H. Köllen, Bonn. — Druck und Vertrieb: Girardet & Co., Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

Abonnement monatlich DM 1,10 (zuzüglich Post). Einzelpreis DM 0,30. — Einzelverkauf: Girardet & Co., Hamburg 36, Telefon 24 10 12

Sonderausgabe

Bonn, 20. Juli 1952

Postversand Hamburg / 30 Dpt.

## Die Wahrheit über den 20. Juli 1944

- den hellsten und schwärzesten Tag der neueren deutschen Geschichte

Der hellste Tag der neueren deutschen Geschichte — und zugleich ihr schwärzester: das war der 20. Juli des Schicksalsjahres 1944, in dem die Fronten wankten und die Heimat vom Grauen des Luftkrieges geschüttelt wurde.

Der hellste Tag! Zum ersten Mal seit der Machtübernahme des nationalsozialistischen Regimes erhob ein Häuflein tapferer Männer sichtbar die Fackel des Widerstandes. Zum ersten Mal sahen In- und Ausland, daß hinter dem Blutvorhang des Terrors doch noch ein anderes Deutschland am Leben geblieben war. Ein anständiges Deutschland.

Der schwärzeste Tag! „Putsch am Klappenschrank“ höhnten triumphierend die NS-Machthaber, als der Aufstand mißglückt war. „Putsch der Generale“ taufte ihn Unverständige nach Kriegsende. Nein, es war kein Putsch — es war ein echter Befreiungsversuch, geboren aus ehrlichem Zorn über die Pöbelherrschaft, aus Abscheu gegen die wahnsinnige Amokjagd des Tyrannen Hitler und seiner sogenannten Getreuen, für die Menschenleben und sittliche Werte nichts bedeuteten.

Es war keine „Clique“

Und der „Putsch der Generale“? Keine andere Bezeichnung wäre falscher als diese. Gewiß, Generale waren dabei. Ohne sie wäre es gar nicht gegangen; denn die Wehrmacht war die einzige mögliche Waffe gegen die glänzend ausgerüstete und parteifanatisierte SS und vor allem gegen die „kleinen Hitlers“ überall im Land, die Gauleiter und ihren Parteklüngel.

Aber — nur Generale waren es nicht. Wer die Ehrenrolle der für den 20. Juli Gefallenen betrachtet, sieht mehr Zivilisten als Offiziere. Und, was viele schon wieder nicht wahr haben wollen: alle politischen Gruppen waren in der Widerstandsbewegung vertreten. Nicht „die Partei“ mit ihrem großenwahnstimmigen Anspruch auf Alleinherrschaft über die Seelen und sogar über die Kinder; sondern „die Parteien“ der Weimarer Republik. Konservative verstanden sich mit Sozialdemokraten, Diplomaten mit Fabrikanten, Gewerkschaftsführer mit Freiherren und Grafen. Untergrund, wie die Wurzeln eines mächtigen Baumes, verzweigte sich der Widerstand durch die deutsche Erde.

Der Mensch hat die glückliche Gabe, Unangenehmes rasch zu vergessen. Aber heute, gerade heute, wo von allen Seiten wieder der Radikalismus nach den Seelen greift, wäre es angebracht, einen Blick zurückzuwerfen auf die Zeit, die den Widerstand gebar. Den Widerstand gegen den uns angeblich „aufgezwungenen“, in Wirklichkeit von Hitler absichtlich erzogenen Krieg. Den Widerstand gegen die dilettantischen „Führerbefehle“, die in kurzer Zeit Millionen tapierer Soldaten sinnlos opferten. Den Widerstand gegen die grauenhafte Mordstube der Gestapo, des SA und SS. Den Widerstand gegen die größte Judenverfolgung der Weltgeschichte, die mit 6 Millionen Opfern endete; gegen die endlosen Foltern in den Konzentrationslagern, die — das sei dem Ausland einmal deutlich gesagt — Hunderttausende von deutschen Staatsbürgern vernichteten, bevor der erste Ausländer ein Kz betrat.

Und das Ausland?

Ja, vom Ausland waren die Widerstandskämpfer nicht gerade ermuntert worden. Während sie zähneknirschend zusehen mußten, wie die NS-Häuptlinge unser deutsches Vaterland vor den Augen der Welt in einen Unrechtsstaat verwandelten, schüttelte manch ein Auslandsdiplomate Herrn Hitler freundschaftlich die Hände, schloß mit ihm Verträge und klatschte auf Reichsparteitag begeistert beim Parademarsch der Parteikolonnen.

Trotzdem verlor der Widerstandskreis nicht den Mut. Er trug die Rechtfertigung für sein Tun in der eigenen Brust. Täglich fielen Tausende, täglich brannten Städte, täglich rückte die Front dem Heimatgebiet näher: man mußte „andeln, um das Land zu retten, an dem sie alle mit ganzem Herzen hingen, die Stauffenberg, Leuschner und Goerdeler, Tresckow, Leber,

### GELEITWORT

von Bundesinnenminister Dr. h. c. Robert Lehr:

In Ehrfurcht und Dankbarkeit

wollen wir derjenigen gedenken, die ihr Leben und ihre Ehre einsetzten zur inneren und äußeren Rettung ihres Vaterlandes. Zugleich wollen wir die Männer und Frauen des innerdeutschen Widerstandes gegen den Unrechtsstaat Hitlers uns ein Beispiel und eine Mahnung sein lassen, über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg in den Grundfragen der Freiheit und des Rechtes auch heute zusammenzustehen. Daher sollen auch keine neuen Grenzen aufgerichtet werden zwischen den Männern des 20. Juli und denen, die damals ihren Weg nicht mitgehen konnten. Wohl aber soll das furchtbare Wirken des in der Richterrobe wirkenden Henkers Freisler und seiner Helfershelfer, die im NS-Staat das Recht mit Füßen traten, in uns den festen Willen stärken, jedem Feinde der inneren und äußeren Freiheit unseres Volkes mit all' unserm Sein und Wollen entgegenzutreten.

Diese auf sorgfältigem Quellenstudium beruhende Veröffentlichung über die Ereignisse des Sommers 1944 möge zu einer ersten Besinnung jedes aufrechten Deutschen in unserer Zeit führen.



Claus Schenk Graf v. Stauffenberg

Oberst i. G., der Kopte der militärischen Vorbereitungen des Befreiungsversuches und derjenige, der es als aktivster Mann auf sich genommen hatte, im Führerhauptquartier Wollschanze die Bombe einzuschmuggeln und mit der Beseitigung Adolfs Hitlers die erste Voraussetzung für den Umsturzplan zu schaffen. Zweifellos wäre er auch bereit gewesen, sich selbst dabei zu opfern; er war jedoch für den weiteren Ablauf des Unternehmens unentbehrlich, so daß er sofort nach Berlin zurückkehrte. Dort wurde er am Abend nach dem Zusammenbruch der Aktion durch Standgericht im Hof der Bendlerstraße erschossen.

## Weder Reaktionäre noch Revolutionäre

Von Bundesminister Jakob Kaiser

Der 20. Juli 1944 hat im Bewußtsein unseres Volkes manche Wandlung erfahren. Wenn man die ersten Verlautbarungen, die gleich nach dem Zusammenbruch 1945 von Unbeteiligten über ihn geschrieben wurden, einmal wieder durchblättert, so sind viele dieser Verlautbarungen von einer befremdenden Abträglichkeit und Urteilslosigkeit. Der eine deutete den 20. Juli als den Versuch der Militärs, sich in letzter Minute vor dem Zusammenbruch noch aus der Affäre des verlorenen Krieges zu ziehen. Der andere nannte ihn eine Angelegenheit von Reaktionären, wieder andere einen Versuch von Dilettanten.

Nach und nach setzte sich die geschichtliche Wahrheit durch. Aber sie gewann kaum größere Einwirkung auf das Bewußtsein unseres Volkes. Das lag weniger an mangelnder Aufgeschlossenheit als an dem chaotischen Zustand, in den Deutschland durch den Zusammenbruch versetzt worden war.

Aber es wird Zeit, daß sich unser Volk der Ursache seines Zustandes stärker erinnert. Sonst könnte es allzu leicht geschehen, daß

Leute von gestern mit Erfolg versuchen, Ueberreste des Systems zu beleben, die immer noch unter der Asche des Dritten Reiches ihr Leben fristen. Wesentlich ist, daß unser Volk trotz der Schwere des politischen Alltags das Wesen und Wollen der Männer begreift, die am 20. Juli 1944 den unaufhaltsamen Marsch in den Abgrund aufzuhalten suchten. Und wesentlich ist auch, daß offenbar wird, wie wenig bei diesem Rettungsversuch Parteigrenzen eine Rolle spielten.

Dieser 20. Juli war ja nicht nur der eine Tag. Seit dem Geschehen ging die Widerstandsbewegung von Jahren, zum Teil von mehr als einem Jahrzehnt voraus, in denen Menschen und Gruppen mit hartem Willen um die Möglichkeiten der Rettung unseres Volkes rangen und in denen sie sich um die Konzeption einer neuen Ordnung mühten. In dieser ihrer Vorbereitungsarbeit liegt auch für unsere heutige Zeit Beselehrendes.

Es hat nach 1945 lange gedauert, bis sich das Bewußtsein durchsetzte, daß Goerdeler kein „Reaktionär“ war, genau so wenig wie Leusch-

ner und Leber „Revolutionäre“ waren. Goerdeler war ein betont konservativer Mann, für den es ebensoviele Loyalität wie politische Umsicht bedeutete, sich mit den Auffassungen und dem politischen Willen sozialdemokratischer Vertreter vertraut zu machen. Wesentlich für ihn war, daß er aus der Erkenntnis der Verderblichkeit des Hitlersystems die Folgerung zog, daß Handeln notwendig sei, und daß er deshalb bereit war, sich mit allen zu verbünden, die das gleiche Ziel verfolgten. So kam es zur Zusammenarbeit mit allen Schichten und politischen Gruppen. Und in der Zusammenarbeit formte sich in ihm das Bild einer Ordnung, das eine Synthese konservativen und ausgesprochen sozialen Geistes war.

Das war nicht zuletzt auch das Verdienst einer starken Arbeitergruppe im Goerdeler-Kreis. Christliche Demokraten und Sozialdemokraten richteten in enger Zusammenarbeit die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der sozialen Ausgestaltung der Ordnung nach Hitler.

Die Arbeit im engsten Führungskreis des gewerkschaftlichen Dreimännerkollegiums mit Max Habermann, Wilhelm Leuschner und dem Verfasser beschränkte sich zunächst auf rein gewerkschaftliche Ueberlegungen. Man glaube mit dieser zusammengeschlossenen Macht der Gewerkschaften Hitler wirksam entgegenzutreten zu können. Aber es war im April und Mai 1933 schon zu spät dafür.

Der Zusammenschluß führender Gewerkschafter zu illegaler Arbeit blieb den übrigen Widerstandsgruppen, die sich allmählich gebildet hatten, nicht unbekannt. Man suchte und fand die Verbindung zu ihnen. Es war Allgemeintut aller Widerstandskämpfer, daß nur die bewaffnete Macht der nationalsozialistischen Diktatur ein Ende bereiten konnte. Deshalb nahm auch in dem immer mehr zusammenwachsenden Goerdeler-Kreis die Einwirkung auf die Wehrmacht einen erheblichen Raum ein. Daran waren auch die maßgeblichen Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner und Julius Leber lebhaft beteiligt.

Sicher ist, daß für den Fall des Gelingens der Befreiung vom Nationalsozialismus Männer zur Verfügung gestanden hätten, die den Übergang gemeistert hätten. Dem Verwaltungsmann Goerdeler standen nicht zuletzt auch Männer der Arbeiterschaft aller Richtungen zur Verfügung — abgesehen von Kommunisten natürlich — die eine soziale Richtung gewährleisten hätten. Diese Männer bildeten eine geschlossene Gemeinschaft, zu der sie über alle Gefahren hinweg zusammengewachsen waren.

Was aber vor allem wesentlich gewesen wäre: Die politischen Persönlichkeiten, die im Dunkel des Hinrichtungsraumes in Plötzensee ihr Leben endeten, trugen das Erlebnis einer geläuterten Demokratie in sich, geschult in langer, gefahrvoller Illegalität. Es waren Männer, deren Charakter in den Jahren des Widerstandes gestählt war. Das wäre ein entscheidender Gewinn für die Politik im Nachkriegsdeutschland gewesen.

### Die Angehörigen mußten den Scharfrichter bezahlen

Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof

Geschäftsnummer 4 J 777/44

— Staatsanwaltschaft —

Kostenrechnung

in der Strafsache gegen Erich Knaut

Gebühr gem. §§ 49, 52 SGKG für Todesstrafe . . . . . 300,—

Postgebühren gem. § 72,1 SGKG . . . . . 1,84

Gebühr gem. § 72,6 für den als Pflichtverteidiger be-

stellt gewesenen Rechtsanwalt Ahlshoff, Berlin-

Lichterfelde-Ost, Gärtnerstraße 10a . . . . . 81,60

für die Strafhaft vom 6. 4. 44 bis 2. 5. 44 . . . . . 44,—

Kosten der Strafvollstreckung: Vollstreckung des Urteils . . . . . 158,18

hinzu Porto für Übersendung der Kostenrechnung . . . . . 12,—

zusammen: 585,74

Zahlungspflichtig: Die Erben des Erich Knaut, z. Hd. von Frau

Erna Knaut, Berlin-Tempelhof, Manfred-von-Richthofen-Str. 13,

bei Fa. Gilbert, Mach.

Solche „Rechnungen“ wurden während der Hitlerzeit den Angehörigen der aus politischen Gründen Hingerichteten übersandt.



# Das Parlament

Sondersitzung  
des Bundestages

Herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn/Rh., Königstr. 85, Tel. 3 86 51. Anschrift der Redaktion: Bonn/Rhein, Rosental 7, Telefon 3 31 67. Verlag: Girardet & Co., Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

DIE WOCHE IM BUNDESHAUS

11. Jahrgang / Nr. 35

Bonn, 23. August 1961

C 5544 C / Einzelverkaufspreis 0,50 DM

## Antwort auf den Gewaltakt von Berlin

Die Erklärungen von Bundeskanzler, Regierendem Bürgermeister und Parteien am 18. August 1961

Ulbrichts Willkürakt vom 13. August: die Annektierung Ost-Berlins durch Abriegelung der Sektorengrenze mit Stacheldraht und Panzern, veranlaßte den Deutschen Bundestag, seine Ferien zu unterbrechen und zu einer Sondersitzung in Bonn zusammenzutreten. Der 18. August 1961 sah ein vollbesetztes Plenum unter Anwesenheit fast des gesamten Bundeskabinetts und zahlreicher Mitglieder des Bundesrates. Welche Folgerungen sind aus dem Schritt der kommunistischen Zonenmachthaber zu ziehen, welche Maßnahmen gegebenenfalls zu ergreifen? Dies war die im Raume stehende Frage, auf welche Bundesregierung,

Berlins Regierender Bürgermeister und die Parteien ihre Antwort gaben. Alle Seiten waren sich einig im entrüsteten Protest gegen das Unterfangen der SED und die Haltung der Sowjetunion, bekundeten den Willen, der heillos gewordenen Situation durch Verhandlungen über die Berlin- und Deutschlandfrage ein Ende zu bereiten, und versicherten ihre Entschlossenheit, den unterdrückten Landsleuten im SED-Bereich die Treue zu halten und für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen. Bundeskanzler Dr. Adenauer eröffnete die Sitzung mit der Abgabe der Erklärung der Bundesregierung.

### Erklärung der Bundesregierung:

#### Das Recht steht auf unserer Seite!

Dr. Adenauer,  
Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Bundesregierung gebe ich folgende Erklärung ab:

Die Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands haben seit den frühen Morgenstunden des 13. August den Verkehr zwischen dem sowjetischen Sektor und den drei westlichen Sektoren Berlins fast völlig zum Erliegen gebracht. Entlang der Sektorengrenze wurden Stacheldrahtverhaue errichtet, starke Verbände der Volks- und Grenzpolizei bezogen ihre Stellungen an der Sektorengrenze, um die Abriegelung des Verkehrs zwischen Ost- und Westberlin durchzuführen. Gleichzeitig wurden Truppen der nationalen Volksarmee eingesetzt.

Diese Abriegelungsmaßnahmen wurden auf Grund des Beschlusses der Zonenmachthaber vom 12. August ergriffen. Mit ihrer Durchführung hat das Ulbricht-Regime gegenüber der gesamten Welt eine klare und unmißverständliche politische Bankrotterklärung einer sechszehnjährigen Gewalt Herrschaft abgegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit diesen Maßnahmen hat das Ulbricht-Regime eingestehen müssen, daß es nicht vom freien Willen der in der Zone lebenden Deutschen getragen und gestützt wird. Mit diesen Maßnahmen hat das Ulbricht-Regime bestätigt, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch das deutsche Volk zur Erhaltung des Weltfriedens unaufschiebbar geworden ist!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

#### Viermächte-Vereinbarungen brutal verletzt

Diese widerrechtlichen Maßnahmen, die die Bundesregierung mit Sorge und Abscheu erfüllt haben, stehen in flagrantem Widerspruch zu den Viermächtevereinbarungen über die Bewegungsfreiheit innerhalb Groß-Berlins und denjenigen Viermächtevereinbarungen, die die Regelung des Verkehrs zwischen Berlin und der Zone zum Gegenstand haben. Mit der Abriegelung des Verkehrs zwischen Ost- und Westberlin hat das Zonenregime die bestehenden und von der Regierung der UdSSR bis auf den heutigen Tag anerkannten Viermächtevereinbarungen betreffend Berlin einseitig und mit brutaler Gewalt verletzt.

### Im Widerspruch zu den sowjetischen Erklärungen

Die Bundesregierung stellt mit großem Bedauern fest, daß dieser Willkürakt mit Billigung der Regierung der UdSSR als Führungsmacht des Warschauer Paktes erfolgt ist. Mit dieser Billigung hat sich die sowjetische Regierung in Gegensatz zu ihren ständigen Beteuerungen gestellt, die Deutschland- und Berlin-Frage auf dem Verhandlungswege zu lösen. Während der amerikanische Präsident in seiner letzten Pressekonferenz vom 10. August erneut die Bereitschaft der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Ausdruck gebracht hat, über die Deutschland- und Berlin-Frage Verhandlungen zu führen, reagieren die Zonenmachthaber auf diesen westlichen Friedens- und Verhandlungswillen mit militärischen Maßnahmen. Diese Reaktion führt der gesamten Weltöffentlichkeit — vor allem als Worte dies zu tun vermögen — vor Augen, daß die gegenwärtige Krise einzig und

allein durch die sowjetische Deutschland- und Berlin-Politik ausgelöst wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Regierung der Sowjetunion hat am 10. November 1958 durch ihre Erklärung die Berlin-Krise ausgelöst. Sie hat in der Zwischenzeit in zahllosen Noten und Erklärungen darauf hingewiesen, daß sie, was auch sonst ihr Ziel sei, nicht daran denke, die Freiheit Westberlins anzutasten, die vielmehr von ihr feierlich garantiert werden solle. Wie lassen sich diese Erklärungen mit den Ereignissen der letzten Tage vereinbaren? Die Abmachungen der Sowjetunion mit den drei westlichen Mächten wurden zerrissen. Die Panzer der Volksarmee, die Volkspolizei und die Betriebskampfgruppen, die in und um Ostberlin zusammengezogen wurden, um einen rechtswidrigen Angriff gegen den Status der

Stadt Berlin militärisch zu unterstützen, geben eine Vorahnung dessen, wie die Garantie einer sogenannten Freien Stadt beschaffen sein würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD sowie rechts)

Die Welt war am 13. August Zeuge des ersten Schrittes auf dem Wege zur Verwirklichung der angekündigten Ziele. Das nach den Regeln des Völkerrechts gültige Viermächtestatut der Stadt Berlin ist erneut gebrochen worden. Die jüngste Maßnahme ist zugleich die schwerwiegendste und brutalste. Die von den Behörden der sowjetischen Besatzungszone auf Weisung ihrer Auftraggeber durchgeführten Absperrmaßnahmen innerhalb der Stadt Berlin und zwischen der Stadt und der sowjetisch besetzten Zone sollen offensichtlich der Auftakt sein für die Abschneidung des freien Teiles der deutschen Reichshauptstadt von der freien Welt.

#### Wer ist hier militaristisch?

Das Marionettenregime in der Zone macht in seinem Beschluß vom 12. August den vermeintlichen Versuch, die angebliche Notwendigkeit dieser Abriegelungsmaßnahmen zu begründen. Die Bundesregierung hält es für unter ihrer Würde, auf diese Verdrehungen und unwahren Behauptungen näher einzugehen. Diese Behauptungen werden von der Wirklichkeit selbst gerichtet. Die Bundesregierung möchte jedoch mit allem Nachdruck klarstellen, daß diese illegale Aktion der Zonenmachthaber ein für allemal der Weltöffentlichkeit zeigt, in welchem Teil Deutschland „Militarismus und Aggression“ praktiziert werden.

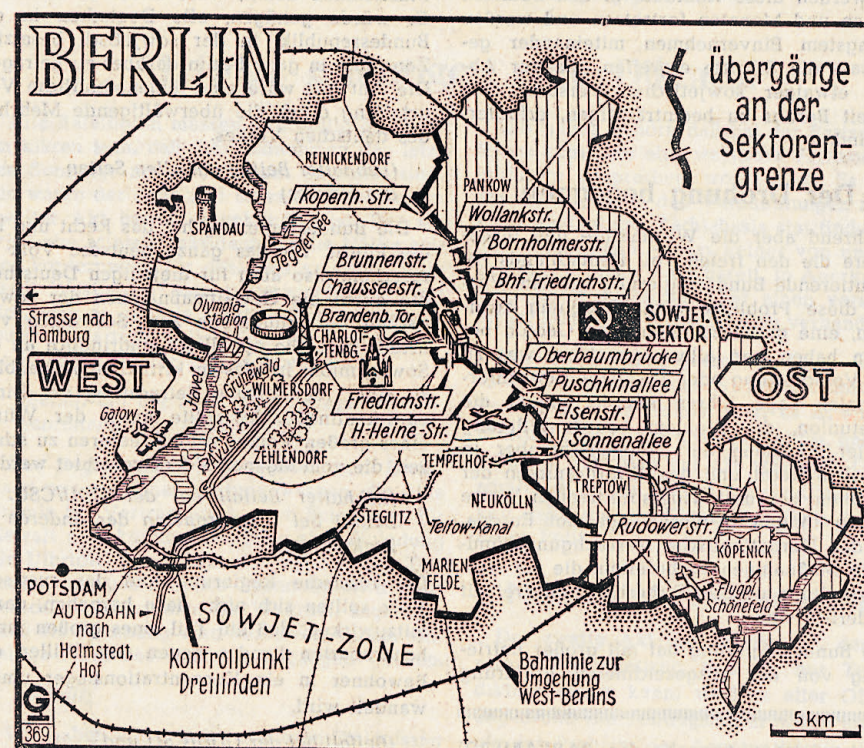
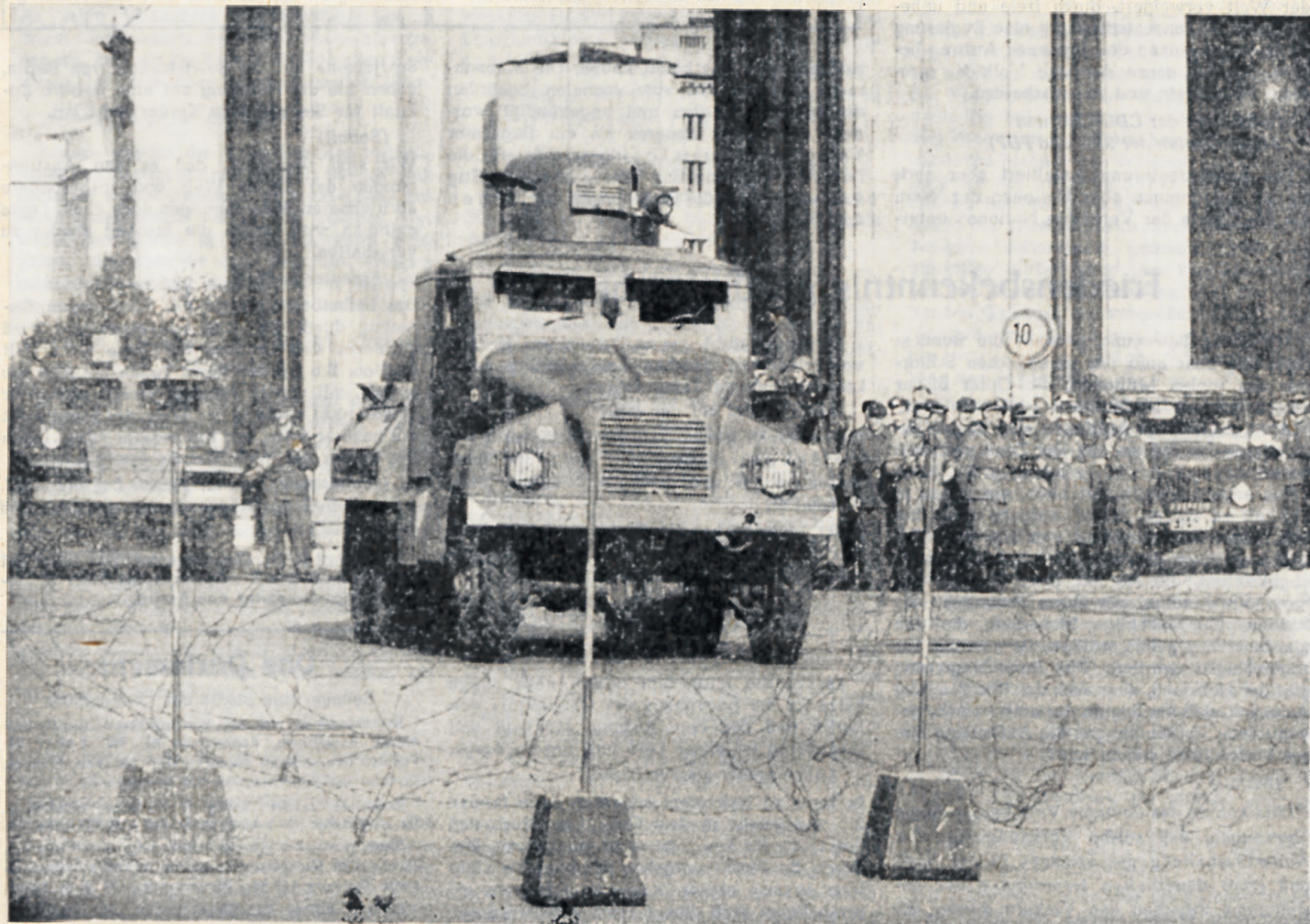
(Lebhafte Beifall im ganzen Hause)

Noch in ihrer letzten Note vom 3. August 1961 hat die Sowjetunion erneut ihre Forderung nach Abschluß eines sogenannten Friedensvertrages und nach Umwandlung des geltenden Viermächtestatus der Stadt Berlin, und zwar nur des westlichen Teils von Berlin, in eine sogenannte freie Stadt mit der Behauptung begründet, daß diese Maßnahme notwendig sei, um dem angeblichen Militarismus und Revanchismus in der Bundesrepublik zu begegnen. Sie hat erneut versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob verantwortliche Kreise in der Bundesrepublik die Absicht hätten, gegen die Sowjetunion oder irgendeinen anderen Staat der Welt kriegerische Maßnahmen vorzubereiten. Jeder, der in die Bundesrepublik kommt, kann sich von dem

(Fortsetzung auf Seite 2)



Der Ernst eines geschichtlichen Augenblicks lag über dem Hause, als Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bundestag vor den vollbesetzten Bänken der Abgeordneten, Minister (Bild), Ländervertreter, Diplomaten, Journalisten und Zuhörer die Erklärung der Bundesregierung zu den Berliner Vorgängen verlas. Fotografen und Rundfunk ließen das deutsche Volk am Geschehen unmittelbar teilnehmen.



Von bisher 85 Übergängen an der Sektorengrenze zwischen West- und Ostberlin sind nach der Abriegelungsaktion durch die Zonenmachthaber nur noch ein Dutzend übriggeblieben. Auch die auf der Karte noch eingezeichnete Passierstelle „Brandenburger Tor“ wurde inzwischen von der Volkspolizei gesperrt. Das Foto links zeigt, welches Bild sich gegenwärtig an diesem Wahrzeichen der deutschen Hauptstadt bietet: Drahtverhaue, Wasserwerfer und Posten mit schußbereiten Gewehren haben den Knotenpunkt einer Weltstadt in eine Kampfstellung verwandelt.



# Das Parlament

C 55 44 C

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Königstraße 85, Telefon: 315 51. Redaktion: 53 Bonn/Rhein, Rosental 7, Telefon: 331 67. Verlag: Girardet & Co., 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21-23.

DIE WOCHE IM BUNDESHAUS

Erscheint jeden Mittwoch (mit Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“). — Abonnementsbezug durch die Post monatlich 2,- DM (einschließlich Zustellgebühr). — Einzelpreis 0,50 DM. — Bestellungen an den Verlag.

15. Jahrgang / Nr. 11

Bonn, 17. März 1965

Einzelverkaufspreis 0,50 DM

Bewältigung der Vergangenheit:

## Mord und Völkermord sollen nicht verjähren!

Drei Anträge im Bundestag / Debatte von hohem Ernst

Verjähren am 8. Mai dieses Jahres, dem Tag der 20. Wiederkehr der Kapitulation, die im Hitlerreich begangenen Verbrechen, soweit gegen die Täter bis dann noch nicht ein Verfahren eingeleitet oder ermittelt worden ist? Die Frage hat sich im In- und Auslande zu einem von lebhaften Emotionen begleiteten Problem entwickelt.

Der Bundesrat behandelte am 12. Februar 1965 einen Antrag Hamburgs, die Verjährungsfrist für Mord von 20 auf 30 Jahre zu verlängern. Einen Monat später, am 10. März, befaßte sich jetzt der Bundestag mit drei Anträgen ähnlicher Art. Eine größere Anzahl von Abgeordneten der CDU/CSU forderte das Haus auf, das Strafgesetz dahingehend zu ändern, daß überhaupt Verbrechen, die mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht sind, nicht mehr verjähren. Gleiches beantragte die SPD-Fraktion, wobei sie überdies noch einen entsprechenden Zusatzartikel im Grundgesetz forderte.

Bevor die Anträge begründet und diskutiert wurden, referierte Bundesjustizminister Dr. Bucher über einen dem Bundestag zugeleiteten Bericht der Bundesregierung, der auf nahezu 40 Seiten in eindrucksvoller Weise schildert, was in der Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten durch deutsche und alliierte Gerichte bis heute geschehen ist. Die Bundesregierung versagte es sich im übrigen, einen eigenen Entwurf zur Änderung des Strafgesetzes in der Verjährungsfrage vorzulegen, erklärte aber ihre Bereitschaft, eine gerechte Lösung des Problems durch den Bundestag zu unterstützen.

Die drei eingebrachten Anträge wurden nach Schluß der Aussprache mit großer Mehrheit dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen — gegen Stimmen vor allem von Abgeordneten der FDP, die sich aus rechtsgrundsätzlichen Erwägungen einer Streichung des Verjährungsparagrafen widersetzen. Welche Gesichtspunkte aber auch immer vorgetragen wurden, die Debatte zeigte das Bemühen aller Sprecher und des ganzen Hauses, die hier behandelten tiefreichenden moralischen und rechtlichen Probleme an der Wurzel zu fassen. Das Schlußwort des Präsidenten, dieser Tag gereiche dem Parlament zur Ehre, galt aber vor allem wohl dem sittlichen Ernst, mit dem der Bundestag einer schweren Aufgabe gerecht wurde.

(170. Sitzung des 4. Bundestages am 10. 3. 1965)

- Beratung des Berichts des Bundesministers der Justiz über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten.
- Erste Beratung des von den Abgeordneten Benda, Dr. Wilhelm, Stügel und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Achten Strafrechtsänderungsgesetzes.
- Erste Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einfügung eines Artikels 102a in das Grundgesetz.
- Erste Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Achten Strafrechtsänderungsgesetzes.

Vizepräsident Dr. Dehler: Das Wort zu seinem Bericht hat zunächst der Herr Bundesminister der Justiz.

## Der Standpunkt der Bundesregierung

Dr. Bucher, Bundesminister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt kaum eine Frage, die in letzter Zeit die Gemüter im In- und Ausland so sehr bewegt hat wie die Frage der Verjährung der NS-Verbrechen. Die Entscheidung der Bundesregierung vom 5. und 11. November 1964, ihrerseits keinen Entwurf zur Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen vorzulegen, ist nur zum Teil auf Zustimmung, zum anderen Teil jedoch, besonders im Ausland, auf Unverständnis, heftige Kritik oder feindselige Ablehnung gestoßen. Ich will jene Stimmen aus dem östlichen Lager übergehen, die aus allzu durchsichtigen Gründen die Gelegenheit benutzen wollten, die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu diffamieren. Ernst zu nehmen sind aber die Sorgen besonnener Menschen, die uns mündlich und schriftlich unterbreitet worden sind. Zum Teil handelt es sich dabei um Personen, die selbst unter nationalsozialistischer Brutalität gelitten haben oder deren Angehörige Opfer eines ver-

ruchten Mordterrors geworden sind. Sie haben ein Recht, gehört zu werden, und ihre Stimme hat auch Gewicht. Man muß Verständnis dafür haben, daß sie Sühne für die Greuel-taten verlangen und sich mit einer Verjährung der Untaten nicht abfinden wollen. Dennoch, so meine ich, dürfen wir aber auch sie bitten, sich unseren Schwierigkeiten nicht zu verschließen und sich um ein objektives Urteil zu bemühen.

Wer auf der anderen Seite die Verlängerung der Verjährungsfrist ablehnt, der tut das nicht, um sich schützend vor nazistische Mordgesellen zu stellen. Er tut es auch nicht, um die grauenvollen Untaten zu bagatellisieren oder den Schleier des Vergessens oder Schweigens darüber zu breiten. Für eine solche Haltung sind vielmehr rechtliche Gesichtspunkte entscheidend.

Ich will in diesem Augenblick davon absehen, meine persönliche Meinung zu dieser Sache zu sagen. Ich behalte mir dies für die Debatte nach Begründung der vorliegenden Anträge vor.

## Umfassende Aufklärung von NS-Verbrechen

Die Bundesregierung ist vom Bundestag durch Beschluß vom 9. Dezember 1964 aufgefordert worden, unverzüglich im Benehmen mit den Bundesländern Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziel, das gesamte erreichbare Dokumentationsmaterial über Mordtaten aus der NS-Zeit systematisch durch eine zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen auswerten zu lassen. Gleichzeitig wurde der Bundesminister der Justiz beauftragt, bis zum 1. März zu berichten, ob in allen in Betracht kommenden Fällen Ermittlungen eingeleitet worden sind und die Unterbrechung der Verjährung sichergestellt ist, gegebenenfalls, ob die Bundesregierung bereit ist, die Frage der Verlängerung der Verjährung rechtzeitig mit dem Deutschen Bundestag zu prüfen, falls auf andere Weise eine Strafverfolgung solcher Mordtaten nicht gesichert werden kann.

Schon am 11. Dezember, also zwei Tage nach diesem Beschluß, haben die Justizminister und -senatoren der Länder die Zuständigkeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg auch auf Taten mit Begehungsort innerhalb der Bundesrepublik erstreckt, ausgenommen den Komplex des früheren Reichssicherheitshauptamtes, der in der Zuständigkeit des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht in Berlin verblieben ist. Die Zentrale Stelle ist mit der systemati-

schon Auswertung aller erreichbaren Urkunden beauftragt worden. Über den gegenwärtigen Stand der Verfolgung dieser Verbrechen gibt Ihnen der Bericht Aufschluß, den ich dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages fristgemäß zum 1. März vorgelegt habe. Ich konnte diesen Termin — das soll hier dankbar gesagt werden — nur dank der schnellen und tatkräftigen Unterstützung durch die Landesjustizverwaltungen einhalten. Der Bericht gibt, wie ich glaube, ein eindrucksvolles Bild über Umfang und Intensität der Verfolgung dieser Straftaten durch deutsche und alliierte Gerichte.

## Strafrechtliche Abrechnung ohnegleichen

Auf die abschaulichen NS-Verbrechen von einem erschreckenden Umfang folgte eine strafrechtliche Abrechnung, die in der Geschichte kein Beispiel hat. Etwa 80 000 Deutsche sind bisher von deutschen Gerichten, Gerichten der Alliierten und ausländischen Gerichten verurteilt worden unter der Beschuldigung, Kriegsverbrechen oder NS-Straftaten begangen zu haben.

Ich möchte allerdings hier auf einen Punkt hinweisen, der Gegenstand einer gewissen

Kritik war. Der Bericht ist sich durchaus dessen bewußt, daß unter den Deutschen, die von ausländischen Gerichten, vor allem im Osten, verurteilt worden sind, eine große Menge solcher befinden, die keineswegs NS-Verbrechen begangen haben. Ich darf auf Seite 37 des Berichts hinweisen, wo es heißt:

Weitere Exemplare dieser Ausgabe, die wegen der Bedeutung ihres Inhalts in erhöhter Auflage erscheint, können angefordert werden von der Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT beim Verlag Girardet & Co., 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21-23.

Wenn sich auch unter den nicht in der Bundesrepublik Deutschland Verurteilten ein erheblicher Hundertsatz von Personen befinden dürfte, die wegen bloßer Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen oder militärischen Einheiten oder zu Unrecht bestraft wurden, so steht doch die Tatsache fest,

und so weiter. Es braucht sich also niemand, der von einem ausländischen Gericht zu Unrecht verurteilt worden ist oder nur, weil er einer bestimmten Organisation angehörte, durch diesen Bericht der Bundesregierung als NS-Verbrecher diffamiert zu fühlen.

Die Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik allein haben gegen mehr als 61 000 Personen Strafverfahren eingeleitet, in denen bisher über 5100 Personen rechtskräftig verurteilt worden sind. Gegen fast 14 000 Personen sind noch Verfahren anhängig, Verfahren, in denen die Verjährung entweder bereits unterbrochen ist oder noch rechtzeitig bis zum 8. Mai unterbrochen werden kann. Diesen Zahlen brauche ich nichts hinzuzufügen, sie sprechen für sich selbst.

## Nicht mehr viele auf freiem Fuße

Im einzelnen weise ich noch auf folgendes besonders hin. Die deutsche Gerichtsbarkeit war bis Ende 1949 für einen bestimmten Teil der nationalsozialistischen Verbrechen ausgeschlossen, so vor allem für die Verfolgung von Taten, deren Opfer Angehörige der alliierten Staaten waren. Für diese waren alliierte Gerichte zuständig, und es darf nicht übersehen werden, daß in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch Deutschlands von den Besatzungsmächten und im Ausland gerade die Personen vor Gericht gestellt wurden, die in führenden Stellungen tätig gewesen waren. Die über 5000 Deutschen, die von den Gerichten der drei westlichen Besatzungsmächte verurteilt wurden, können auf Grund des Übereinkommens von den Justizbehörden der Bundesrepublik nicht mehr verfolgt werden.

Auch die deutsche Justiz war schon ab 1945 in erheblichem Umfang mit der Abklärung nationalsozialistischer Straftaten befaßt. Fast drei Viertel aller bis heute rechtskräftig wegen solcher Taten bestraften Personen wurden vor dem 1. Januar 1950 abgeurteilt. Bis zum Ende des Jahres 1954 waren weitere 23



Dr. Ewald Bucher stand in der Plenarsitzung des Bundestages am 10. März mehrfach am Rednerpult. Als Justizminister erläuterte er den Bericht der Bundesregierung über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten. Als Abgeordneter der FDP legte er seine persönliche Auffassung zur Frage der Verjährung dar. — Hinter ihm auf der Regierungsbank Bundeskanzler Prof. Erhard und Vizekanzler Dr. Mende.

Prozent der bis heute rechtskräftig gewordenen Verurteilungen ausgesprochen, zusammen also über 95 Prozent. Bei dieser Sachlage kann man meiner Ansicht nach nicht sagen, die deutsche Justiz habe erst seit 1950 oder gar erst ab 1955 mit der Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten begonnen.

Neben den über 6000 in der Bundesrepublik Deutschland und den über 5000 von den drei westlichen Besatzungsmächten verurteilten Personen sind weitere über 12 000 Deutsche durch Gerichte in der sowjetischen Besatzungszone, mindestens 24 000 durch sowjetische Gerichte, fast 17 000 durch polnische Gerichte, über 16 000 durch tschechoslowakische Gerichte und eine nicht bekannte Anzahl weiterer Deutsche durch Gerichte im übrigen Ausland verurteilt worden. Das sind — ich wiederhole es — zusammen weit über 80 000 Deutsche, die wegen wirklicher oder auch angeblicher nationalsozialistischer Straftaten verurteilt worden sind.

Ich glaube kaum, daß man angesichts solcher Tatsachen die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung ernst nehmen kann, in der Bundesrepublik oder in der Welt befänden sich noch Zehntausende von nationalsozialistischen Mördern unbestraft auf freiem Fuße.

## In memoriam Dr. Adolf Schärp

(279. Sitzung des Bundesrates am 5. 3. 1965)

Vizepräsident Dr. Lemke: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir wollen des verstorbenen Bundespräsidenten der Republik Österreich, Herrn Dr. Adolf Schärp, gedenken. Die schmerzliche Nachricht seines Todes hat uns alle tief bewegt. Wir erinnern uns seiner als eines Mannes, dessen besonderes Bemühen stets darauf gerichtet war, die herzliche Freundschaft zwischen seinen und unserem Volk noch zu festigen.

Der Bundesrat wird das Andenken des hohen Verstorbenen immer in Ehren halten. — Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu seinen Ehren von Ihren Plätzen erhoben haben.

\*

(170. Sitzung des 4. Bundestages am 10. 3. 1965)

Vizepräsident Dr. Dehler: Meine Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag gedenkt zu Beginn dieser Sitzung des am 28. Februar verstorbenen Präsidenten der Bundesrepublik Österreich, Herrn Dr. Adolf Schärp.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Präsident dieses Hauses war in jenen Tagen in Wien und hat dem Schwerverkranken noch seine angelegentlichsten Wünsche übermitteln lassen wollen; sie haben ihn leider nicht mehr erreicht.

Nach dem Tode hat der Präsident des Hauses an den Präsidenten des Nationalrats der Bundesrepublik Österreich folgendes Telegramm übermittelt:

Zu dem Tode des österreichischen Staatsoberhauptes, Ihres verehrten Bundespräsidenten, Herrn Dr. Adolf Schärp, spreche ich Ihnen und dem Nationalrat der Bundesrepublik Österreich die herzlichste Anteilnahme des Deutschen Bundestages aus.

Der des österreichischen Nationalrats hat darauf wie folgt geantwortet:

Für die Anteilnahme des Deutschen Bundestages, die Sie, sehr geehrter Herr Präsident, durch Ihr Telegramm bekundet haben, darf ich Ihnen im Namen des Nationalrats sowie im eigenen Namen meinen aufrichtigen Dank sagen.

Indem ich dem Haus dies bekanntgebe, darf ich erneut unsere Anteilnahme, unseren Respekt und unsere Verbundenheit mit Österreich ausdrücken.

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

\* s. DAS PARLAMENT Nr. 49 v. 2. 12. 1964  
\*\* s. DAS PARLAMENT Nr. 51 v. 16. 12. 1964

(Fortsetzung auf Seite 2)



# Das Parlament

DIE WOCHE IM BUNDESHAUS

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7; Telefon: 5 29 41. Redaktion: 53 Bonn, Bauscheidstr. 6; Telefon: 5 29 41. Verlag: Girardet & Co., 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21-23.

Erscheint jeden Mittwoch (mit Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“). — Abonnementbezug durch die Post monatlich 2,- DM (einschließlich Zustellgebühr). — Einzelpreis 0,50 DM. — Bestellungen an den Verlag.

18. Jahrgang / Nr. 22

Bonn, den 29. Mai 1968

Einzelpreis DM 0,50; 6S 4,—

## Notstandsverfassung:

# Recht auf Widerstand im Grundgesetz verbürgt

## Notparlament und Spannungsfall / Wenn die Polizei nicht ausreicht ...

Mit der zweiten Lesung der Verfassungsbestimmungen, die der Vorsorge für den Fall eines öffentlichen Notstandes dienen, ist eine entscheidende Phase dieses Gesetzgebungsverfahrens abgeschlossen worden. Es ist zu erwarten, daß eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages jetzt die nach hartem Ringen gefaßten Beschlüsse auch in dritter Beratung bestätigen wird. Aus den vor zwei Wochen geführten Debatten hat DAS PARLAMENT bereits einen umfangreichen Teil veröffentlicht. In dieser Ausgabe werden weitere Ausschnitte aus der Diskussion wiedergegeben. Es handelt sich dabei um die Fragen, die in dem Bereich der Notstandsgesetzgebung als besonders wichtig bewertet werden, wie die Dienstverpflichtung im Verteidigungsfall — besonders von Frauen für das Heil- und Sanitätswesen —, um den Gemeinsamen Ausschuß, auch „Notparlament“ genannt, um den Einsatz von Bundeswehr im Innern des Landes. Die FDP hatte zu mehreren Punkten beantragt, Artikel des Entwurfs zu streichen oder zu ändern. Bei der Begründung und Beratung dieser Anträge ergaben sich interessante Diskussionen, die den Sinn der vorgesehenen Bestimmungen verdeutlichen. Im folgenden wird mit der Kontroverse über die Verankerung eines Widerstandsrechtes im Grundgesetz begonnen. Zur Beratung aufgerufen wird die Vorlage des Rechtsausschusses, dem Artikel 20 des Grundgesetzes einen Absatz anzufügen, wonach jeder Deutsche das Recht hat, unter bestimmten Umständen einer Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung Widerstand entgegenzusetzen. Änderungsanträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Es meldet sich jedoch der SPD-Abgeordnete Dr. Stammler zu Wort:

### Dr. Stammler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Renger hat vorhin etwas gesagt, was sich eigentlich wie ein roter Faden durch die ganzen Beratungen des heutigen Tages ziehen sollte. Sie hat nämlich gesagt, daß es notwendig sei, im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung und allem dem, was damit zusammenhängt, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen aufzubauen.

Nun, meine Damen und Herren, ich kann verstehen, daß gerade in unserem Volk in mancher Hinsicht ein gewisses Unbehagen gegenüber der Notstandsgesetzgebung besteht; haben wir doch selbst erfahren, was es bedeutet, wenn eine Regierung zu viel und vor allen Dingen — und das ist das wesentliche — unkontrollierbare Macht bekommt. Und um gerade klarzumachen, was für uns die Notstandsgesetzgebung bedeutet, nämlich nicht die Einschränkung der Freiheit, der freiheitlichen Lebensrechte und unseres freiheitlichen Staates,

sondern gerade seine Verteidigung auch in Stunden der Gefahr, kann es es darauf an, ein Widerstandsrecht einzubauen. Wir haben dieses Widerstandsrecht — und hier waren sich eigentlich alle Parteien im wesentlichen einig — in dem Artikel 20 des Grundgesetzes eingebaut; denn — meine Damen und Herren, das ist wichtig — in diesem Artikel kann es nicht mehr geändert werden. Selbst mit einer Zweidrittelmehrheit kann dieses Widerstandsrecht nicht mehr aufgehoben werden, wenn es im Artikel 20 verankert ist.

Ich glaube, dieses Widerstandsrecht ist eng mit der Demokratie überhaupt verbunden. Ich möchte nur auf die erste Dokumentation dieses Widerstandsrechts hinweisen. Sie stand in der virginischen Erklärung der Rechte im Jahre 1776, und bereits dort war gesagt — wie wir das heute im Artikel 20 des Grundgesetzes tun —, daß es als unabänderliches, nicht aufhebbares Recht für die Bevölkerung gegeben ist.

Meine Damen und Herren, um allerdings kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Dieses Widerstandsrecht ist keine Rechtfertigung für das, was wir eben oben von der Tribüne erlebt haben. Das möchte ich gleich sagen. Dieses Widerstandsrecht ist nur dann, aber dann auf jeden Fall gegeben, wenn alle anderen Mittel des Staates zur Verteidigung unserer Freiheit nicht mehr ausreichen.

## Auch gegen den Staatsstreich von unten

Nun hat es hier zwei Begriffe gegeben, die in der Diskussion aufgetaucht sind, weshalb ich etwas dazu sagen möchte, um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, nämlich die Frage des Staatsstreichs von unten und die Frage des Staatsstreichs von oben. Historisch gesehen ist das Widerstandsrecht etwas gegen den Staatsstreich von oben. So ist es auch in der Magna Charta in England gewesen, so steht es in der virginischen Erklärung der Rechte, so haben wir es in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte 1789 in Frankreich und in vielen anderen mehr. Aber das kann natürlich auch ein Widerstandsrecht gegen eine Revolution von unten sein.

Hier wird nun sehr häufig gesagt, dieses Widerstandsrecht könne dazu führen, die außerparlamentarische Opposition mundtot zu machen. Das liegt uns völlig fern. Ich möchte sogar sagen: durch den Herrn Bundesinnenminister ist sie anerkannt worden. Er hat vorhin im Hinblick auf den Herrn Kollegen Dorn gesagt, daß die FDP die parlamentarische Opposition sei. Er hat also praktisch unterstellt, daß es auch eine außerparlamentarische geben kann. Ich kann mir vorstellen, daß das Ganze eine Freundsche Kurzschlubhandlung gewesen ist, und zwar im Hinblick auf den Kollegen Dorn, der gewissermaßen eine Personalunion für parlamentarische und außerparlamentarische Opposition darstellt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber wir wollen auch, was die außerparlamentarische Opposition betrifft, uns über eines im klaren sein, was in diesem Artikel 20 steht, dem jetzt ein Absatz 4 angefügt werden soll. Die Staatsgewalt wird in unserem Staate durch das Volk verkörpert; repräsentiert wird das Volk ausschließlich hier in diesem frei gewählten Bundestag. Darüber müssen wir uns klar sein. Das gilt sowohl für die Regierungskoalition wie auch für die jeweilige Opposition.

Das bedeutet nicht, daß die Dinge, die uns bewegen, nicht im ganzen Volke diskutiert werden sollten. Uns bewegen ja sehr viele

Dinge. Das trifft gerade auf die Studenten zu, mit denen ich in dieser Hinsicht völlig sympathisiere. Meine älteste Tochter debattiert in der Bonner Universität begeistert mit. Wir sind für das „Große Gespräch“, wie wir Sozialdemokraten es auf unserem Parteitag 1964 in Karlsruhe genannt haben. Wir wollen das „Große Gespräch“ mit allen führen. Aber die Entscheidungen können ausschließlich hier in diesem Hause fallen. Nur hier dürfen sie fallen.

Wir sollten alles vermeiden, was so aussieht, als würden wir uns in irgendeiner Form unter Druck setzen lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das gilt für viele Dinge, auch für die Dinge, die sich heute teilweise bis in die Wohnbereiche einzelner Abgeordneten abgespielt haben. Wir sollten uns hier nicht unter Druck setzen lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das ist keine Frage eines inneren Notstandes. Damit werden wir selber fertig; davon bin ich überzeugt. Das ist eine Frage, in der wir alle zusammenstehen müssen.

Wir haben das Widerstandsrecht im Absatz 4 des Artikels 20 niedergelegt. Da kein Änderungsantrag vorliegt, dürfen wir wohl damit rechnen, daß er einstimmig verabschiedet wird. Ich darf noch einmal sagen: dieses Widerstandsrecht ist hoffentlich nie praktisch anzuwenden. Es ist in erster Linie symbolisch. Es zeigt, was der Sinn der Notstandsgesetzgebung sein soll: nicht die Einschränkung der freiheitlichen Rechte, sondern die Verteidigung der freiheitlichen Rechte, auch bis zum letzten Extrem, daß ein jeder selbst dazu bereit sein muß, sie zu verteidigen, wenn alle anderen Mittel versagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Mommer: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bucher.

\*) Ein Mann auf der Publikumstribüne hatte laute Zwischenrufe ins Plenum gerichtet. — Red.

## Aus dem Inhalt

Verpflichtung zu Dienstleistungen

Das Notparlament

Bundeswehr-Einsatz im Innern

Der Spannungsfall

Wahlrecht-Änderung bis 1969?

(Fragestunde im Bundestag)

Das politische Buch

IN DER BEILAGE

Zbigniew Brzezinski:

Amerika im technischen Zeitalter

John Diebold:

Ist die Lücke technisch?

## FDP enthält sich der Stimme

### Dr. Bucher (FDP):



Dr. Bucher (FDP)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn an einer Stelle dieses Entwurfs das Bedauern, daß wir wenig Zeit zur Vorbereitung hatten, berechtigt ist, dann an dieser, denn auch wenn man im übrigen diesen Vorwurf nicht gelten lassen wollte, hier muß er gelten.

Einmal ist das Widerstandsrecht erst ganz zuletzt in den Ausschussberatungen in den Entwurf hineingekommen. Daneben gibt es noch einen anderen Grund. Wir meinen, eine so wichtige, bedeutsame Frage sollte nicht so nebenbei, beinahe versteckt — ich sage das nicht im Sinne einer bösen Absicht, sondern objektiv — in einem umfangreichen Gesetz und im Zusammenhang mit einem an sich höchst umstrittenen Thema — dem Notstand — eingebracht werden. Das müßte wirklich ganz für sich gemacht werden. Es ist schon der Verdacht geäußert worden — ich mache ihn mir nicht zu eigen —, daß jetzt das Widerstandsrecht heringebracht werde, sei ein taktisches Austauschmanöver innerhalb der Koalition. Vor solchem Verdacht sollten wir uns bei einem so bedeutsamen Thema schützen.

Meine Damen und Herren, es herrscht Einigkeit hier im Hause, und auch wir Freien Demokraten sind der Ansicht, daß es ein Widerstandsrecht gibt. Von Plato und der Bibel angefangen, über den Sachsenpiegel und Rousseau bis zu Johannes XXIII. in der Encyclica

## Artikel 20 des Grundgesetzes

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.  
2. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.  
3. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

## In 2. Lesung der Notstandsverfassung beschlossener Zusatz

4. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.



Über die Berliner Mauer blicken gegenwärtig in den Ostsektor der Stadt diese Plakate des Westberliner „Studios am Stacheldraht“ mit dem Ausspruch eines bekannten ungarischen Schriftstellers aus dem kommunistischen Lager.

„Pacem in Terris“ finden Sie das Widerstandsrecht. Außerhalb dieser Reihe gestatten Sie mir interessehalber ein Zitat dazu. Ich möchte es mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vortragen. Es lautet:

„Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volk dem Untergang enig geführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht.“

Das Zitat stammt aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“, Seite 104. Es steckt ja viel Prophezeiung in diesen Worten.

## Weshalb in die Verfassung niederlegen?

Es ist aber zunächst einmal eine Frage, ob überhaupt das Widerstandsrecht in der Verfassung niedergelegt werden soll, eine Frage, zu der wir in unserer Fraktion — das sage ich Ihnen ganz offen — noch keine einheitliche Meinung bilden konnten. Ich neige zu der Ansicht, daß das Widerstandsrecht überhaupt vorgegeben ist, wenn man sich für die Demokratie entscheidet, daß es sozusagen die Keh-

## Würde im Ernstfall nichts nützen

Nun haben wir eine kleine interessante Parallele, sozusagen ein kleines Widerstandsrecht, nämlich die Regelung — früher im Militärstrafgesetzbuch und heute im Wehrstrafgesetzbuch — zum rechtswidrigen Befehl. Es ist ja dort so geregelt — im Grundsatz, auf die Details will ich nicht eingehen —, daß der Soldat einen rechtswidrigen Befehl nicht befolgen darf. Das war übrigens die ganze Zeit so geregelt, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik durch das ganze Dritte Reich bis heute. Befolgt der Soldat einen rechtswidrigen Befehl irrtümlich, weil er meint, er sei nicht rechtswidrig, oder umgekehrt: befolgt er den Befehl irrig nicht, weil er meint, er sei rechtswidrig, dann wird der Konflikt im Gesetz immer zugunsten des Soldaten gelöst. Hier ist also die Situation so, daß ein einzelner, ein Vorgesetzter, eine vom Staat verliehene Befugnis im Rahmen der demokratischen Ordnung mißbraucht. In letzter Instanz entscheidet der Richter darüber, ob der Vorgesetzte recht hatte oder der Soldat, der in diesem Augenblick Widerstand geleistet hat.

Anders ist die Situation beim politischen Widerstand. Hier ist die demokratische Ordnung als solche nicht mehr intakt, es wird also im Fall eines erfolgreichen Putschs oder Staatsstreichs Unrecht von oben begangen. Antidemokratische Kräfte haben die Staatsgewalt oder Teile davon übernommen. Die Situation ist also die, daß die demokratische Ordnung nicht mehr intakt ist. Hier kann kein Richter

seit der Entscheidung für die Demokratie ist. Denn Demokratie bedeutet: Jedem sind die Grundrechte garantiert, und jeder muß die Grundrechte des anderen respektieren. Die Kehrseite davon heißt: Jeder darf sich gegen eine Verletzung seiner Grundrechte wehren, jeder muß sich aber auch dagegen wehren, wenn die Grundrechte seiner Mitbürger und die demokratische Staatsordnung angegriffen werden. Moralisch bejahe ich durchaus auch die Widerstandspllicht.

Wenn man sich also für die Demokratie entschieden hat, hat man sich auch für das Widerstandsrecht entschieden, gleichgültig, ob es in der Verfassung steht oder nicht. Das Widerstandsrecht wendet sich ja gegen bestehendes Unrecht. Es unterscheidet sich dadurch von der Revolution, die sich gegen bestehendes Recht wendet. Kollege Stammler hat die möglichen Fälle des Widerstandsrechts aufgeführt. Ich teile allerdings seine Meinung insofern nicht, als ich es ganz und gar nicht für notwendig halte, das Widerstandsrecht gegen Unrecht von unten extra in die Verfassung hineinzuschreiben. Denn dagegen haben wir bereits heute zureichende Bestimmungen. Wenn mich einer angreift, steht mir die Notwehr zur Verfügung, und auch wenn Unrecht gegen andere begangen wird — auch gegen den Staat; schon vom Reichsgericht ist die Rechtsfigur der Staatsnotwehr anerkannt worden —, darf ich mich dagegen wehren. Das Problem ist hier in erster Linie das Unrecht von oben, gegen das das Widerstandsrecht festgelegt werden soll.

mehr entscheiden, sondern hier entscheidet der Erfolg, wie es aussieht: Wenn sich die Demokratie wieder durchsetzt, hat der, der Widerstand geleistet hat, recht bekommen; andernfalls hat er auf meistens dann entsetzliche Art unrecht. Das ist ein Tatbestand, der nicht justiziabel ist.

Man stelle sich nun vor: in einer Verfassung ist das Widerstandsrecht verankert, ein Staatsstreich hat Erfolg, die Machtergreifung hat stattgefunden. Dann hat gerade in der Situation, in der sich das Widerstandsrecht — ich meine das Widerstandsrecht in Paragrafenform — nun bewähren müßte, dieser Paragraph versagt. Stellen Sie sich etwa vor, wir hätten in der Weimarer Verfassung diesen Paragraphen gehabt, der ja dann nach dem vorher verlesenen Zitat dort sogar die Zustimmung Hitlers gefunden hätte, — dieser Paragraph hätte bei der Machtergreifung kläglich versagt. Die Nazis hätten ja sogar die „Gelassenheit“ — das kann man fast nicht anders sagen —, die Weimarer Verfassung formell weiterbestehen zu lassen.

Aber wir brauchen gar keine hypothetischen Fälle zu nehmen. Oder doch! Der folgende ist auch ein hypothetischer Fall. Die frühere Verfassung der DDR enthielt in Artikel 4 das Widerstandsrecht, allerdings sehr vorsichtig

(Fortsetzung auf Seite 2)



# DAS PARLAMENT

22. Jahrgang / Nr. 18

Bonn, den 29. April 1972

Einzelpreis DM 0,80 / C 5544 C

Nach Artikel 67 des Grundgesetzes:

## Konstruktives Mißtrauensvotum

Der Antrag der CDU/CSU auf Wahl eines neuen Bundeskanzlers



SPD-Präsidiumssitzung mit Bundeskanzler Brandt, Fraktionsvorsitzendem Wehner und Schatzmeister Nau nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg.

In der Stunde, in der diese Zeitungs- ausgabe fertiggestellt wird — drei Tage vor ihrem Erscheinen in der Öffentlichkeit —, stehen der Deutsche Bundestag und die Bundesrepublik Deutschland vor der Entscheidung über ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt, das die CDU/CSU-Fraktion gemäß Artikel 67 des Grundgesetzes am Abend des 24. April beschlossen hat. Sie stützte sich dabei moralisch auf das Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg am 23. April und faktisch auf die Zuversicht, daß ihr bei der Abstimmung im Bundestag am 27. April zu den 246 Stimmen des eigenen Lagers noch ein Zufluß von mindestens drei anderen Abgeordneten die notwendige Mehrheit geben werde. Ob diese Erwartung zutreffend war, wird man wissen, wenn die vorliegende Ausgabe in der Hand des Lesers ist. Hier die entscheidende Verlautbarung der CDU/CSU vom 24. April und die dazu abgegebenen Erklärungen der Vorsitzenden der Regierungsparteien.



CDU-Vorsitzender Dr. Barzel beglückwünscht den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Filbinger zum Wahlsieg der CDU. Mitte: Dr. Richard Fhr. v. Weizsäcker, MdB.

### Beschluß und Antrag der CDU/CSU

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion faßte am Abend des 24. April einstimmig folgenden Beschluß:

Nach vielen anderen Landtagswahlen seit 1969 hat die gestrige Wahl in Baden-Württemberg nunmehr endgültig bewiesen, daß die Bundesregierung keine Mehrheit in unserem Land hat. Die von der Bundesregierung zur Ratifizierung eingebrachten Ostverträge haben in der jetzigen Form nach unserer Überzeugung im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. In zweieinhalb Jahren hat die Bundesregierung gesunde Staatsfinanzen zerrütet, eine Finanzkrise in Bund, Ländern und Gemeinden herbeigeführt und unser Volk in die Inflation verstrickt. Die soziale Marktwirtschaft, Grundlage für persönliche Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit ist in ernste Gefahr geraten. Aus diesen Gründen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig beschlossen, folgenden Antrag im Deutschen Bundestag einzubringen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag spricht Bundeskanzler Willy Brandt das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. Rainer Barzel zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler Willy Brandt zu entlassen.“

Nun wird der nicht leichte Weg frei

für die Verständigung und konstruktive Politik mit dem Osten, für die Wiederherstellung einer soliden Finanzpolitik, für Stabilität und Wachstum unserer Volkswirtschaft, für langfristige Sicherung der Arbeitsplätze, für verantwortungsvolle Reformpolitik, für Sicherung unserer inneren Freiheit und demokratischen Ordnung.

#### Artikel 67 des Grundgesetzes

- (1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.
- (2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

#### § 98 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Anträge nach Artikel 67 des Grundgesetzes

- (1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen.
- (2) Der Antrag hierzu bedarf der Unterstützung von einem Viertel der Mitglieder des Bundestages und kann nur in der Weise gestellt werden, daß dem Bundestag ein

namentlich benannter Kandidat als Nachfolger zur Wahl vorgeschlagen wird. Anträge, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, dürfen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

- (3) Ein Nachfolger ist, auch wenn mehrere Wahlvorschläge gemacht sind, in einem Wahlgang mit verdeckten Stimmzetteln (§ 54 a) zu wählen. Er ist nur dann gewählt, wenn er die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt.
- (4) Zwischen dem Antrag und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

### Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

Die im Inland und Ausland mit Spannung erwartete Wahl zum neuen Landtag von Baden-Württemberg am 23. April 1972 hat der CDU die absolute Mehrheit, der SPD einen kräftigen Stimmengewinn und der FDP — gemessen an der Bundestagswahl von 1969 — einen kleinen Zuwachs gebracht. Vielfältig angestellte Überlegungen, wie dieses Ergebnis zu erklären und zu werten, als ein Votum zur Ostpolitik der Bundesregierung, als Ausdruck landespolitischer Einstellungen oder wie immer, bleiben mehr oder weniger im Bereich der Spekulation. Fest steht allein, daß die CDU in Baden-Württemberg die nächste Regierung bilden wird und daß die im Bundesrat gegebenen Mehrheitsverhältnisse (21 : 20 für die CDU/CSU-regierten Länder) bestehen bleiben.

Das Ergebnis der Wahl in Baden-Württemberg bedarf aber insofern vielleicht noch einiger erläuternder Worte, als sich das Wahlverfahren dieses Landes von demjenigen im Bund und den anderen Ländern unterscheidet. Die Landesverfassung schreibt für das Verfahren eine Verknüpfung von Mehrheitswahl und Verhältniswahl vor. Demzufolge hat der Landtag im Jahre 1955 nach langen und lebhaften Beratungen mit großer Mehrheit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das auch heute noch in Kraft ist, abgesehen von der inzwischen eingeführten Briefwahl und der weiteren Neuerung, die in der Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters besteht.

Das auffälligste Merkmal des Baden-Württembergischen Wahlsystems liegt darin, daß im Unterschied zu den übrigen im Bundesgebiet vorgesehenen Regelungen die Landesliste, fehlt. Solche Landeslisten geben den Parteien die Möglichkeit, ihren Kandidaten, soweit sie nicht durch eine Direktwahl im jeweiligen Wahlkreis zum Zuge kommen, eine durch die Reihenfolge in der eingereichten Liste dosierte Absicherung zu geben. Wer also auf der Landesliste oben rangiert, ist damit am besten abgesichert. Die Parteien haben es in diesem Fall in der Hand, bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie etwa den Frauen oder Fachleuten aus bestimmten Fachbereichen einen Anteil bei der Verteilung der Abgeordnetensitze einzuräumen.

Anders ist es beim Wahlverfahren in Baden-Württemberg. Zunächst ist in ihm festgelegt, daß der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Davon sollen 46 aus dem Regierungsbezirk Nordwürttemberg, 27 aus dem Regierungsbezirk Nordbaden, 25 aus dem Regierungsbezirk Südbaden und 22 aus dem Re-

gierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern kommen. Diese Festlegung bringt an sich schon eine Komplizierung der Ausrechnung des Wahlergebnisses und der daraus resultierenden Anzahl der Landtagsmandate mit sich; denn das Wahlergebnis muß jeweils nach den vier Regierungsbezirken ausgezählt und demnach die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien viermal getrennt vorgenommen werden.

Der Verfassungsforderung nach dem Element der Persönlichkeits- bzw. Mehrheitswahl als Bestandteil des Wahlsystems wird dadurch entsprochen, daß in den insgesamt 70 Wahlkreisen des Landes derjenige Kandidat ein Mandat erhält, auf den die meisten Stimmen innerhalb dieses Wahlkreises entfallen (Nordwürttemberg hat 27, Nordbaden 16, Südbaden 14 und Südwürttemberg-Hohenzollern 13 Wahlkreise).

Während nun in den Ländern und beim Bund die Differenz zwischen der Anzahl der direkt gewählten Kandidaten (in unserem Fall also 70) und der dem Parlament insgesamt zustehenden Sitze über die sogenannten Landeslisten der Parteien ausgeglichen wird, ermittelt man in Baden-Württemberg die Verteilung der restlichen Sitze unter den Parteien nach dem sogenannten d' Hondtschen Höchstzahlverfahren, und auch dies wieder separat innerhalb der vier Regierungsbezirke. Dabei

werden diejenigen Wählerstimmen verwertet, die — jeweils auf eine Partei bezogen — die zur Erringung eines Direktmandates notwendige Stimmenzahl übersteigen. Das Verfahren ist für Außenstehende außerordentlich kompliziert. Es kann zu sogenannten Überhangmandaten und Ausgleichsmandaten führen, so daß dann die Anzahl der Abgeordneten für den Landtag vorgesehene Mindestzahl von 120 Mandaten übersteigt. Dies führte in der jetzt endenden Legislaturperiode dazu, daß der Stuttgarter Landtag anstatt 120 insgesamt 127 Abgeordnete zählte. Aus der Wahl am 23. April ergab sich nach dem oben erwähnten Verfahren wieder eine Gesamtzahl von 120 Abgeordneten. Übrigens besteht dabei, für den Nichtmathematiker schwer verständlich, kein kausaler Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung, welche diesmal bekanntlich eine Rekordgrenze erreichte.

Wenn man den Sinn des baden-württembergischen Wahlsystems charakterisieren will, so dürfte man ihn in dem Bestehen sehen, dem Wahlvolk auch hinsichtlich der nicht direkt gewählten Kandidaten mehr Einfluß zu geben, als den Parteien (mit der bei anderen Wahlsystemen üblichen Landesliste) und dem Wähler eine unmittelbare örtliche Beziehung zum jeweiligen Mandatsträger zu sichern. Man bezeichnet das hier angewandte Verfahren als personalisiertes Verhältniswahlrecht. H.

### Erklärung von Bundeskanzler Brandt

Auf den Beschluß der CDU/CSU-Fraktion, im Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum zu beantragen, gab Bundeskanzler Brandt am gleichen Abend im Fernsehen folgende Erklärung ab:

Die Opposition hat von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht. Ich sehe der Entscheidung mit Gelassenheit entgegen. Man muß wissen: Neuwahlen zum Bundestag haben nicht stattgefunden. Die CDU setzt offensichtlich auf Ab-

geordnete, die sich nicht an den Wählerauftrag gebunden fühlen.

Ich werde mich vor dem Bundestag zur Arbeit meiner Regierung äußern und darlegen, weshalb die Ostverträge ratifiziert werden müssen, und daß wir in der Reformpolitik und mit der verbesserten Wirtschaftslage auf dem richtigen Wege sind.

Innenpolitische Panikmache ist ebenso abwegig wie Drückebergerei in der Außenpolitik.

### Erklärung des FDP-Vorsitzenden

Bundesaußenminister Walter Scheel erklärte in der Nacht zum 25. April im Zweiten Deutschen Fernsehen:

Die parlamentarische Opposition will in dieser Woche versuchen, die Regierung zu stürzen. Wir sehen diesem Unternehmen mit Ruhe entgegen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Abgeordnete der Koalition gibt, die die Politik der Entspannung und des Friedens und deren Erfolge aufs Spiel setzen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß dies alle Abgeordnete der Opposition wollen.

Die Bürger dieses Landes werden daher verstehen, wenn ich sage: Die Entscheidung über die Politik dieser Regierung wird in den Wahlen zum nächsten Bundestag fallen.

#### Aus § 54 a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln (1) Soweit in einem Bundesgesetz oder in dieser Geschäftsordnung Wahlen durch den Bundestag mit verdeckten (amtlichen) Stimmzetteln vorgeschrieben sind, findet die Wahl geheim statt. Die Stimmzettel dürfen erst vor Betreten der Wahlzelle (bei Namensaufruf) ausgehändigt werden. Die zur Gewährleistung einer geheimen Wahl aufzustellenden Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag in die dafür vorgesehenen Wahlurnen zu legen.

#### Das vorläufige Endergebnis vom 23. April 1972

	Landtagswahl 1972	Landtagswahl 1968	Bundestagswahl 1969
Wahlberechtigte	6 002 514	5 612 242	5 515 249
Wahlbeteiligung	4 804 189 (80,0 %)	3 970 542 (70,7 %)	4 691 207 (85,1 %)
Parteien	Stimmen % Mandate	Stimmen % Mandate	%
CDU	2 517 801 53,0 65	1 718 261 44,2 60	50,7
SPD	1 784 549 37,5 45	1 124 696 29,0 37	36,5
FDP/DVP	424 709 8,9 10	550 145 14,4 18	7,5
NDP	— — —	381 569 9,8 12	4,5
DKP	21 986 0,5 —	— — —	—
DFU	587 0,0 —	— — —	0,5
Sonstige	5 167 0,1 —	2,6	0,3



# DAS PARLAMENT

27. Jahrgang / Nr. 40

Bonn, den 8. Oktober 1977

Einzelpreis 1,- DM / X 5544 C

Zum Schutz des Rechtsstaates:

## Kontaktsperre für Terroristen

Bundestag verabschiedete Gesetz im Eilverfahren / Zustimmung des Bundesrates

Angesichts der terroristischen Morde in Köln und der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer hat der Bundestag in der vergangenen Woche im Eilverfahren ein Gesetz verabschiedet, nach dem Häftlingen, die im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen terroristische Vereinigungen einsitzen, zeitweilig jeglicher Kontakt mit der Außenwelt oder untereinander abgeschnitten werden kann. Die Kontaktsperre ist generell auf 30 Tage befristet. Während dieser Zeit dürfen die Gefangenen keinerlei Besuche, vor allem nicht die ihrer Anwälte empfangen.

Der Gesetzentwurf wurde von allen drei Fraktionen des Bundestages am 28. September gemeinsam eingebracht und am gleichen Tage in erster Lesung ohne Aussprache an den zuständigen Rechtsausschuß überwiesen, der bis nach Mitternacht darüber beriet. Am 29. September folgten die zweite und dritte Beratung im Bundestag, nach der das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Von den anwesenden 392 uneingeschränkt stimmberechtigten Abgeordneten stimmten 371 mit Ja, 4 SPD-Abgeordnete mit Nein, 12 SPD- und 5 FDP-Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die 21 Berliner Abgeordneten stimmten mit Ja. Im Verlauf der teilweise heftig geführten Debatte betonten die Redner der drei Fraktionen Klaus Hartmann (CDU/CSU), Dr. Hubert Weber (Köln, SPD) und Hans A. Engelhard (FDP) sowie Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel die Notwendigkeit dieses Gesetzes, während der SPD-Abgeordnete Manfred Coppik

seine Ablehnung begründete. Ein von der FDP-Fraktion eingebrachter Änderungsantrag, dem Häftlingen für die Zeit der Kontaktsperre einen Pflichtverteidiger zu bestellen, wurde abgelehnt.

Die drei Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU), Herbert Wehner (SPD) und Wolfgang Mischnick (FDP) unterstrichen die Bedeutung der Kontaktsperre im Kampf gegen den Terrorismus und zur Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates.

Am 30. September erteilte der Bundesrat nach kurzer Aussprache dem Gesetz seine Zustimmung, so daß es nach der Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten und der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt bereits am 2. Oktober in Kraft treten konnte. Bundesjustizminister Dr. Vogel hat am gleichen Tage eine zeitweilige Kontaktsperre für 70 Häftlinge angeordnet. Nachstehend wird die Debatte im Bundestag und Bundesrat — nur geringfügig gekürzt — wiedergegeben.



Vor Beginn der Bundestags-Debatte über die Kontaktsperre für inhaftierte Terroristen besprachen Kabinettsmitglieder auf der Regierungsbank die taktische Lage in der Abwehr terroristischer Aktionen. V. r.: Staatsminister im Auswärtigen Amt Klaus von Dohnanyi, Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, der erst am Vormittag von Sondierungen aus Vietnam zurückgekehrte Staatsminister im Bundeskanzleramt Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesinnenminister Maihofer und der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesjustizminister, Hans de Wit.

CDU/CSU:

### Zur Abwehr schwerster Gefahren

Hartmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat ausweislich der Presseberichterstattung vor der Fraktion seiner Partei mit dem Hinweis auf — angeblich neue — Erkenntnisse in den Haftanstalten seine und der Bundesregierung Überzeugung unterstrichen, daß es in besonderen Gefahrenlagen — und eine solche ist der akute Entführungsfall Hanns Martin Schleyer — unabwendbar notwendig sei, jedweden Kontakt von Häftlingen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des Verteidigerverkehrs zeitweise zu unterbrechen. Da diese Überzeugung offenbar mehrheitlich auch in allen Fraktionen dieses Hauses herrscht — in meiner Fraktion einstimmig, wievielstimmig in den Koalitionsfraktionen, wird sich bei der heutigen namentlichen Abstimmung erweisen —, haben diese einen entsprechenden, von der Bundesregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz übernommen und interfraktionell im Bundestag eingebracht.

Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht Rechtsvorschriften vor, mit denen die Voraussetzungen konkretisiert werden, unter denen die Unterbrechung des Kontaktes von Inhaftierten untereinander und mit der Außenwelt zulässig ist — bis hin zur Unterbrechung je d e r Verbindung von inhaftierten untereinander und mit der Außenwelt, einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger —, Rechtsvorschriften ferner, mit denen die Zuständigkeit für eine Feststellung, daß die Voraussetzungen einer Kontaktunterbrechung vorliegen, der Landesregierung bzw. der von ihr bestimmten obersten Landesbehörde und im Interesse eines einheitlichen Vorgehens dem Bundesminister der Justiz übertragen wird, Vorschriften überdies, mit denen nachteilige Folgen einer Kontaktunterbrechung für die Betroffenen vermieden werden, mit denen das Erfordernis einer gerichtlichen Bestätigung, der Feststellung, daß die Voraussetzungen einer Kontaktunterbrechung vorliegen, aufgestellt wird und mit denen dem einzelnen Betroffenen ein wirksamer Rechtsschutz gegen die Feststellung konkreter Maßnahmen garantiert wird.

Der Gesetzentwurf enthält auch eine Überleitungsregelung, wie hinsichtlich bereits getroffener Maßnahmen zur Kontaktunterbrechung weiter zu verfahren ist. Damit keine Mißverständnisse auftreten: Es bedarf bei

den bereits getroffenen Maßnahmen keines nachträglichen Nachschiebens von materiellen Rechtsgrundlagen. Bereits vollzogene Maßnahmen sind, wie der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes mit seinem Beschluß vom 23. September 1977 klargestellt hat, auf Grund der gebotenen Rechtsgrüterabwägung rechtmäßig. Es ist jedoch erforderlich, die Voraussetzungen, die Rechtsfolgen, das Verfahren und den Rechtsschutz bei einer Kontaktunterbrechung im Interesse der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit in der Zukunft gesetzlich zu regeln.

### Kein Ausnahmerecht

Die Möglichkeit der Kontaktunterbrechung in besonderen Gefahrenlagen ist kein Ausnahmerecht, mit welchem rechtsstaatliche Prinzipien suspendiert werden sollen. Sie ist vielmehr eines der gebotenen rechtsstaatlichen Instrumente zur Abwehr schwerster Gefahren und zum Schutz höchster Rechtsgüter, gewiß außergewöhnlich und weitgehend, aber verfassungskonform. Uns allen wäre es lieber, wenn unser Staat nicht ge-



Der CDU-Abgeordnete Klaus Hartmann, Rechtsanwalt aus Herbruck in Bayern, erklärt, die CDU/CSU-Fraktion werde der Kontaktsperre für inhaftierte Terroristen geschlossen zustimmen.

zwungen wäre, zu solchen Notwehrmaßnahmen zu greifen. Bekanntlich aber ist Notwehr diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen Angriff abzuwehren.

Bei aller gebotenen Zurückhaltung in der gegenwärtigen Situation, die auch die Beratungen im Rechtsausschuß bestimmt hat, was ich sehr dankbar anerkenne, kann ich mich einer Bemerkung nicht enthalten: Die hochgefährliche Konspiration aus den Haftanstalten heraus, in die Haftanstalten hinein, zwischen den Haftanstalten und innerhalb derselben, vor allem auf dem Wege über das gesetzliche Verkehrsrecht mißbrauchende, Verteidiger, ist keine Erscheinung, die vom Himmel gefallen und erst im akuten Entführungsfall Schleyer offenkundig geworden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt sie seit Jahren. Sie ist mehr und mehr ins Kraut geschossen. Und noch etwas: Zum Mißbrauch von Rechten gehören zwei Seiten: diejenigen, die Mißbrauch treiben, und diejenigen, die sich das gefallen lassen, ohne dagegen mit den gebotenen Mitteln einzuschreiten. Wer den Dingen allzulange freien Lauf läßt, muß um so schärfer bremsen, wenn er die Katastrophe verhindern will.

Meine Fraktion hat sich an der interfraktionellen Gesetzesvorbereitung beteiligt und wird der heute zur Abstimmung stehenden Vorlage zustimmen, weil die auch vom Bundesgerichtshof angestellte Rechtsgrüterabwägung dies gebietet. Dieses Rechtsprinzip besagt im vorliegenden Fall, daß gegenüber dem Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit das Recht auf unbeinträchtigte Außenweltkontakte von Inhaftierten einschließlich des Verkehrs mit dem Verteidiger zurückzutreten hat. Wir stimmen auch als diejenigen dieser Beschlußempfehlung zu, denen man bisher immer vorgezogen hat, Gesetzesänderungen zur besseren Bekämpfung des Terrorismus und der Gewaltkriminalität mit „heißer Nadel nähren“ zu wollen. Das Tempo dieses Gesetzgebungsverfahrens steht in keinem Verhältnis zu der Geschwindigkeit, mit welcher unsere Gesetzesvorschläge bisher behandelt worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nichtsdestoweniger weist der vorliegende Entwurf aus, daß trotz hoher Eile sorgfältige Gesetzgebungsarbeit geleistet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die CDU/CSU-Opposition dieses Hauses, hoffen, daß die Solidarität im sachlichen und verfahrensmäßigen Handeln, die wir in diesem Gesetzgebungsverfahren bewiesen haben, von seiten der Koalition bei der

(Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1 unten)

SPD:

### Verteidigung der Freiheit gegen den Terror

Im Anschluß an die Ausführungen des CDU-Abgeordneten Klaus Hartmann (Ende seiner Rede Seite 2, Spalte 1 unten) ergreift der SPD-Abgeordnete Dr. Hubert Weber (Köln) das Wort:

Dr. Weber (Köln, SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf mit diesem einfachen Titel „Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ hat dieses Parlament begonnen, die aus den jüngsten Erfahrungen mit terroristischen Anschlägen gewonnenen Erkenntnisse in Maßnahmen umzusetzen, die dem uns erteilten Auftrag gerecht werden, diese Verfassung und dieses Land zu schützen.

Es wäre aber unredlich, wenn wir bei den Bürgern draußen den Eindruck erwecken wollten, als könnten wir mit diesem Gesetz oder einem anderen noch so perfekten Gesetz terroristische Anschläge unmöglich machen. Das schreckliche Drama von Köln ist eine Herausforderung an uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Herausforderung müssen wir mit Besonnenheit begegnen, aber, wie

44. Sitzung des 8. Deutschen Bundestages am 29. September 1977

### Es wird beraten:

Zusatzpunkt zur Tagesordnung gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. September 1977:

● Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Das Gesetz ermöglicht es in bestimmten Fällen, die Verbindung von inhaftierten Terroristen untereinander, mit ihren Verteidigern und mit der Außenwelt zu unterbinden („Kontaktsperre“). Inhaltsübersicht siehe auf Seite 2.

Drucksachen: 8/935, 8/944, 8/945.

Heute:

Der Bundesrat befaßt sich mit dem Steuerpaket Seite 9-12

Die Kehrseite

der oft staubtrockenen Bonner Politik soll künftig auch in dieser Zeitung ein wenig mehr zum Vorschein kommen. Vierzehntäglich auf der „Kehrseite“. Sie erscheint heute zum ersten Mal auf Seite 14

In der Beilage:

Eugeniusz Guz: Massenmedien und die KSZE

Arbeitsbedingungen der Korrespondenten

Joachim Krause:

Westliche Journalisten in den Staaten des Ostblocks

Eine Bilanz zwei Jahre nach Helsinki

Klaus Emmerich:

Hintergründe der Arbeitsbedingungen für Journalisten in Ost und West

Nächste Woche:

Einbringung des Bundeshaushalts 1978

ändern, sondern vielmehr, daß es Terroristen in diesem Lande gibt.

(Leicht, CDU/CSU: Späte Erkenntnis!)

Auf diesem Hintergrund haben wir Sozialdemokraten gehandelt und tragen dieses Gesetz, das wir hier im Bundestag mit eingebracht haben, mit. Lassen Sie mich die Gründe dafür nennen.

Erstens. Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß eine Kommunikation zwischen inhaftierten und sich noch in Freiheit befindlichen Terroristen unmittelbar das Leben, die Gesundheit und die Freiheit von Personen gefährden und den Entscheidungsspielraum staatlicher Stellen in erheblichem Umfang beeinträchtigen kann. Zwischen diesen Gruppen bestehen mannigfaltige Beziehungen. Wir haben Beweise dafür. Zur Abwendung dieser Gefahr und zum Schutz höchster Rechtsgüter kann es notwendig werden, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt zeitweilig zu unterbinden. Wir müssen diesen Staat deshalb in die Lage versetzen, Leben zu schützen, die durch terroristische Anschläge herbeigeführte außerordentliche Situation zu bewältigen und dieser Herausforderung entschieden entgegenzutreten. Meine Damen und Herren, wer nicht bereit ist, dies mit zu vollziehen, kann sich nicht dem Vorwurf entziehen, eine Säumnis begangen zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir brauchen dieses Gesetz, weil wir eine effiziente, schnell wirksame Regelung benötigen, die nicht allein durch die Justizvollzugsorgane oder die Gerichte gewährleistet werden kann, sondern die den politischen Instanzen unseres Landes übertragen werden muß. Wir, die wir verpflichtet sind, diesen Staat mit zu schützen, müssen auch die Verantwortung hierfür übernehmen.

(Erhard, Bad Schwalbach, CDU/CSU: Das ist wichtig!)

Drittens. Dieses Gesetz schafft aus rechtsstaatlichen Gründen eine eindeutige Regelung, die für den schwerwiegenden Eingriff klar abgegrenzt, fest umrissene Tatbestände vorsieht. Sie vermeidet eine Ausuferung, die die Generalklausel des § 34 des Strafgesetzbuches nicht verhindern kann. Dieser Staat befindet sich nicht in einem Staatsnotstand. Wir wollen deshalb auch nicht den übergesetzlichen Notstand durch die Gerichte strapazieren.



Der SPD-Abgeordnete Dr. Hubert Weber, Rechtsanwalt aus Köln, begründet die Notwendigkeit des neuen Gesetzes im Kampf gegen den Terrorismus.

zieren lassen, sondern wir wollen selbst ausnahmslos, vollständig und unverbrüchlich den Inhalt unserer Verfassung ausschöpfen. Wir müssen deshalb selbst auch die Grenzen abstecken, derart, wie sie der Bundesgerichtshof in seinem Beschluß vom 23. September 1977 in folgendem Leitsatz formuliert hat — ich zitiere —: „Es entspricht einem allgemeinen Rechtsgedanken, daß die Verletzung eines Rechts in Kauf genommen werden muß, wenn es nur so möglich ist, ein höheres Rechtsgut zu retten.“

(Fortsetzung auf Seite 2)



# DAS DIE WOCHE IM BUNDESHAUS AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE PARLAMENT

36. Jahrgang / Nr. 22

Bonn, den 31. Mai 1986

Einzelpreis 1,50 DM / N 5544 C

## Können wir auf Kernenergie verzichten?

### Bundestag diskutierte über den Weltwirtschaftsgipfel und die Konsequenzen aus dem Reaktorunfall

Betroffenheit über die Katastrophe im Kernkraftwerk von Tschernobyl und unterschiedliche Auffassungen über notwendige Konsequenzen beherrschten die Debatte im Bundestag am 14. Mai über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio und zum Kernkraftunglück in der Sowjetunion. Der Kanzler äußerte ebenso wie die Redner der CDU/CSU Verständnis für die vielfältigen Sorgen und Ängste, die die Katastrophe in Tschernobyl ausgelöst habe. Gleichzeitig verteidigte er aber die Nutzung der Kernenergie als „ethisch vertretbar“. In der fünfständigen, teilweise heftig

geführten Debatte sprachen sich Abgeordnete der SPD für eine befristete Nutzung der Kernkraft aus. Die GRÜNEN erneuerten hingegen ihre Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie, während die FDP die Notwendigkeit eines hohen Sicherheitsstandards hervorhob. Die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio spielten im Bundestag angesichts der aktuellen Katastrophe in der UdSSR nur eine untergeordnete Rolle. Zum Abschluß der Debatte verabschiedete der Bundestag zwei Entschließungsanträge der Koalition zum Reaktorunfall, lehnte jedoch die sechs Anträge der Opposition ab.

In seiner Regierungserklärung sprach sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl für eine „behutsame“ Nutzung der Kernenergie aus. Es gehe nicht um den deutschen Ausstieg aus der Atomenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit. Kohl warnte jedoch vor einer Bagatellisierung des Reaktorunfalls, aber auch davor, Katastrophenstimmung zu schüren. SPD-Oppositionsführer Dr. Hans-Jochen Vogel betonte, das Unglück von Tschernobyl habe die Welt verändert. Für seine

Partei lehnte er daher erneut den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und den weiteren Ausbau der Kernenergie ab und forderte den Baustopp für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Hannegeth Hönes, verlangte das Abschalten aller Kernkraftwerke „jetzt und sofort“; alle Atomkraftwerke seien eine Kriegs-erklärung an die Menschen, eine friedliche Nutzung der Atomkraft gebe es nicht. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Alfred Dregger lehnte dagegen einen

Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraftenergie ab. Vielmehr müsse international an der Erhöhung der Sicherheit der Atommeiler gearbeitet werden und diese Sicherheit müsse auch international überprüfbar sein. Der FDP-Abgeordnete Gerhart Baum betonte, daß seine Partei nie ein bedingungsloses Ja zur Kernenergie gesagt, sondern stets auf bestmögliche Sicherheitsstandards verwiesen habe. Nachstehend veröffentlicht wir Auszüge aus der Regierungserklärung und der Debatte.



Interparlamentarische Konferenz in Bonn

Die VI. Interparlamentarische Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit tagte in dieser Woche im Bonner Bundestag. 30 Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlussakte waren durch Delegierte vertreten. Bei der feierlichen Eröffnung am 26. Mai im Plenarsaal des Bundestages sprachen zur Begrüßung der Gäste (v. l.) der Ratspräsident der Interparlamentarischen Union, Dr. Hans Stercken MdB, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger als Gastgeber und der Generalsekretär der IPU, Pio-Carlo Terenzio. Siehe auch Seite 16.

Dr. Kohl, Bundeskanzler:

### Tiefes Verständnis für die Sorgen

In seiner Regierungserklärung über den Wirtschaftsgipfel in Tokio und den Atomunfall in der Sowjetunion wendet sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gegen Bagatellisierung und Beschwichtigung hinsichtlich der Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl. Für die „Sorge, Unruhe und auch Angst“ der Menschen äußert er „viel Verständnis“. Zugleich warnt er jedoch davor, Katastrophenstimmung zu schüren. Als Konsequenz aus dem Atomunglück fordert der Kanzler u. a. die weitestgehende Durchsetzung höchstmöglicher Sicherheitsvorschriften. Gleichzeitig kritisiert er die „Informationsblockade“ der Sowjetunion als verantwortunglos. Kohl spricht sich jedoch für die weitere Nutzung der Kernenergie „als sichere, kostengünstige und umweltschonende Technologie“ aus. Alternative Energiequellen sollen aber weiter erforscht werden. In seiner Erklärung geht der Bundeskanzler nur kurz auf die wirtschaftlichen Themen des Tokioter Gipfels ein. Dabei hebt er hervor, daß die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ausländische Beobachter beeindruckt haben. Wörtlich erklärt der Kanzler u. a.:

Meine Damen und Herren, Tschernobyl liegt 1 500 km von uns entfernt, und dennoch geht uns das Unglück ganz unmittelbar an. Viele Mitbürger fragen sich besorgt, wie weit wir bei der Nutzung moderner Technik gehen dürfen, wenn ein solches Unglück kontinentale Dimensionen gewinnen kann. Es liegt nahe, daß so auch Angst entsteht. Niemand von uns kann und darf diese Sorgen und Ängste einfach beiseite schieben.

Daß jetzt eine intensive Diskussion stattfindet — weltweit wie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland —, ist ebenso natürlich wie notwendig. Aber diese Diskussion muß gerade deshalb, weil es dabei letztlich auch um menschliche Urängste geht, ganz unvoreingenommen, mit Redlichkeit und mit Realismus geführt werden. Ich bin gegen jede Bagatellisierung



Dr. Helmut Kohl (56),  
Bundeskanzler

und Beschwichtigung, aber ebenso wende ich mich entschieden gegen das Schüren von Katastrophenstimmung. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer den Menschen wirklich helfen will, darf nicht bei ihren Ängsten stehenbleiben. Der Verantwortung, die uns in dieser Welt aufgetragen ist — es ist keine perfekte und keine heile Welt —, können wir nicht entfliehen. Wir können auch unserer Unvollkommenheit als Menschen nicht entkommen. Absolute Sicherheit gibt es für keinen Bereich des menschlichen Lebens.

Meine Damen und Herren, wir haben aber die Pflicht, das Äußerste dafür zu tun, daß die Nachteile des technischen Fortschritts so gering wie irgend möglich gehalten werden. Denn

die Chancen des Fortschritts wollen, ja müssen wir alle nutzen. Sie dienen den Menschen, sie erleichtern — wie wir alle wissen — unser Leben, sie machen es menschenwürdiger, sie versetzen uns in die Lage, Kranken und Schwachen besser zu helfen sowie Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen.

Dies gilt auch für die Kernenergie. Sie bietet viele Chancen, aber wir müssen sie behutsam nutzen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland die Sicherheitsbestimmungen extrem streng und die Anforderungen an Fachkunde und technisches Können des Bedienungspersonals besonders hoch.

#### Restrisiko bleibt

Gerade das Wissen darum, daß es absolute Sicherheit nicht gibt, daß ein Restrisiko verbleibt, war und ist also die Grundlage für alle Entscheidungen, um größtmögliche Sicherheit bei der Nutzung von Kernenergie zu gewährleisten. Deshalb gehören die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland mit zu den sichersten Anlagen in der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Ströbele [GRÜNE]; Das hat die Sowjetunion auch behauptet)

Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage ist das theoretisch verbleibende Restrisiko vertretbar und die Nutzung der Kernenergie ethisch zu verantworten.

(Duve [SPD]: Es ist nicht verantwortbar)

Meine Damen und Herren, die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen hatten bei den Entscheidungen zur Kernenergie seit 30 Jahren bei allen Bundesregierungen und für die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP Vorrang vor allen anderen Erwägungen — besonders auch vor wirtschaftlichen Erwägungen. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine Absage an die Kernenergie geht darüber hinweg, daß praktisch alle heute gangbaren Wege zur Energieversorgung mit Risiken verbunden sind, die die menschliche Gesundheit in der einen oder anderen Form beeinträchtigen können. Für die Gesundheit der Menschen hat die Kernenergie den Vorteil, daß sie die Luft nicht mit Schadstoffen wie Schwefeldioxid belastet. (Schmidt [Hamburg-Neustadt] [GRÜNE]: Nein, nur mit Strahlen!)

Und diese Energiequelle ist auch umweltschonend.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dr. Vogel (SPD):

### Alle miteinander betroffen

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat nach Aussagen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, die Welt und das Bewußtsein der Menschen verändert. Die Kritik des Kanzlers an der sowjetischen Informationspolitik sei berechtigt. In hohem Maße kritikwürdig sei aber auch die Informationspolitik der Bundesregierung. Sie habe die Sorge und die Angst der Menschen vermehrt, statt gemildert. Die Auswirkungen des Kernkraftunfalls machen nach Meinung Vogels deutlich, daß es gegen derartige radioaktive Strahlungen keinen wirklichen Schutz gebe. Es sei deshalb ein Gebot der Vernunft, die Kernenergie der Bundesrepublik „von Grund auf zu überdenken“. In seinen einleitenden Bemerkungen zum Tokioter Weltwirtschaftsgipfel begrüßt Vogel nachdrücklich die Erklärung zum internationalen Terrorismus, äußert sich jedoch kritisch zu den übrigen Erklärungen des Gipfels. Wörtlich sagt der SPD-Oppositionsführer u. a.:

Zu den eigentlichen Gipfelfragen beschränke ich mich auf drei kurze Bemerkungen.

Erstens. Wir begrüßen die Erklärung von Tokio zum internationalen Terrorismus. Wer den Terrorismus im Einklang mit dieser Erklärung national und international entschlossen und besonnen mit rechtmäßigen Mitteln bekämpft, hat unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Erklärung auch deshalb, weil sie zweierlei klarstellt, einmal, daß Militärfaktionen nicht zu den Maßnahmen gehören, mit denen der Terrorismus überwunden werden kann.

(Beifall bei der SPD)

zum anderen, daß sich alle Maßnahmen im Rahmen des Völkerrechts bewegen müssen. Die Erklärung hätte noch an Gewicht gewonnen, wenn sie auch auf die Spannungen eingegangen wäre, die den Nährboden des internationalen Terrorismus darstellen. Nur wer diese Spannungen überwindet, wird dem internationalen Terrorismus endgültig das Wasser abgraben.

#### Banalitäten

Zweitens. Die der Zukunft gewidmete Erklärung des Gipfels enthält nichts, was nicht an anderer Stelle bereits gesagt worden wäre, und zwar zumeist klarer und verbindlicher. Der Feststellung im „Handelsblatt“ vom 7. Mai

Die Auflistung von Banalitäten, ja sogar von Schwülst, überrascht nicht, sondern entsetzt, wird man deshalb kaum widersprechen können.

(Beifall bei der SPD)



Dr. Hans-Jochen Vogel (60),  
Rechtsanwalt, Bonn

Die der Rüstungskontrolle und der Bedienung des Rüstungswettlaufs gewidmeten Passagen sind überdies von Einseitigkeit und Selbstgerechtigkeit nicht frei.

(Schwarz [CDU/CSU]: Ein richtiger Meckervogel)

Drittens. Die wirtschaftspolitische Erklärung ist wortreich und voller Allgemeinplätze. In ihre Formulierungen ist auch ein gut Teil der Selbstzufriedenheit eingegangen, die Sie in Tokio zur Schau getragen und, vermischt mit Eigenlob, auch heute ausgebreitet haben.

Herr Bundeskanzler, welche Botschaft bringen Sie vom Gipfel eigentlich für die über 2 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik? Was ändert sich jetzt für sie?

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Wenn die Arbeitslosigkeit angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsdaten jetzt nicht fühlbar gemindert wird, wann soll sie denn eigentlich überhaupt gemindert und abgebaut werden?

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

#### Botschaft

Welche Botschaft bringen Sie vom Gipfel den Bauern in unserem Land? In der Entschließung findet sich die bemerkenswerte Feststellung, daß die Überschüsse bei wichtigen Agrarzeugnissen auch auf die langjährige Politik innerstaatlicher Subventionen und des Schutzes der Landwirtschaft zurückgehen. Dann folgt — möglicherweise von Ihnen beigesteuert — der geradezu rührende Satz — wörtliches Zitat —: „Wir sind uns einig, daß bei Vorliegen von Überschüssen in der Agrarpolitik Handlungsbedarf besteht.“ Eine großartige Erkenntnis, für die man kaum nach Tokio hätte reisen müssen!

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Die von Ihnen jetzt beschlossenen Hilfen, über deren Einzelemente man durchaus reden kann, bewegen sich völlig an der Oberfläche. Diese Hilfen bringen doch nicht die einschneidende Kurskorrektur, die überfällig ist, wenn es in Zukunft überhaupt noch bäuerliche Familienbetriebe geben soll.

(Beifall bei der SPD — Jung [Lörrach] [CDU/CSU]: Da müssen erst Sozialisten kommen)

Weiter: Herr Bundeskanzler, was wird aus dem astronomischen Budgetdefizit der USA, aus ihrem ebenso astronomischen Leistungsbilanzdefizit und der amerikanischen Auslandsverschuldung, die immer neue Höhenmarken erreicht? Wie soll das Ungleichgewicht zwischen den japanischen und — das haben Sie vergessen zu erwähnen — auch den deutschen Exportüberschüssen einerseits und dem gi-

(Fortsetzung auf Seite 3)

**GUTSCHEIN**  
für ein vierwöchiges  
kostenloses Probeabonnement  
des Wochenzeitung  
**DAS PARLAMENT**

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Postleitzahl und Ort \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und mit  
deutlichem Absender einschicken an:  
**DAS PARLAMENT,**  
Vertrieb, Fleischstraße 62—65,  
5500 Trier

DAS PARLAMENT, Vertrieb, Postfach 3040, 5500 Trier, Gebühr bezahlt, N 5544 C



# DAS PARLAMENT

## DIE WOCHE IM BUNDESHAUS AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

39. Jahrgang / Nr. 47-48

Bonn, den 17./24. November 1989

Einzelpreis 1,50 DM / N 5544 C

### Bonner Routine aufgebrochen

Bewegende Szenen im Bundestag und Bundesrat Seite 9

### 115 Millionen ECU für STEP und EPOCH

Große Umweltschutzdebatte im EP Seite 11

### 40 Jahre Petersberger Abkommen

Der Weg zur Souveränität Seite 13

### In der Beilage: Umweltpolitik

Beiträge von E. Müller, H. Weidner, H. Hohmann

### Nächste Ausgabe:

Bundestagsdebatte zur Polen-Reise und zur DDR

## Ost-Berlin öffnet die Mauer

### Alle Fraktionen des Bundestages werten die Grenzöffnung als historischen Schritt

Die DDR öffnet nur einen Tag nach der Bundestagsdebatte zur „Lage der Nation im geteilten Deutschland“ ihre Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin. Diese Nachricht aus Ost-Berlin verbreitete sich am Abend des 9. November – nicht nur – im Bonner Regierungsviertel wie ein Lauffeuer. Der Bundestag unterbrach seine laufenden Beratungen. Für die Bundesregierung gab Kanzleramtsminister Rudolf Seiters eine Erklärung ab. Er sprach von einem Schritt überragender Bedeutung. Ziel müsse jetzt sein, die Verhältnisse

im anderen Teil Deutschlands so zu entwickeln, daß die Menschen, die dort bleiben, eine Perspektive auf eine lebenswerte Zukunft sehen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel führte aus, die Entwicklung in der DDR zeige, daß „wir der Freizügigkeit in Deutschland“ ein gutes Stück näher gekommen sind. Die Parteien sollten jetzt gemeinsame Anstrengungen unternehmen, damit die Menschen in der DDR sich für die Zukunft ihres Landes einsetzen. Für die CDU/CSU-Fraktion hob deren Vorsitzender Alfred

Dregger hervor, er hoffe, daß in der DDR nun Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verwirklicht würden. Der Sprecher der GRÜNEN, Helmut Lippelt, meinte, die DDR gehe einen ersten Schritt „auf dem Weg zu einem europäischen Rechtsstaat“. FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick sagte, die Bewährungsprobe stehe noch bevor. „Erweisen wir uns alle dieser Bewährungsprobe würdig!“ Nachstehend werden die Regierungserklärung und die Erklärungen der Fraktionen im vollen Wortlaut wiedergegeben.



Mit großer Freude und Ausgelassenheit ist in beiden Teilen Deutschlands die überraschende Entscheidung der DDR-Führung vom 9. November aufgenommen worden, ihre Grenzen zu öffnen. Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor in Berlin tanzten und sangen die Menschen und feierten am 10. November spontan die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze.

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramts:

### Chancen und Perspektiven

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine kurze Erklärung der Bundesregierung abgeben und vorweg sagen, daß dies Tage und Wochen sind, die die Gefühle der Menschen hier und im anderen Teil Deutschlands zutiefst bewegen.

Ich habe gerade mit dem Bundeskanzler telefoniert. Lassen Sie mich folgendes sagen: Die vorläufige Freigabe von Besuchreisen und Ausreisen aus der DDR ist ein Schritt von überragender Bedeutung. Damit wird praktisch erstmals Freizügigkeit für die Deutschen in der DDR hergestellt.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Mauer und Grenze in Deutschland werden damit durchlässiger.

Die Bundesregierung hofft, daß diese Entscheidung der DDR-Führung einen Schritt in Richtung auf eine echte Liberalisierung in der DDR darstellt.

Das Ziel muß bleiben – ich denke, das ist unsere gemeinsame Auffassung; ich sage dies bewußt an dieser Stelle – die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands so zu entwickeln, daß die Menschen, die dort ihre Heimat haben, für sich die Perspektive auf eine lebenswerte Zukunft sehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vor diesem Hintergrund will ich noch einmal an die Regierungserklärung des

Bundeskanzlers vom gestrigen Tage erinnern – ich erinnere sehr bewußt daran; ich weiß, daß auch die anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages diese Aussage unterstützen, und sie hat gerade in der jetzigen Stunde ihr Gewicht –

Ich erkläre gegenüber der neuen DDR-Regierung meine Bereitschaft, einen Weg des Wandels zu stützen, wenn sie zu Reformen genügen nicht. Kosmetische Korrekturen genügen nicht. Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird. Die SED muß auf ihr Machtmonopol verzichten, muß unabhängige Parteien zulassen und freie Wahlen verbindlich zusagen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Unter dieser Voraussetzung – ich wiederhole dies ebenfalls sehr nachdrücklich –

bin ich auch bereit, über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind historische Prozesse, die wir erleben, in Ungarn, in Polen, aber jetzt auch in der DDR. Darüber müssen wir uns auch in

der eigenen Bevölkerung im klaren sein. Die Chancen und Perspektiven, die sich hier auf friedliche Weise eröffnen, erfordern ein ganz hohes Maß an Solidarität, Solidarität, die jetzt in der Bundesrepublik in einer außergewöhnlichen Weise gefragt ist und von der ich überzeugt bin, daß sie auch praktiziert wird. Wir, die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, sollten gemeinsam an unsere Bevölkerung appellieren, diese Solidarität in einer historischen Stunde auch unter Beweis zu stellen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Wort erhält der Abgeordnete Vogel.



Rudolf Seiters Hans-Jochen Vogel

## Ruf nach freien Wahlen

### Bundestag debattiert Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Die Forderung nach freien Wahlen in der DDR, die Thematik der Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen standen im Vordergrund der Parlamentsdebatte vom 8. November über den „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Ungeteilten Respekt zollten Sprecher aller vier Bundestagsfraktionen den Menschen in der DDR, die seit Wochen mit friedlichen Demonstrationen die politischen Veränderungen dort vorantreiben. Gleichzeitig äußerten sie ihr Verständnis für jene, die trotz der beginnenden Umgestaltung in der DDR ihre Heimat verlassen.

Als weitere Bedingungen für eine „neue Dimension“ wirtschaftlicher Hilfe an die DDR nannte Bundeskanzler Kohl den Verzicht der SED auf ihr Machtmonopol und die Zulassung unabhängiger Parteien. Den „grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern ist unsere nationale Aufgabe“, hob er hervor. Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Vogel bot der Bundesregierung die Zusammenarbeit sowohl bei der Unterstützung des Reformprozesses in der DDR als auch bei der Lösung der durch die große Flüchtlingszahl entstehenden Probleme an. Gemeinsame Arbeitsgruppen von Regierung, Opposition und Fachleuten sollten entsprechende Konzepte erarbeiten. Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, SPD, schlug vor, in Berlin einen

dem Beispiel des Grundgesetzes haben“. Für die FDP-Fraktion betonte deren Vorsitzender Wolfgang Mischnick, daß der Reformprozeß in der DDR ein Schritt zur Überwindung der Teilung sei. Die Einheit Deutschlands sei für ihn ein „zukunftsgewandtes europäisches Friedensziel“.

Dagegen zitierte SPD-Fraktionschef Vogel Erklärungen von Oppositionsgruppen in der DDR, die die Existenz zweier deutscher Staaten auf absehbare Zeit als Grundlage für die weitere Entwicklung dort betrachteten. Vogels Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, der Abgeordnete Horst Ehmke, vertrat die Auffassung, in der DDR stehe nicht die Einheits-, sondern die Freiheitsfrage auf der Tagesordnung. Wer immer wieder die „Platte der Wiedervereinigung“ spiele, störe den Reformprozeß. Für die GRÜNEN erklärte Fraktionssprecherin Antje Vollmer, die Rede von der Wiedervereinigung sei überholt. Der Reformprozeß in der DDR stehe in diesen Wochen eine eigene DDR-Identität.

Nachstehend werden Auszüge aus der Debatte dokumentiert.

Dr. Vogel (SPD):

### Nach Worten folgen Taten

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen die Entscheidung, die von der DDR-Führung heute getroffen worden ist. Die Einzelheiten bedürfen noch der Prüfung, aber schon jetzt steht fest: Diese Entscheidung bedeutet, daß die Mauer nach 28 Jahren ihre Funktion verloren hat.

Sie werden verstehen, daß sich mein Blick in diesem Augenblick auf Willy Brandt richtet, den Regierenden Bürgermeister von Berlin am dem Tage, an dem 13. August 1961, an dem dieses inhumane Bauwerk entstanden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der GRÜNEN)

Die Entscheidung bedeutet weiter, daß wir der Freizügigkeit in Deutschland ein wesentliches Stück näher gekommen sind. Sie bedeutet aber auch, daß die neuen Männer in Ost-Berlin ihren Ankündigungen und Worten offener Taten folgen lassen. Das verstärkt

unsere Erwartung und unsere Hoffnung, daß auch die anderen Forderungen, insbesondere die Forderung nach freien Wahlen in der DDR, bald erfüllt werden.

Die Einrichtung eines runden Tisches, wie er in Polen und in Ungarn den Übergang zu mehr Freiheit und Demokratie ermöglichen wird, ist jetzt auch dort die Hoffnung der Menschen.

Das Ende der Mauer, das sich damit abzeichnet, ist ein bewegendes Ereignis. Wir sollten in diesem Moment unserer Entschlossenheit Ausdruck geben, Auseinandersetzungen, die sonst geführt werden müssen, zurückzustellen und gemeinsam eine große Anstrengung zu unternehmen, damit die Menschen, die in der DDR zu Hause sind, dort zu Hause bleiben können und sich für die Veränderung ihrer Situation einsetzen und engagieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der bewegende Appell von Christa Wolf vom gestrigen Abend hat damit eine konstruktive Antwort gefunden.

Wir respektieren auch die Entscheidung derer, die zu uns kommen. Sie machen von einem verbrieften Grundrecht Gebrauch. Aber wir bitten sie, zu überlegen, ob jetzt nicht die Hoffnung für die Zukunft in der DDR stärker geworden ist.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dregger (Seite 2).

Dr. Kohl, Bundeskanzler:

### Freiheit und Einheit



Helmut Kohl (59), Bundeskanzler

Die Förderung eines grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandels in der DDR ist eine „nationale Aufgabe“. Dies hebt Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vor dem Deutschen Bundestag hervor. Gegenüber der neuen SED-Führung in Ost-Berlin erklärt er seine Bereitschaft, einen Weg des Wandels zu stützen, wenn sie zu Reformen bereit ist. Kosmetische Korrekturen genügen jedoch nicht. Im einzelnen fordert er, daß die SED ihr Machtmonopol aufgibt, unabhängig Parteien zuläßt und verbindlich freie Wahlen zusichert. Unter diesen Voraussetzungen sei er bereit, „über eine neue Dimension“ wirtschaftlicher Hilfen zu sprechen. Kohl zeigte sich überzeugt, daß die Menschen in der DDR bei einer freien Entscheidung sich für Freiheit aussprechen würden. Die Bundesregierung halte an ihrem deutschlandpolitischen Kurs fest, der durch das Grundgesetz vorgegeben sei: „Voraussetzung für die Wiedervereinigung in Freiheit ist die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch alle Deutschen.“ Wörtlich heißt es in seinem Bericht u. a.:

Freie Selbstbestimmung für alle Deutschen, das war, ist und bleibt das Herzstück unserer Deutschlandpolitik. Freie Selbstbestimmung, das war, ist und bleibt auch der Wunsch, ja die Sehnsucht unserer Landsleute in der DDR.

ten Menschen in Berlin, in Leipzig oder in Dresden, in Schwerin, in Plauen und in anderen Städten der DDR? Sie rufen: „Wir sind das Volk!“, und ich bin sicher, ihre Rufe werden nicht mehr verhallen.

Unsere Landsleute, die täglich für Freiheit und Demokratie auf die Straße (Fortsetzung auf Seite 2)

**GUTSCHEIN**  
für ein wöchentliches einmaliges kostenloses Probeabonnement der Wochenzeitung  
DAS PARLAMENT

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Postleitzahl und Ort \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und mit deutlichem Absender einschieben an:  
DAS PARLAMENT,  
Vertrieb, Fleischstraße 62-65,  
5500 Trier

DAS PARLAMENT, Vertrieb, Postfach 3040, 5500 Trier, Gebühr bezahlt, N 5544 C

Die Wochenzeitung DAS PARLAMENT will in möglichst umfassender Weise über die parlamentarischen Verhandlungen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat sowie im Europäischen Parlament und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates informieren. Ausgewählte Beratungen werden – da der vorhandene Platz die vollständige Wiedergabe der Reden in den Bundestagsdebatten nicht zuläßt – nur in Auszügen dokumentiert. DAS PARLAMENT ist nicht das amtliche Protokoll des Bundestages oder des Bundesrates.

Diese Ausgabe ist eine Doppelseite. Die nächste Zeitung DAS PARLAMENT erscheint am 1. Dezember 1989.



# Das Parlament

Mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“

51. Jahrgang / Nr. 39

Berlin, den 21. September 2001

Einzelpreis 1,50 DM / A 5544

## In dieser Ausgabe



Das brennende World Trade Center nach den Terroranschlägen bestimmt die Politik in aller Welt. Foto: dpa

### Hinter den Kulissen

Nach den Anschlägen von New York: Welche Rolle spielt künftig die Bundeswehr? ... 2

Horrorvision: Mögliche Angriffe auf Atomkraftwerke ... 2

### Inland

Trauer – Entsetzen – Ängste: Tage, an denen die Berliner Amerikaner wurden ... 3

Keine Macht dem Terror. Ansprache von Bundespräsident Johannes Rau am 14. September vor dem Brandenburger Tor ... 3

### Ausland

Amerika nach den Anschlägen von New York und Washington: Kein Nachgeben gegenüber dem Terror ... 4

„Meine Hände zittern“. Washingtoner Tagebuch eines Augenzeugen ... 4

Auge um Auge und Zahn um Zahn ist keine Lösung. Der Nahe Osten am Scheideweg ... 5

Guerrillas und gemäßiger Islam. Momentaufnahmen aus Kaschmir und aus Tadschikistan ... 5

Gespaltene Nuklearmacht. Pakistan angesichts möglicher Schläge gegen die Taliban vor der Zerfallprobe ... 6

Erfolg für die vereinten Nationen: Erste freie Wahlen in Ost-Timor ... 6

### Europa

Demokratisch, aber teuer. EU-Parlament hält auch nach Erweiterung an Mehrsprachigkeit fest ... 7

Panorama

Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Wer sind wir? Nach den Terrorakten in den USA gewinnt die Neueröffnung des jüdischen Museums in Berlin ungeahnte Aktualität ... 8

Das Politische Buch

Terrorismus als weltweites Phänomen. Literatur zum Thema ... 9

Kehrseite

Terror und innere Sicherheit: Schily legt Maßnahmenbündel vor ... 10

Bundestag

Wir stehen zu unseren Verpflichtungen. Regierungserklärung des Bundeskanzlers und Erklärungen der Fraktionsvorsitzenden nach den Anschlägen in Amerika ... 11-12

Abgebrochene Haushaltsdebatte. Bundesfinanzminister Eichel bringt den Haushalt 2002 ein; die Aussprache wird aber nach Bekanntwerden der dramatischen Ereignisse in den USA nicht weiter fortgesetzt ... 12-20

Beilage

Beiträge zu aktuellen Fragen und Problemen der neuen Bundesländer: Die Einheit – Glücksfall oder Danaergeschenk? Politische Kultur in Ostdeutschland. Bürgerschaftliches Engagement. Abwanderungen seit 1989. Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse. Autoren: Johannes L. Kuppe, Alexander Thumfart, Roland Roth, Nikolaus Werz, Brigitte Geißel und Birgit Sauer.

In der nächsten Ausgabe

Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA und Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates sowie der NATO.

Das Parlament Postfach 3040 54220 Trier Postvertriebsstück A 5544 Entgelt bezahlt

4394560401503

## Bundestag sagt USA militärische Hilfe zur Terrorbekämpfung zu

# Uneingeschränkte Unterstützung für die Vereinigten Staaten

Berlin – Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag den USA Solidarität und militärische Hilfe für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zugesagt. Für den Entschließungsantrag von SPD, Union, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP stimmten in einer Sondersitzung des Parlaments am Mittwoch 565 von 611 Abgeordneten. 40 Parlamentarier stimmten dagegen, sechs enthielten sich. Zuvor hatten die Abgeordneten in einer Debatte über die Folgen und Aufgaben aus dem terroristischen Anschlag gegen das World Trade Center und das Pentagon einmütig Solidarität mit den Vereinigten Staaten geübt. In einer Re-

gierungserklärung betonte Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Unser Bekenntnis zur politischen und moralischen Solidarität mit den USA ist in diesen Tagen mehr als eine bloße Selbstverständlichkeit. Gerade hier in Berlin werden wir Deutschen niemals vergessen, was die Vereinigten Staaten für uns getan haben.“ An der Seite der Verbündeten zu stehen heiße, dass Deutschland zu Risiken bereit sei, auch im Militärischen, jedoch nicht zu Abenteuer, erklärte der Bundeskanzler. „Diese werden von uns dank der besonnenen amerikanischen Haltung auch nicht verlangt und sicher auch nicht verlangt werden“, fügte er hinzu. Jetzt gelte es,

eine internationale Allianz gegen den Terrorismus zu schmieden. Deutschland befände sich nicht in einem Krieg gegen die islamische Welt insgesamt. Gerhard Schröder erklärte, dass er die Sorgen der Bürger in diesem Konflikt ernst nähme, aber es gebe nach derzeitiger Einschätzung keinen Anlass zu Furcht oder Panik. „Die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden haben entschlossen reagiert und sind weiterhin wachsam.“ Die Werte der Menschlichkeit, der freiheitlichen Demokratie und der Toleranz seien die große Stärke im Kampf gegen den Terrorismus. „Diese Werte sind unsere Identität. Wir werden sie verteidigen“, schloss der Bundeskanzler unter langanhaltendem Beifall des gesamten Hauses.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz forderte ein klares Ja zur Gemeinschaft der freien Völker, der NATO und der Vereinigten Staaten. „Dies ist nicht die Zeit für ein Ja, aber.“ Es müsse alles getan werden, die Täter und deren Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen. Die USA hätten sehr besonnen auf den mörderischen Anschlag reagiert, sagte der Fraktionsvorsitzende. Ergebnis sei eine noch nie dagewesene Allianz gegen den internationalen Terrorismus. Friedrich Merz zitierte Wilhelm von Humboldt, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gäbe. Im Namen der Opposition bot er der Koalitionsregierung eine nationale Allianz gemeinsamer Aktionen für die Sicherheit des Landes an.

Auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle unterstützte die Regierungserklärung, es gehe angesichts der ernsten Lage nicht um Parteienstreit. Deutschland verdiene eine parteiübergreifende Verantwortung. Die Bevölkerung erwarte von den Politikern durchdachte Konzepte, damit der Frieden in Deutschland erhalten bleibe, unterstrich Westerwelle. „Wir brauchen keine Vorkriegsszenarien, sondern Friedenslösungen.“

Zuvor hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck die Anschläge als

„Angriffe auf die gesamte zivilisierte Welt“ bezeichnet. Deutschland dürfe sich nicht aus dem Kampf gegen den Terrorismus heraushalten, auch Europa sei im Visier seiner Netzwerke. Die Vereinigten Staaten hätten wohl überlegt begonnen, eine breite Koalition gegen die Terroristen zu schmieden. Struck verwies auf die wichtige Rolle der Vereinten Nationen in diesem Kampf.

Der Anschlag vom vergangenen Dienstag habe den offenen Gesellschaften und der Demokratie gegolten, hob die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kerstin Müller, hervor. Eine freie Gesellschaft sei immer angreifbar. „Wir können uns nicht wegdrücken, weil wir Teil dieser Wertegesellschaft sind“, sagte Kerstin Müller. Das Völkerrecht könne jedoch weder Vergeltung noch Rache, weshalb die große internationale Übereinstimmung im Kampf gegen den Terror auch eine internationale Hoffnung sei.

Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Fraktion, nannte die Logik des Todes die Logik der Terroristen. Dass seine Partei den NATO-Ratsbeschluss nicht mittrage, sei kein Ausdrück von Antiamerikanismus.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wie der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt wiesen darauf, dass die Haushaltsdebatte der kommenden Woche angesichts der Ereignisse neue Prämissen setzen müsse.

Der Terroranschlag sei auch eine Chance für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft, betonte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer. Die Allianz sei kein Schönwetterbündnis. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hat vor dem Parlament die Bundeswehr auf einen eventuellen NATO-Einsatz eingestimmt.

„Der Beitrag der Bundesrepublik wird erwartet, er wird geleistet, weil er unseren ureigensten Interessen entspricht“, bekräftigte der Minister. Es dürfe nicht blutigen Terroristen überlas-



Bundeskanzler Gerhard Schröder während seiner Regierungserklärung.

sen sein, zu entscheiden, wann und wo Menschen erneut in den Tod gerissen würden.

Bundesinnenminister Otto Schily kündigte einen „langen und schwierigen Kampf“ gegen den Terrorismus an. Das wichtigste Mittel sei die Aufklärung möglicher Aktivitäten. „Gegenwärtig besteht keine Gefahr, aber es sollte sich niemand über den Ernst der Lage täuschen“, betonte der Redner. Die Sicherheitssituation könne sich in kürzester Frist verändern. Dennoch halte er an dem für diese Legislaturperiode geplanten Zuwanderungsgesetz fest. „Ich werde mich von diesem Projekt nicht verabschieden. Das wäre ein Sieg der Terroristen.“

Detlev Lücke



Die Führung der CDU/CSU-Fraktion applaudiert Bundeskanzler Gerhard Schröder bei dessen Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in den USA. Fotos: dpa

## Nach den Terroranschlägen auf New York und Washington

# Bundestag solidarisch mit den Betroffenen Nichts zu verschenken

Berlin – Nach den fürchterlichen Terroranschlägen auf das Pentagon in Washington und das World Trade Center in New York am 11. September steht Deutschland solidarisch an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. Redner aller im Bundestag vertretenen Parteien sicherten am Tag nach den Anschlägen den Angehörigen der Opfer und der US-Regierung ihre Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zu.

In einer Regierungserklärung unterstrich Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass Deutschland „in dieser schweren Stunde fest an der Seite Amerikas“ stehe. „Gemeinsam werden wir uns dieser verheerenden Herausforderung gewachsen zeigen“, erklärte Schröder vor dem Bundestag. Zugleich sagte der Kanzler den USA jede gewünschte Hilfe bei der Verfolgung der Drahtzieher zu.

Die Werte der zivilisierten Welt müssten gemeinsam verteidigt werden, denn Sicherheit sei heute nicht mehr teilbar.

Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, betonte, niemand habe in diesen schweren Stunden so viel Grund, nun Solidarität mit Amerika zu zeigen, wie die Deutschen. Jeder parteipolitische Streit habe jetzt zurückzustehen.

Für die SPD-Fraktion stellte deren Vorsitzender Peter Struck fest: „Wir alle müssen wissen, dass die Angriffe nicht nur Tausende von Amerikanern getötet haben, sondern dass sie auch die gesamte Welt getroffen haben. Heute sind wir alle Amerikaner.“

„Der Geist der Menschen, die für den Anschlag verantwortlich sind, darf niemals obliegen.“ Dies unterstrich der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Gerhardt. Zu Gewalt und Unterdrückung gebe es keine Alternative.

Als einen „Anschlag auf die offene Gesellschaft überhaupt“, wertete der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Rezzo Schlauch. Tat und Täter spotteten „der Demokratie und der Freiheit, indem sie die Verwundbarkeit offener Gesellschaften“ demonstrierten.

Nach den Worten von Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Fraktion, rechtferdigte nichts, „absolut nichts diesen kriegerischen Akt“.

Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und Erster Stellvertreter der Vorsitzenden der Unionsfraktion hob hervor: „Vieles wird nach dieser feigen und furchtbaren Tat anders sein.“ Der gemeinsame Einsatz für „Freiheit und Recht, gegen Terror und Verblendung“ dürfe aber niemals erschüttert werden.

Günter Pursch

Erklärungen auf den Seiten 11 und 12

## Sondersitzung des Europäischen Parlaments

# Europäer stehen an der Seite der USA

Brüssel – In einer Sondersitzung hat das Europäische Parlament einen Tag nach den Terroranschlägen gegen die USA seine Trauer und Solidarität mit dem amerikanischen Volk zum Ausdruck gebracht. Parlamentspräsidentin Nicole Fontaine versicherte, die Europäer ständen fest an der Seite der Vereinigten Staaten. Fontaine erinnerte daran, was die USA für die Freiheit in Europa getan haben.

Der 11. September 2001 rufe nach einer engen Kooperation zur Strafverfolgung der Attentäter. Dieser Terroranschlag fordere die internationale Gemeinschaft jedoch auch auf, mit friedlichen Mitteln jene Konflikte zu lösen, die den Fanatismus hervorbringen oder nähren. Die Europäische Union werde nun dann glaubwürdig sein, wenn sie eine gemeinsame Politik der Terrorismusbekämpfung betriebe. Die innenpolitische Zusammenarbeit sei seit dem Gipfel von Tampere nicht schnell genug vorangekommen. Europa müsse dringend auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickeln. Hierzu sollte ein außerordentlicher EU-Gipfel stattfinden.

In seiner Funktion als EU-Ratsvorsitzender bezeichnete der belgische Premierminister Guy Verhofstadt den Anschlag als barbarischen Akt gegen ein mit der EU befreundetes Volk. Die Europäer müssten nun ihre große Verbun-

denheit zum Ausdruck bringen und zeichnen, wie sehr heute alle Amerikaner seien.

Kommissionspräsident Romano Prodi verwies darauf, dass Europa eine gemeinsame Haltung bei der Bekämpfung des Terrorismus entwickeln müsse. Die Kommission werde hierzu Vorschläge unterbreiten. Europa müsse seine Rolle neu bestimmen und es müsse die Gemeinsamkeit aller Länder suchen, die dieselben Werte verfolgten. Aber auch die Solidarität innerhalb Europas müsse weiter gefördert werden.

Hans-Gert Pötering (EVP/D) erklärte, der Anschlag habe sich gegen alle europäischen Ideale gerichtet. Gemeinsam mit den USA müssten nun die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen sowie insgesamt der Terrorismus bekämpft werden. Bei der Verfolgung der Attentäter sei es jedoch wichtig, sich vor Verallgemeinerungen zu hüten und mit den arabischen Ländern, die sich dem Frieden verpflichtet fühlten, eine Partnerschaft einzugehen.

Enrique Baron Crespo (SPE/E) erklärte, seine Fraktion teile die Entrüstung und das Erschrecken und empfinde tiefe Solidarität mit den Familien der Opfer. Letzte Woche, als das Parlament die Entschuldig gegen den Terrorismus verabschiedete, habe es sich um ein europäisches Problem gehandelt. Jetzt habe sich die Situation gravierend geändert. Der

Terrorismus stelle nun ein globales Problem dar.

Patrick Cox (LIB/IRL) sagte, am 11. September sei in der Geschichte der Menschheit mit dieser Kriegstat eine Schwelle überschritten worden. Die gemeinsame Reaktion sollte auf breiter Basis gegen den Terrorismus stattfinden, dürfe sich aber nicht gegen den Islam und die arabische Welt im Ganzen richten.

Für die Grünen forderte Heidi Hautala (FIN), dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei vor einem internationalen Gericht abzuurteilen. Eine solche Institution sei mehr denn je notwendig. Sie hoffe auf eine Änderung der amerikanischen Position. Angriffe auf verdächtige Länder aber würden noch mehr Tote verursachen und weitere Anschläge provozieren. Ein solcher Teufelskreis der Gewalt müsse vermieden werden. Gegen den Terrorismus müsse bereits an seinen Wurzeln angegangen werden.

Francis Wurtz (VEL/F) erklärte, die Ereignisse seien ein Trauma, das wahrscheinlich noch zunehme, wenn die Dimension des Grauens begriffen werde. Bei der Suche nach den Schuldigen entspreche die Versuchung, einen starken Gegenspieler zu finden. Fanatische Kriminelles dürften aber nicht mit Völkern gleichgesetzt werden, deren Vertreter ihre Solidarität mit Amerika bekundet hätten.

Hartmut Hausmann

## Bundestag/Haushaltsmarathon gestartet

# Nichts zu verschenken

Berlin – Bundesfinanzminister Hans Eichel hat am 11. September den Bundeshaushalt für das Jahr 2002 im Deutschen Bundestag eingebracht. Die Beratungen des Etats, das „Königsrecht“ des Parlaments, finden traditionell in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause des Bundestages statt und gelten als wichtige Positionsbestimmung von Regierung und Opposition. Diesmal war das Geschehen in Berlin jedoch überschattet durch die Terrorakte in den USA; nach der Einbringung wurden die weiteren Beratungen abgebrochen und sollen erst wieder in der letzten Septemberwoche aufgenommen werden.

Der Entwurf – erstmals in Euro erstellt – sieht für das nächste Jahr Ausgaben in Höhe von 247,8 Milliarden Euro bei einer Neuverschuldung von 21,1 Milliarden vor. Eichels Finanzpläne sehen bis zum Jahr 2005 eine Steigerung der Ausgaben auf 254,4 Milliarden bei einem Senken der Neuverschuldung auf 5 Milliarden Euro vor. Ab dann soll der Haushalt ausgeglichen sein.

Eichel betonte in seiner Rede, die Versuchung, „hätte sicherlich groß sein können, einen Wahlhaushalt vorzulegen und somit ‚Wahlgeschenke zu verteilen‘. Wahlgeschenke hießen aber, den Bürger um sein eigenes Geld zu prellen. Der Minister verwies auf die moderate Steigerung des Etats um nur 1,6 Prozent und auf die „grundlegende Wende in der Finanzpolitik hin zu Langfristigkeit und Solidarität“; raus aus der Schuldenfalle, beschäftigungsfreundliche Steuerpolitik und Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben und der Staatstätigkeit. Gegen Mehrausgaben, wie sie von der Union etwa für den Bereich der Bundeswehr gefordert werden, sprach sich Eichel sehr nachdrücklich aus. Die Steuerreformpläne der CDU/CSU insgesamt bedeuteten einen Steuerausfall von 175 Milliarden Mark; dies sei lediglich „ein Gag“.

Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, wehrte sich gegen Eichels Vorwürfe, die frühere Bundesregierung habe einen großen Schuldenberg hinterlassen. Trotz des „UMTS-Geschenks“ habe der Finanzminister in den letzten Jahren 180 Milliarden Mark neue Schulden aufgehäuft. Und: „Seit Sie an der Regierung sind, kennen wir das Stichwort Inflation wieder.“ Austermann erklärte, der Haushaltsentwurf eigne sich kaum als Arbeitsgrundlage. In den weiteren Beratungen wolle sich die CDU/CSU darum bemühen, „von Beginn an die Weichen anders zu stellen, und zwar für mehr Wachstum, für eine Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie für besser geordnete Staatsfinanzen“.

## Bundestag/Haushaltsmarathon gestartet

# Nichts zu verschenken

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Joachim Poß, warf seinem Vorgesetzten vor, mit einem „Sammelrummel von Halb- und Unwahrheiten sowie schiefen Vergleichen“ schaffe man kein Vertrauen. Vielmehr halte man mit dem Haushaltsentwurf 2002 Kurs. Die Menschen hätten gespürt, „dass wir ein neues Denken in die Finanzpolitik eingeführt haben“. Man stehe für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Die „verwirrenden steuerpolitischen Vorschläge aus den Reihen der Opposition“ zeigten nur, dass man sich aus der Haushaltspolitik verabschiede.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Günter Rexrodt erklärte für die FDP-Fraktion, in diesem Haushaltsentwurf gebe es zwei große Fallen: das Dilemma einer schlechten Wirtschaftsleistung mit hoher Arbeitslosigkeit und relativ fallende Steuereinnahmen. Außerdem seien die Investitionsausgaben auf „eine historisch niedrige Quote zurückgeführt“ worden. Rexrodt warf der Regierung vor, die Strukturprobleme nicht angepackt zu haben; dies sei „Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit und Ihres mangelnden Mutes bei der Bewältigung der anstehenden Probleme“.

Der Obmann der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Haushaltsausschuss des Bundestages, Oswald Metzger, mahnte dagegen, auch in einem Wahljahr Kurs zu halten und mit der Konsolidierung des Etats fortzufahren. Neben der Steuersenkung sei die Reduzierung der Nettokreditaufnahme die „zweite Leitplanken“; dies zeige, man sei „auf dem Pfad der finanzpolitischen Tugend in der Tat ein ganz erhebliches Stück vorangekommen“. Man habe die Chance, die Ersparnisse bei den Ausgaben für Zinsen für höhere Zukunftsinvestitionen, vor allem bei Bildung, Forschung und Technologie, einzusetzen.

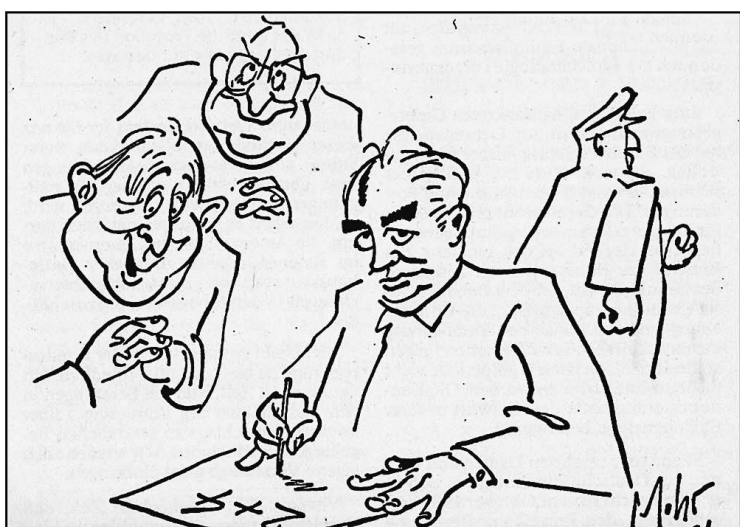
Die haushaltspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Christa Luft, wandte gegen den Etatentwurf generell ein, es solle gespart werden – aber an den richtigen Stellen. Die von „Rot-Grün gefeierte so genannte große Steuerreform“ habe nicht die beschäftigungspolitische Wirkung gehabt und vielmehr große Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen. Ins Fäustchen könnten sich nur die Kapitalgesellschaften lachen, denn deren Steuererfordernisse seien gesunken. „Wir fordern ein Ende der beschäftigungspolitisch kontraproduktiven Finanzpolitik“, sagte Christa Luft, und befürwortete eine Aufstockung der Investitionen, wobei auch „das Anrühren der Nettoneuverschuldung“ kein Tabu sein darf.

O. Ulrich Weidner

Debatte auf den Seiten 12 bis 20



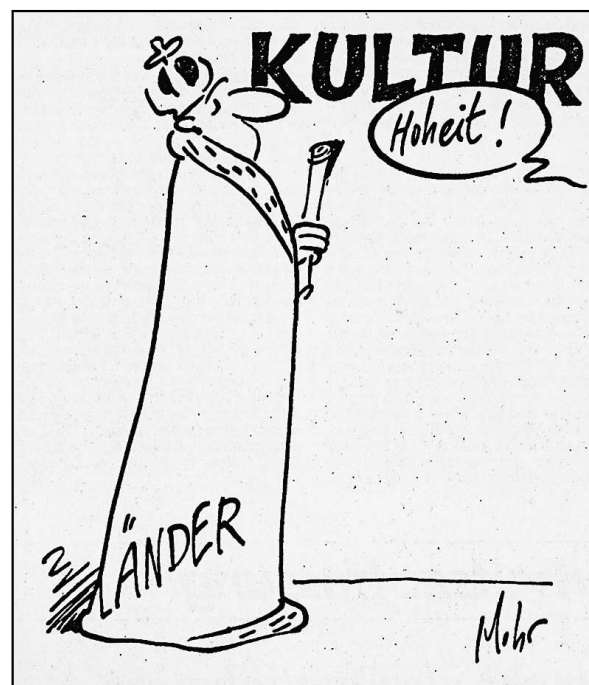
KARIKATUREN AUS 60 JAHREN



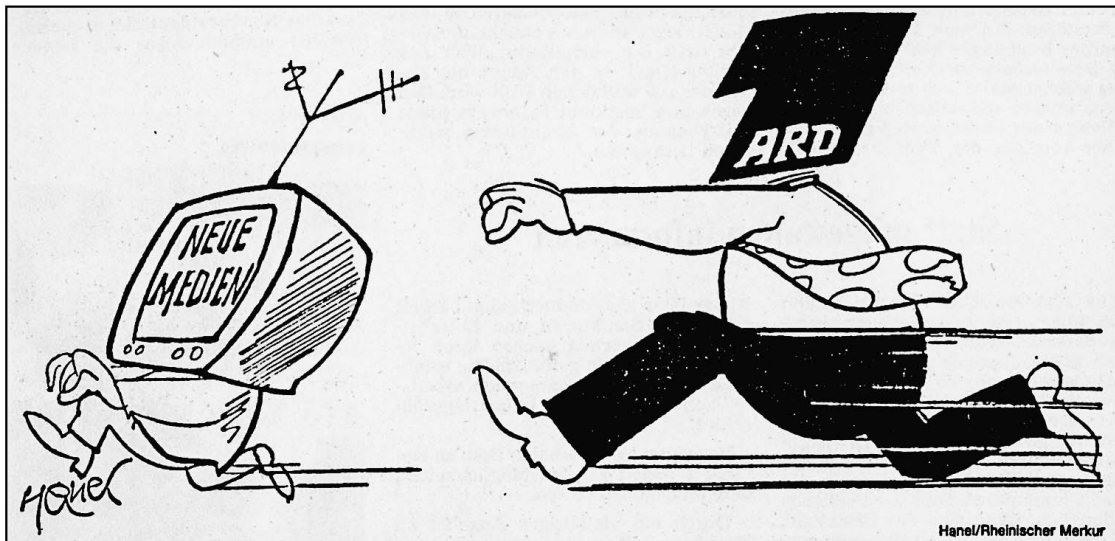
erschienen am 8./15.03.1991



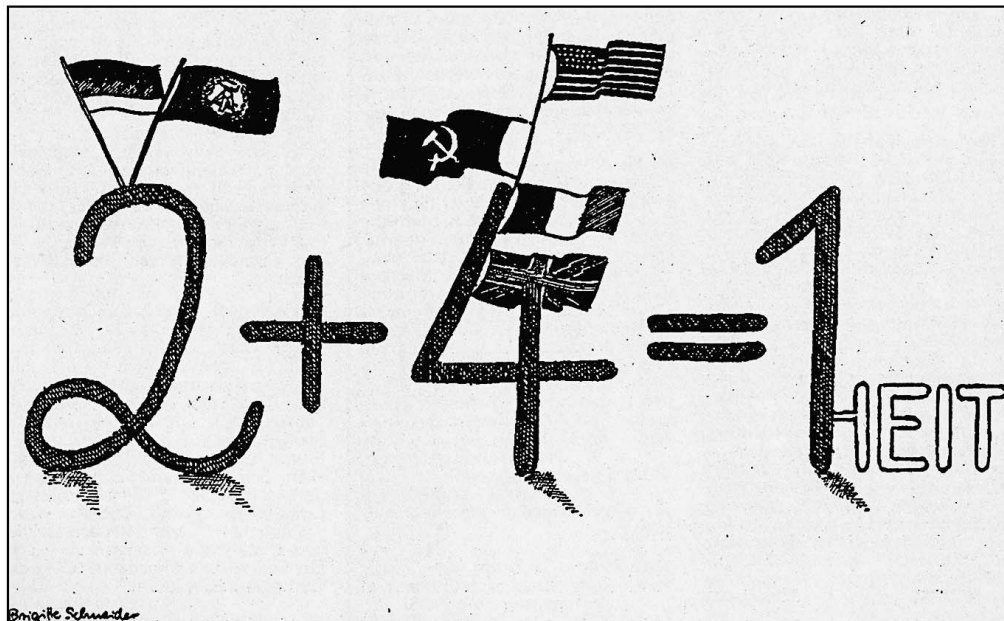
erschienen am 23.07.1952



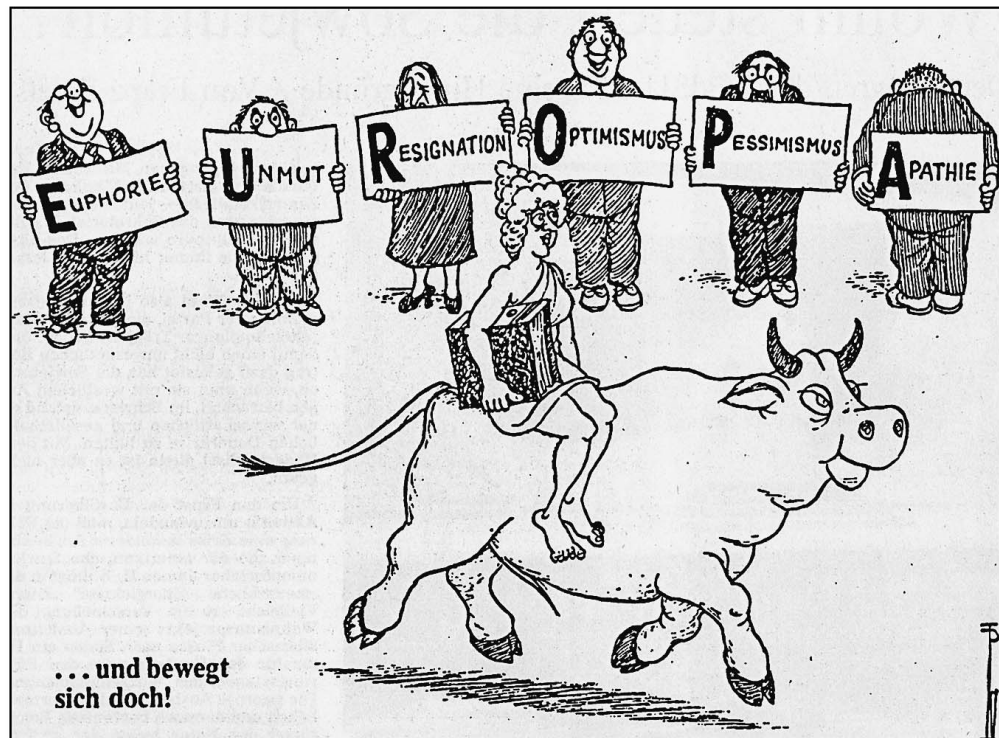
erschienen am 21.09.1985



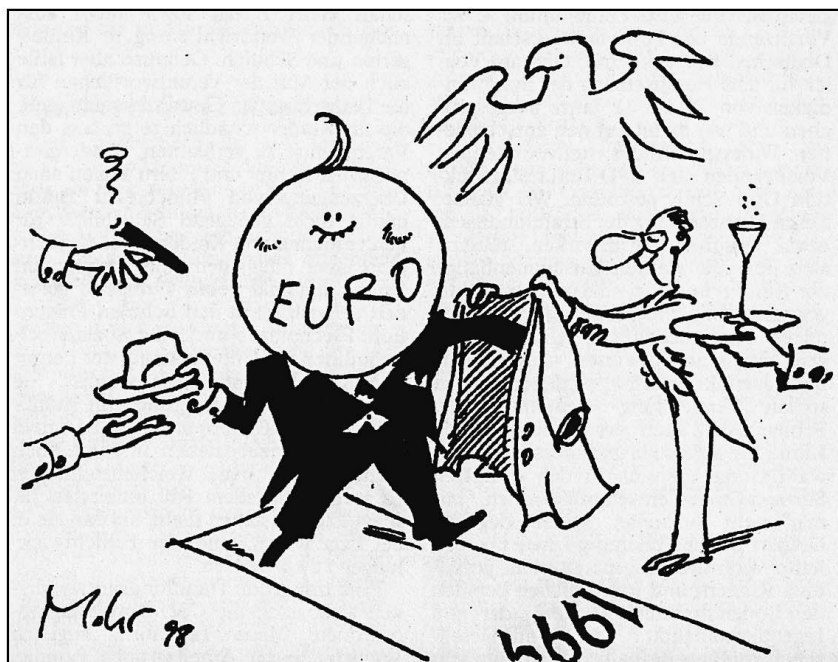
erschienen am 30.08.1986



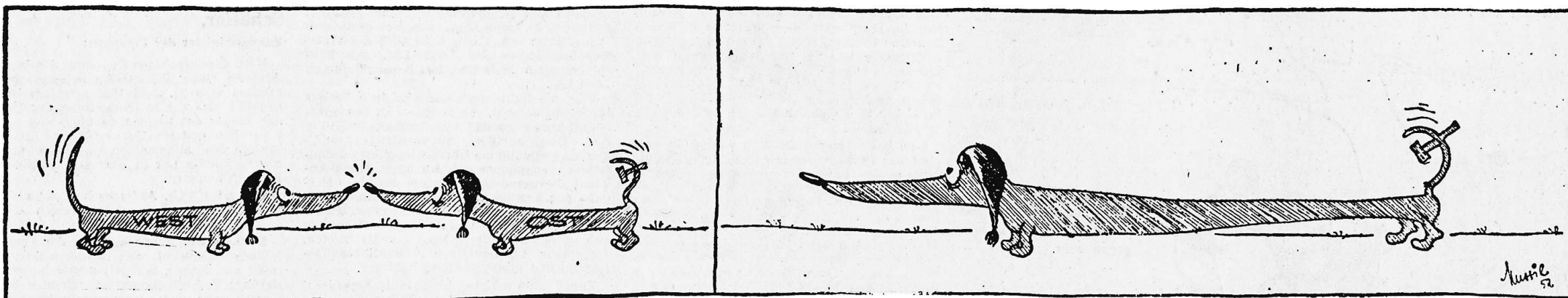
erschienen am 22.05.1990



erschienen am 22.03.1986



erschienen am 10./17.04.1998



Die Wiedervereinigung

Wie sie sich die Sowjets vorstellen!

erschienen am 26.03.1952

NACHRUF

Georg Leber ist tot – »Mann mit festen Grundsätzen und großem Herzen«



Georg Leber, einer der prägenden Politiker der Nachkriegs-SPD, ist am vergangenen Dienstag mit 91 Jahren gestorben. Er war in den Kabinetten Kiesinger, Brandt und Schmidt seit 1966 Bundesminister, zunächst für Verkehr und Post. Populär wurde der gelehrte Mauer aus dem Westerwald als Verteidigungsminister ab 1972. Leber führte die Bundeswehr-Universitäten ein und ernannte die ersten Frauen zu Sanitätsoffizieren. Mit seiner Fürsorglichkeit wurde er eine Vaterfigur der Wehrpflichtigen. Durch seinen Rücktritt 1978 übernahm »Schorsch« Leber, wie er wegen seiner volkstümlichen Art genannt wurde, die Verantwortung für einen ungemächlichen Lauschangriff des Militärischen Abschirmdienstes. Als Verteidigungsminister war der rechte Sozialdemokrat immer wieder in Konflikt mit dem linken Parteiflügel geraten. Leber war von 1957 bis 1983 Mitglied des Bundestags, wo er zeitweise den Wahlkreis Frankfurt am Main vertrat. Von 1979 bis zum Ausscheiden aus dem Parlament war er Bundestags-Vizepräsident. Der Wille zum Aufstieg nach dem Krieg prägte den Lebensweg des 1920 im hessischen Obertiefenbach bei Limburg geborenen Leber. Nach Tätigkeit im Baugeberbe engagierte er sich in der IG Bau-Steine-Erden und wurde 1957 Chef der Gewerkschaft. Nach dem Abschied aus der Politik vermittelte er in Tarifkonflikten. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Leber als »Mann mit festen Grundsätzen und einem großen Herzen – als Verteidigungsminister und »Soldatenvater« ebenso wie als langjähriger Abgeordneter und Vizepräsident des Deutschen Bundestages.« kru

NACHRUF

Trauer um Jürgen Herrmann



Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Herrmann verstarb am 11. August im Alter von 49 Jahren. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Brakel/Westfalen trat 1982 in die CDU ein und war seit 1999 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Höxter. Der Direktkandidat des Wahlkreises Höxter-Lippe vertrat seinen Wahlkreis seit 2002 für die CDU. Er engagierte sich seit 2009 im Haushaltsausschuss und war Vorsitzender der Deutsch-Australisch-Neuseeländischen Parlamentariergruppe. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach sein Beileid aus: »Sein Tod ist ein großer Verlust, auch für den Deutschen Bundestag.« jbb/blmh

LESERPOST

Zur Ausgabe 29-31, »Rassismus im Stadion« vom 16.07.2012, Seite 11 Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass sich »Das Parlament« des Themas »Rassismus im Stadion« angenommen hat und, wie ich finde, in der Kürze des Artikels einen guten, schlaglichtartigen Überblick über die aktiven Organisationen in diesem Gebiet gegeben hat. Neben der klassischen Arbeit mit Fangruppierungen wird meiner Meinung nach in Zukunft die präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen an Bedeutung gewinnen. Unser Verein »Show Racism the Red Card – Deutschland e.V.« (»Rote Karte für Rassismus – Deutschland e.V.«) engagiert sich an dieser Schnittstelle von Bildungsarbeit und unternehmerischer Sozialverantwortung der Vereine; Vorbild hierfür ist das aus England stammende Projekt »Show Racism the Red Card«. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Bundesliga-Vereinen hat unsere Initiative deutschlandweit schon über 80 Workshops gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt im Fußball veranstaltet.

Andreas Hellstab, Berlin

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von »Das Parlament« erscheint am 17. September 2012.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 10.-14.09.2012  
Haushaltsjahr 2012 (Di-Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Carl-Ludwig Wagner †  
Bundestagsabgeordneter 1969-1976,  
CDU

Am 27. Juli starb Carl-Ludwig Wagner im Alter von 82 Jahren. Der promovierte Jurist, CDU-Mitglied seit 1951, amtierte von 1976 bis 1979 als Trierer Oberbürgermeister. Von 1982 bis 1988 war er Finanzminister in Rheinland-Pfalz und von 1988 bis 1991 Ministerpräsident.

>Friedrich Voss †  
Bundestagsabgeordneter 1976-1990,  
CSU

Friedrich Voss starb am 27. Juli im Alter von 81 Jahren. Der promovierte Jurist gehörte als Landesschatzmeister von 1981 bis 1991 dem Präsidium und dem Vorstand der CSU an. Voss war von 1982 bis 1990 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen.

>Cornelie Sonntag-Wolgast  
Bundestagsabgeordnete 1988-2005,  
SPD

Am 29. August wird Cornelie Sonntag-Wolgast 70 Jahre alt. Die promovierte Germanistin, SPD-Mitglied seit 1971, war von 1988 bis 2002 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesinnenminister. Sie war von 2002 bis 2005 Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses.

>Rudolf Ruf  
Bundestagsabgeordneter 1980-1990,  
CDU

Rudolf Ruf wird am 30. August 90 Jahre alt. Der Glasermeister aus Karlsruhe wurde 1979 CDU-Mitglied. Ruf gehörte seit 1980 dem Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau an.

>Helmut Kater  
Bundestagsabgeordneter 1969-1976,  
SPD

Am 30. August vollendet Helmut Kater sein 85. Lebensjahr. Der Arbeitsdirektor eines Berg- und Hüttenwerks, kommunalpolitisch in Lohr a. Main, Wetzlar und Timmendorfer Strand aktiv, vertrat als Direktkandidat den Wahlkreis Wetzlar.

>Erhard Niedenthal  
Bundestagsabgeordneter 1993-1994,  
CDU

Am 1. September wird Erhard Niedenthal 80 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt war im Februar 1993 für den Abgeordneten Bernhard Jagoda nachgerückt.

>Hans-Werner Müller  
Bundestagsabgeordneter 1976-1994,  
CDU

Hans-Werner Müller wird am 3. September 70 Jahre alt. Der Diplom-Handelslehrer trat 1967 der CDU bei und war von 1968 bis 1978 Kreistagsmitglied in Merzig-Wadern. Im Bundestag arbeitete Müller vorwiegend im Haushaltsausschuss mit.

>Dionys Jobst  
Bundestagsabgeordneter 1969-1998,  
CSU

Am 5. September begeht Dionys Jobst seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Jurist war 32 Jahre Stadtrat seiner Heimatgemeinde Teulbitz und 36 Jahre Kreistagsmitglied in Schwandorf. Jobst engagierte sich von 1980 bis 1998 im Verkehrsausschuss, dessen Vorsitz er von 1988 bis 1998 inne hatte.

>Detlef Parr  
Bundestagsabgeordneter 1994, 1998-2009,  
FDP

Am 8. September wird Detlef Parr 70 Jahre alt. Der Düsseldorfer Realschullehrer trat 1972 der FDP bei und war von 1977 bis 1994 Ratsherr in Heiligenhaus. Im Bundestag arbeitete Parr zuletzt im Sportausschuss mit.

>Volker Neumann  
Bundestagsabgeordneter 1978-1987,  
1990-2005, SPD

Volker Neumann wird am 10. September 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Notar aus Bramsche wurde 1967 SPD-Mitglied. Von 2002 bis 2005 war er Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Überwachung der Geheimdienste. Zuletzt saß er im Auswärtigen Ausschuss.

>Ursula Benedix-Engler  
Bundestagsabgeordnete 1972-1983,  
CDU

Am 12. September vollendet Ursula Benedix-Engler ihr 90. Lebensjahr. Die Diplom-Handelslehrerin trat 1953 der CDU bei und gehörte von 1973 bis 1979 dem Bundesvorstand an. Seit 1972 saß sie im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft.

>Carola von Braun-Stützer  
Bundestagsabgeordnete 1980-1983,  
FDP

Carola von Braun-Stützer wird am 12. September 70 Jahre alt. Die Redakteurin trat 1974 der FDP bei. Im Bundestag arbeitete sie im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft.

>Adolf Roth  
Bundestagsabgeordneter 1983-2002,  
CDU

Am 15. September wird Adolf Roth 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt aus Gießen trat 1957 der CDU bei und war von 1970 bis 1983 Mitglied des hessischen Landtags. Roth war seit 1983 im Haushaltsausschuss aktiv, von 1998 bis 2002 dessen Vorsitzender. bnh